

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Ganz“

Schalter-Gasse öffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Ganz“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleggeld. W. 3.- vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, auschließlich Beleggeld. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Zeitung“, in den übrigen Städten in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Vororten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anzeiger“ in einheitlicher Spaltenform; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenform, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfl. für lokale Werbeflächen; 2 Pfl. für auswärtige Werbeflächen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unbedenklicher Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Kennzeichen: Für die Morgen-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Abend-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 21. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 87. - 62. Jahrgang.

Redefreiheit.

Unter allen bürgerlichen Freiheiten wird heute wohl keine mehr mißbraucht als die Redefreiheit. Von einem Mißbrauch muß aber wohl immer dann gesprochen werden, wenn die Zuhörer in gewissem Maße gezwungen sind, den Redestrom über sich ergehen zu lassen, ohne daß ein besonderes Interesse an dem Inhalt der Rede besteht. Es gibt in allen sozialen Klassen derartige gefährdete Redner, und auch auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit kann man ihnen begegnen.

Gerade in den letzten Tagen ist viel von dem Mißbrauch der Redefreiheit innerhalb unserer Parlamente gesprochen worden anlässlich der berühmten Dauerrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann. Er sprach in viereinhalbstündiger Rede die amtlichen Stenographen müde und fuhr am folgenden Tage in seiner unterbrochenen Dauerrede fort. Als Opposition regte sich vor allem auf Seiten der Rechtsparteien der Wunsch, einem Mißbrauch der Redefreiheit durch solche Dauerreden durch eine Einschränkung der Redezeit vorzubeugen, in der Weise, daß der Präsident in der Lage ist, einzugreifen, wenn ein Redner die festgesetzte Rededauer überschreitet. Und bald ging das Gerücht, es schwebten schon Verhandlungen zwischen den Parteien, die Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß die Redefreiheit auf eine Stunde herabgesetzt wird.

Es ist zuzugestehen, daß Dauerreden wie die des Abgeordneten Hoffmann einen groben Mißbrauch der im Parlament geltenden Redefreiheit bedeuten, und man mag weiter über diese Art der Opposition gegen die Geschäftsführung des Vizepräsidenten v. Krause denken, wie man will, so erscheint doch das Mittel, dem Mißbrauch der Redefreiheit durch eine Änderung der Geschäftsordnung in Richtung der Festlegung einer Redefrist zu begegnen, als ein sehr gefährliches.

Es ist ja bekannt, wie in gewissen Maße einer allzulangen Debatte dadurch vorgebeugt werden kann, daß der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wird. Es liegt also hierin für die Mehrheitsparteien die Handhabe, eventuell vorgemerkten unliebsamen Rednern das Wort abzuschneiden. Und es ist ja bekannt, wie im preussischen Abgeordnetenhaus die Konservativen sehr oft von diesem Mittel Gebrauch gemacht haben. Wenn allerdings einmal ein Redner das Wort hat, verfährt dieses Mittel nicht mehr. Hier würde nur noch das Mittel einer Festlegung der Redefrist helfen. Aber man mag die Frist so lang nehmen, wie man will, jede derartige Festlegung bedeutet eine Einschränkung der Rechte der kleineren Partei zugunsten der großen Mehrheitsparteien. Was aber heute lediglich gegen die Auswüchse bei dem kleinen Häuflein der Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus gerichtet wäre, würde sicherlich im gegebenen Falle von den Mehrheitsparteien auch gegen die Redner anderer Parteien angewandt werden. Dies Mittel der Beschränkung der Redefrist reicht zu sehr nach Unterdrückung der Opposition. Jede Versammlung, in der Redefristen für die Diskussion vorgeordnet sind, kommt leicht in den Verdacht, eine Opposition nicht aufkommen lassen zu wollen.

So unangenehm derartige Vorkommnisse wie die Dauerrede des Abgeordneten Hoffmann auch sein mögen, auf Kosten der Unabhängigkeit der Parlamente bzw. durch Stärkung des Übergewichts einer Partei darf ihnen nicht vorgebeugt werden. Liegt es in der

Hand des Präsidiums, einem Redner nach Ablauf der Redefrist das Wort zu entziehen, so wird, falls sich darüber ein Streit erhebt, ob der Redner weiterreden darf oder nicht, die Entscheidung darüber bei Befragung des Hauses in der Hand der Mehrheitspartei liegen. Sollte eine derartige Geschäftsordnungsänderung auf Grund der jüngsten Ereignisse doch noch eintreten, so hätte Herr Hoffmann mit seiner Dauerrede gerade seiner Partei den aller schlechtesten Dienst geleistet.

Das einzige Mittel, einem Mißbrauch der Redefreiheit vorzubeugen, liegt in der Selbsterziehung des Parlaments. Es müßten eben die Einsichtigeren innerhalb der Fraktionen darauf halten, daß derartige Mißbräuche nicht Platz greifen, indem sie ihren zu derartigen Dauerreden neigenden Kollegen dringend eine Beschränkung empfehlen. Neben einer ungebührlichen Ausdehnung der Reden wird ein Mißbrauch aber auch in der Richtung getrieben, daß die Redner nicht zur Sache reden, sondern bei jeder Gelegenheit ihr besonderes Stückenwörter wieder vorbreiten. Es ist dies das berühmte „Ceterum censeo“ des alten Cato. Zwar ist es Sache des Präsidiums, darauf zu halten, daß nur zur Sache geredet wird, aber manche Redner verstehen es mit unnachahmlichem Geschick, einen Zusammenhang zwischen der auf der Tagesordnung stehenden Sache und ihrem Stückenwörter zu konstruieren. Und so achtsam das Präsidium meistens auch zu sein pflegt, derartige Abschweifungen schlüpfen doch noch oft genug durch.

Es ist auch ein offenes Geheimnis unter allen einsichtigen Politikern, daß in dem Plenum von allen Parteien mit der Redefreiheit ein gewisser Mißbrauch getrieben wird. Keine Partei kann heute dem Zug der Zeit entgegen, im Plenum zum Fenster hinaus zu reden. Dazu zwingen sie schon die oratorischen Leistungen der Sozialdemokratie. Nicht um die Angelegenheit einer anderen Fraktion von der Wichtigkeit einer Ansicht zu überzeugen, wird im Plenum geredet, sondern für die Presse, die „urbi et orbi“ die Rede zu verkünden hat. Eine Plenarversammlung im preussischen Abgeordnetenhaus enttäuscht daher auch stets den Zuhörer, der sieht, wie ein kleines Häuflein Getreuer verjammelt ist und wie von den Anwesenden auch nur ein Bruchteil dem Redner auf der Tribüne zuhört. Der Schwerpunkt der Volksvertretung liegt heute eben nicht mehr in der Vollversammlung, sondern in den Kommissionen und deren Beratungen. Das Sinausreden in dem Plenum ist aber sicher durch Selbsterziehung des Parlaments einzuschränken. Das Parlament ist doch keine Volksversammlung.

Besonders betrüblich wirkt aber dieses Zum-Fenster-hinausreden, wenn es erfolgt zugunsten der Angehörigen eines bestimmten Wahlkreises, wenn der Redner nur deshalb dort oben auf der Tribüne steht und redet, um in seinem Wahlkreis Stimmung für sich zu machen. Es ist eine bekannte Unsitte, wie alljährlich bei den Beratungen des Eisenbahnetats fast jeder Volksvertreter vermeint, reden zu müssen mit dem Ziele für seinen Wahlkreis eine neue Eisenbahn zu verlangen. Seine Rede wird dann ganz ausführlich von den Wählern seines Wahlkreises gebracht und er selber steht als der „eifrige Förderer der Interessen seines Kreises“ da. Aber der Abgeordnete ist nicht der Vertreter eines bestimmten Kreises, sondern des gesamten Volkes. In dem letzten Jahre ist neben

dem Verlangen nach einer neuen Eisenbahn als neuer Sport das Verlangen nach Amtsgerichten getreten.

Wozu das alles? Genügt es nicht, wenn sachliche Wünsche in den Kommissionen vorgebracht werden? Es ist ein unwürdiges Schauspiel, die einzelnen Vertreter, die man nie auf der Rednertribüne und nur ganz selten im Abgeordnetenhaus sieht, ihre Wahlkreiswünsche von einem Bettel ablesen zu sehen. Fort mit diesem Mißbrauch der Redefreiheit, die dem Parlamente die Zeit zu wahrer Arbeit raubt. Dr. M.

Deutsches Reich.

* **Sof- und Personal-Nachrichten.** Gekern Freitag beging der Altbürgermeister Raver Kessel in Dagenau seinen 50. Geburtstag. Kessel war von 1870 bis 1902 Bürgermeister der Stadt Dagenau. Der Bezirkspräsident, zusammen mit dem Kreisdirektor, überbrachten ihm namens der Regierung von Glückwünschen und im Auftrage des kaiserlichen Statthalters die Glückwünsche und den Roten Adlerorden 2. Klasse.

* **Die Grundstücksverhältnisse des Militärfiskus.** Wie erinnerlich, haben seinerzeit Verhandlungen im Abgeordnetenhaus wegen der Grundstücksverhältnisse des preussischen Militärfiskus mit dem Direktor der Bank für Grundbesitz und Handel, Herrn von Winterfeldt, stattgefunden. Ein Gelände neben dem Abgeordnetenhaus in Berlin war Herrn von Winterfeldt von dem Militärfiskus verhältnismäßig billig verkauft worden, und Herr von Winterfeldt errichtete dafür auf einem Grundstück im Zentrum Berlins einen Neubau für das Militärfiskus, der zur Zeit der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus wegen dieser Angelegenheit bereits im Rohbau fertiggestellt war. Der Landtag erklärte sich mit dem Vorgehen des Militärfiskus nicht einverstanden, und so wurde ein Schiedsgericht angerufen. Das Schiedsgericht hat nun gestern sein Urteil gefällt. Danach hat der Fiskus an Herrn von Winterfeldt eine angemessene Entschädigung zu zahlen und erwirbt dafür das Recht, gegen eine entsprechende Summe den Rohbau für das Militärfiskus zu erwerben. Die Entschädigungssumme soll 2 Millionen Mark betragen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Landtag zu der Angelegenheit stellen wird.

* **Eine Grenzregulierung.** Dem Herrenhaus ist vorgestern der Entwurf eines Gesetzes über eine Änderung der Landesgrenze längs der Provinz Ostpreußen gegen das Kaiserreich Rußland vom Nemelstrom bis zum Tisseeffluß zugegangen. Das von der Grenzregulierung betroffene Gebiet hat schon seit Jahren zu Streitigkeiten mit Rußland Anlaß gegeben. Gegenwärtig gilt für diese Grenzstrecke noch der 1837 zwischen Preußen und Rußland abgeschlossene Grenzvertrag. Nach dem neuen Abkommen sollen die sogenannten neutralen Grenzwege fort. So weit wie möglich ist die Grenze nunmehr durch gemeinschaftliche Grenz Hügel und durch einen diese Hügel verbindenden gemeinschaftlichen Grenzgraben örtlich bezeichnet. Die Grenzveränderungen wurden zumeist durch Grablegung der Grenzwasserläufe veranlaßt. Den Bemühungen der Kommissare ist es überall gelungen, die Anlieger zum Austausch der abgetrennten Grundstücke zu veranlassen, so daß keine preussischen Grundstücke unter russischer Oberhoheit geblieben oder darunter gefallen sind. Im ganzen werden von Preußen an Rußland 90 Hektar und von Rußland an Preußen 87 Hektar abgetreten. Ein genauerer Ausgleich hat sich an der betreffenden Grenzstrecke nicht finden lassen, doch ist bereits vorgeesehen, daß dieser bei weiteren Grenzveränderungen auf der Strecke zwischen der Ostsee und dem Nemelstrom erfolgen soll.

* **Eine Professur für Missionswissenschaft an der Universität Berlin.** Nach dem Vorgang der Universität Halle ist nunmehr auch an der Universität Berlin eine besondere Professur

Ein goldenes Balljubiläum in Wien.

Von Gustav Macurer (Wien).

Prinz Karnaval, der Unbetreffliche, sah in seiner goldbetrehten Galauniform schmücker und jugendlicher aus wie je zuvor. Seine Hoheit hielt sich diesmal ganz besonders stramm und befand sich in ganz besonderer feischfröhlicher Laune, galt es doch seiner in verführerischem Glanz erstrahlenden und jugendlicheren Jubiläumsvant, der Schriftsteller- und Journalisten-Vereinigung „Concordia“, wacker handzuhalten. Arm in Arm zog das löbliche Paar unter Fansarengeflüster und dem begeisterten Jubel einer dichtgedrängten, festlich gekleideten Zuschauermenge am 16. Februar in den berühmten Sofienfälen ein. Ein goldener Hochzeitszug von seltener Eigenart und apartem Reiz! Der Prinz hatte sich diesmal eine mit Gold reich verzierte, riesengroße Narrenkappe auf das unverwundte Haupt gesetzt, deren unzählige Schellen aus purem Gold eine himmlisch-narrische Musik machten. Auf dem vollen, ungeflechten Haar seiner „Concordia“ ruhte die goldene Narrenkrone, von goldenem Lorbeer umkränzt, und weitete sich in ihrem feurigen Glanz mit den festlich funkelnden verklärten Augen ihrer idealen Trägerin.

50 Jahre Concordiaball!

Wohl ist seine Stätte noch dieselbe wie im Jahre 1863, die Begeisterungsglut seiner Veranstalter für die hehre Kunst

von derselben Leuchtkraft wie damals, als dem Verein an seiner von der göttlichen Muse gesegneten Wiege in geistprübender Rede die heißesten Wünsche auf seinen hehrgebaute Lenkeseil mitgegeben wurden! Wohl bildeten auch damals seine Besucher die illustren Namen des geistigen Wiens! Wohl gierten auch damals sein Bild die geschmackvollen, kostbaren Toiletten und die fröhlich dreinschauenden Augen der schönen Wiener Frauen und Mädchen! Wohl blühte auch damals der goldene „Wiener Humor“ nicht minder durch die lachenden Säle, wie es die Funken der reichen Brillantenpracht vornehmer Damenwelt taten! Auch gab es damals ordnungsgemäße Männer von hoher geistiger oder amtlich repräsentativer Stellung in denselben Sälen. Doch wie manches ist anders geworden! — Neue Menschen — neue Sitten — neue Bilder — eine moderne Welt!

Das Straßenbild von den Sofienfälen zeigt am Ballabend den gewaltigen Unterschied. Während das altfränkische Führeramt samt der vielleicht von den „Sofienfälen“ damals noch ertäunten Pferdebahn längst in die Rumpfkammer der Hausfrau Erde expediert wurden, laufen heute Hunderte von Automobilen aus allen Richtungen der mächtig ausgewachsenen Weltstadt den Sofienfälen entgegen. Sogar die berühmten, eleganten Wiener Fiaker, auch „Gummifahrer“ genannt, liegen in Aponie, und ihr immer spärlicher werdendes Erscheinen lassen sie um so wertvoller aus dem modernen Stadtbild hervortreten. Eine schier endlose Wagenkolonne elektrischer Bahnen bricht sich langsam und vorsichtig Bahn durch die ankommende Menge der Ballgäste, ihrer Equipagen

und Autos. Letztere nehmen fast die ganze Straßenlänge ein, lassen das Ballfieber ihrer Insassen in immer höhere Grade steigen und veranstalten im Verein mit den ununterbrochenen, schrillen Glodensignalen der Elektrischen und dem Gerufe der Kutscher ein solennes Extralorgnet modernster Weisen. „9 Uhr“ liest man in der rechten Ecke der Einlaßkarte zum Concordia-Ball. Um diese Stunde „geht es also los“, — das Extralorgnet, und dauert ungefähr bis 12 Uhr nachts, um welche Zeit die Ballgäste vollzählig erschienen sind. Der eigentliche Concordia-Ball beginnt nämlich immer erst gegen 1 Uhr. So war es auch heute, am goldenen Jubiläumstag.

Schon im Vestibül und auf den mit kostbaren Blattpflanzen decorierten Treppen zeigt sich die eigene Physiognomie des „Concordia-Balles“: das ungezwungene Begrüßen und das heitere Wesen der Künstler und Künstlerinnen. Es gibt sehr viele Stammbesucher des Balles, die sich heute sehen heute zusammen lachen, tanzen, polkieren, womöglich Bruderchaft für das ganze Leben trinken, sich am frühen oder späten Morgen unter feuchtschweißlichem Freundschaftsluch verabschieden und sich erst auf dem nächstjährigen Concordia-Ball wiedersehen. Es sind Künstler! Sie sehen sich, verstehen sich, kennen sich selbst und die anderen, lieben sich... aber nur in der Gesellschaft, nicht im Range des Ruhens... kuldigen der Göttin Polhymnia und schliefen unter ihrem verführerischen Namen Freundschaft.

Da kommen sie, die geistigen Vertreter der alten Kaiserstadt! In städtischer Anzahl schreiten sie in ununterbrochenem Zuge, ihre irdische Freundin am Arm führend, durch die Ein-

für Wissenschaft begründet und auf den Lehrtstuhl der bisherigen Berliner Privatdozent Dr. Julius Richter (Berlin-Steglitz) berufen worden, mit dem Auftrag, die Wissenschaft auf der Universität im vollen Umfang zu vertreten. Professor D. Julius Richter genießt als Mann der Wissenschaft und als Organisator auf dem Großgebiet der äußeren Mission in weiten Kreisen Deutschlands wie auch im Ausland hervorragendes Ansehen. Der vor wenigen Wochen begründeten und unter kaiserlichem Protektorat stehenden Stiftung „Deutsche Evangelische Missionshilfe“ gehört Professor D. Richter als Vorstandsmitglied und Schriftführer an.

* Zur Gründung der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft. Am 22. Februar findet in Berlin die Gründungsversammlung der mehrfach erwähnten Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Vereinigung für weltwirtschaftliche Forschung und Belehrung, statt. Der vorbereitende Ausschuss veröffentlichte soeben einen Aufruf, in dem die Ziele der Vereinigung, die „auf wissenschaftlicher Voraussetzungslosigkeit fußend und unter Ausschaltung parteipolitischer Betätigung die Vertreter der Wissenschaft und Praxis zu gemeinsamer nützlicher Arbeit vereinen“ will, dargelegt werden. Es sollen alle Fragen des Weltverkehrs, des Weltverkehrs und der internationalen Weltwirtschaft „nachdrücklich, als es bisher geschehen ist, zum Gegenstand wissenschaftlicher Erforschung, Sichtung und Verarbeitung gemacht werden“. Der Aufruf trägt zahlreiche Namen aus dem Gebiet der handels- und verkehrsrechtlichen Wissenschaft und Praxis.

Die 3. Jahres-Versammlung des Evangelischen Preisverbandes für Deutschland, E. S. (E. P. D.), fand am Donnerstagsvormittag in Berlin statt. Nach einer kurzen Begrüßungsrede des Vorsitzenden, Admirals a. I. des Seewaffenkorps Erz Bischoff, erstattete der Direktor P. Graf den Jahresbericht, der an der Hand von überzeugenden Tatsachen den Beweis von der Notwendigkeit und Wichtigkeit der Arbeit des E. P. D. brachte. Als erfreulicher äußerer Erfolg ist u. a. die dem E. P. D. im Vorjahre übertragene Preis-Propaganda für die Nationalkassette zum Kaiserjubiläum für die Mission zu erwähnen. Auf dem Gebiete der Organisation ist der E. P. D. im vergangenen Jahre ein wesentliches Stück vorwärts gekommen. Kommebe sind alle Evangelischen Preisverbände Deutschlands, 20 an der Zahl, im E. P. D. zusammengeschlossen. Daneben in Hand mit der Ausübung der Organisation fand auch die redaktionelle Arbeit eine beträchtliche Erweiterung. — Aus dem vom Schatzmeister Danksohrer Brinmann erstatteten Kassensbericht ging hervor, daß einer Einnahme von rund 45 000 M. eine Ausgabe von rund 44 000 M. gegenübersteht. Die Versammlung nahm dem Geschäfts- wie Kassensbericht mit Befriedigung Kenntnis.

Heer und Flotte.

Offizier-Zivilversorgung. Die bisher den pensionierten Offizieren mit der Pensionsnachweisung ausgehändigten „Nachrichten für pensionierte Offiziere“ sind neu aufgestellt worden. Sie führen jetzt die Bezeichnung „Verzeichnis für pensionierte Offiziere“ und enthalten Mitteilungen über die Arten des Pensionsbezugs, über die für die Offizier-Zivilversorgung getroffenen Einrichtungen und über die Hinterbliebenenversorgung. Das Verzeichnis wird den bereits ausgeschiedenen Offizieren auf Wunsch von der die Pension zahlenden Kasse verabfolgt. Auch kann die Übersendung bei der Auskunftsstelle im Kriegsministerium beantragt werden. Als fortlaufende Ergänzung des Verzeichnisses werden vom 1. Januar 1914 ab Mitteilungen aller Art, die für pensionierte Offiziere von Interesse sind, besonders Nachrichten und Hinweise in Versorgungsfragen (Bestimmungen, Ausbildungsmöglichkeiten, offene Stellen usw.) ausschließlich durch die „Anstellungs-Nachrichten“ bekanntgegeben werden. Die Anstellungs-Nachrichten erscheinen wöchentlich und gehen jedem Truppenteil und jedem Bezirkskommando zu. Laufende Zustellung kann für 75 Pf. vierteljährlich bei dem zuständigen Postamt beantragt werden.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Scharnhorst“ mit dem Chef der Kreuzerdivision und „Gneisenau“ am 18. Februar in Manila.

Ausland.

Frankreich.

Was Frankreich von der russischen Eisenbahnleihe erwartet. Paris, 20. Febr. In hiesigen politischen Kreisen macht sich eine gewisse Mißstimmung darüber bemerkbar, daß Rußland die neue große, in Frankreich aufgenommene Eisenbahnleihe nicht zum Ausbau der Eisenbahnlinien an der deutsch-russischen Grenze verwenden will. Das „Echo de Paris“ nimmt heute hierzu Stellung und erklärt diese Auffassung für unrichtig. In Wirklichkeit arbeite die russische Regierung nach einem genau vorgezeichneten Plan und vervollständige unablässig die erwähnten Eisenbahnlinien, die von höchster strategischer Bedeutung seien. Diese Eisenbahnbauten an der deutsch-russischen Grenze erscheinen nur deshalb nicht offiziell auf dem Programm, weil sie als sogenannte militärische

Linien unrentabel sind und infolgedessen nicht aus Anleihegeldern bezahlt werden können, sondern aus dem disponiblen Fonds der Staatskasse bestritten werden.

Spielbankverbot für Militärs und Bankbeamte. Paris, 20. Febr. Mehrere Mitglieder des mit der Frage der Regelung der Spielbanken betrauten Senatsausschusses brachten einen Antrag ein, daß nicht bloß den Studierenden, sondern auch den aktiven Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten sowie den Notaren und den Kassierern der Bankinstitute der Zutritt zu den Spielfällen untersagt werde. Alle Besucher von Spielkasinos sollen verpflichtet werden, ihren Namen, Wohnsitz und Geschäft in eine am Eingange aufliegende Liste einzutragen, die der Polizei jederzeit zur Verfügung gestellt werden muß. Auf Ausländer sollen diese Bestimmungen nicht angewendet werden.

England.

Eine Erkrankung Lloyd Georges. London, 20. Febr. Trotz Abtraten seines Amtes erschien gestern Lloyd George im Unterhaus, um dort eine Rede zu halten. Nach Beendigung derselben wurde der Minister von einem Schwächeanfall befallen und mußte sofort in seine Wohnung zurückkehren, wo er das Bett hüten muß, da er an einer ersten Infuenza leidet.

Portugal.

Die große Amnestie. Lissabon, 20. Febr. In der Deputiertenkammer hat gestern der Ministerpräsident Bernardino Machado einen Gesetzentwurf über eine Amnestie eingebracht, die sich auf alle Personen beziehen soll, die sich wegen politischer Vergehen in Haft befinden oder des Landes verwiesen worden sind. Ausgenommen bleiben die Führer, die verbannt werden sollen; und auch diejenigen, die Dynamit verwendet oder Attentate ausgeführt haben, sollen von der Amnestie ausgeschlossen werden. Deserteure sollen amnestiert, Offiziere und Unteroffiziere aus dem Heere ausgeschlossen werden. Die Kammer hat die Dringlichkeit des Gesetzentwurfes angenommen. In der Diskussion erklärten sich die demokratischen Redner für den Gesetzentwurf, während die Redner der Rechten eine umfassendere Amnestie wünschten. Machado erklärte, er werde die Kabinettsfrage nicht stellen.

Rußland.

Finnland wehrt sich. Helsingfors, 19. Febr. Der gestern von der schwedischen Partei eingebrachte Adressentwurf, betr. die in Petersburg Gefangenen befindlichen Finnen, trägt auch die Unterschriften von Vertretern anderer bürgerlicher Parteien. Die Sozialdemokraten haben im Landtag den Entwurf einer Petition um Wiederherstellung gesetzlicher Zustände in Finnland eingebracht. Die altfinnische Partei hat einen Petitionsentwurf eingebracht, welcher darauf abzielt, daß die Einführung des Russischen als Amtssprache in Finnland unterbleibe.

Balkanstaaten.

Rumänien Vermittlung in der Inselfrage. Konstantinopel, 20. Febr. In gut informierten Kreisen verlautet, daß das Anerbieten der rumänischen Regierung, die Vermittlung zwischen der Türkei und Griechenland in der Inselfrage zu übernehmen, von der türkischen Regierung angenommen worden sei. Die griechische Regierung hat bereits seit langem ihre Zustimmung zu einer solchen Vermittlung erteilt. Die ersten Schritte werden binnen kurzem von dem rumänischen Geschäftsträger in Athen getan werden. Sobald die Möglichkeit einer Einigung besteht, werden Bentzlos und Djemal-Pascha eine Zusammenkunft haben, um die Frage endgültig zu regeln. (Wie erinnerlich, hatte zuerst Italien seine Vermittlungsdienste angeboten, die Türkei hatte sie jedoch abgelehnt, da zwischen der Türkei und Italien Meinungsverschiedenheiten über die Abmachung des Dodekanesos bestehen.)

Vereinigte Staaten.

Ein Whisky-Verbot für verheiratete Amerikanerinnen. New York, 20. Febr. Das Mitglied der progressivsten Partei, Heinrich Scheidemann, hat dem Kongreß ein Projekt vorgelegt, nach welchem künftighin der Verkauf von Whisky an verheiratete Frauen verboten werden soll.

Eine Rangerehöhung der diplomatischen Vertretung in Argentinien. Washington, 20. Febr. Staatssekretär Bryan hat angekündigt, daß die amerikanische Gesandtschaft in Buenos Aires in eine Botschaft umgewandelt werden soll. Die hierfür nötigen Kredite werden sofort verlangt werden.

Luftfahrt.

Fliegerunfälle. Johannisthal, 20. Febr. Heute morgen 8 Uhr startete Bonartter auf einem Agodoppeldeder zu einem Probeflug. In der Nähe der Unfallstation fehlte der

Motor in 30 Meter Höhe aus. Bonartter mußte zur Landung schreiten und landete in einer Kurve, wobei die Maschine total zertrümmert und Bonartter leicht verletzt wurde. Der Flieger wurde in das Kreiskrankenhaus gebracht. — Darmstadt, 20. Febr. Heute vormittag 10 Uhr ist auf dem hiesigen Flugplatz der Flieger Sergeant Zimmermann bei der Landung abgestürzt. Er erlitt innere Verletzungen und wurde in das Garnisonlazarett verbracht.

Deutscher Reichstag.

Die Beratung des Marineetats.

5. Berlin, 20. Febr. (Fig. Drahtbericht) Die Marineetatberatung im Reichstag geht diesmal ungewöhnlich schnell und glatt vonstatten. Bereits um die fünfte Nachmittagsstunde wurde die Generaldebatte geschlossen. Der Staatssekretär erhielt sein Gehalt bewilligt und der Reichstag trat in die Spezialberatung ein, die man morgen zu Ende führen will.

Im ersten Teil der Sitzung bekam heute Herr von Tirpitz förmliche Stesbeschlüsse von allen Seiten. Herr Wassermann, der bei dieser Gelegenheit wieder einmal den gesamten Komplex unserer auswärtigen Politik besprach, verhält sich dem Flottenjahr gegenüber zurückhaltend und auch der volksparteiliche Seefischer wollte davon schon im Interesse unserer Werftarbeiter nichts wissen. Der fortschrittliche Abgeordnete fand ebenso wie gestern Herr Erzberger, daß im Marineoffizierskorps ein anderer Geist herrsche wie im Landheer. Nach seiner Meinung deshalb, weil unsere Marineoffiziere sich nicht nur in preußischer Luft, sondern in der freien Luft des Auslandes bewegen. Auf eine Bemerkung Wassermanns über unsere Auslandsflotte antwortete der Staatssekretär übrigens umgehend mit der Begründung, die ungenügende Stärke unserer Auslandsflotte bedeute eine Lücke im Flottengesetz, die demnächst ausgefüllt werden müsse. Das bedeutet die erste Ankündigung einer neuen Flottenvorlage, eine Ankündigung, die von der Rechten und den Nationalliberalen mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Auch drei Redner der Rechten weiteten in Vertrauenskundgebungen für die Marineverwaltung und erst der Abgeordnete Bogherr brachte wieder einige Mißtöne in die allgemeine Harmonie. Er provozierte eine Verteidigungsrede des Herrn v. Tirpitz für den Flottenverein.

Sehr schnell, so schnell wie in keinem der früheren Jahre wickelte sich die Spezialdebatte ab. Bei den Marinewerksstätten hielt man sich kaum eine halbe Stunde auf, eben lange genug, um das Versprechen des Admirals Capelle entgegenzunehmen, daß die Marineverwaltung vorzugsweise einen Teil der Uniformen durch das Privatbandwerk herstellen lassen werde. Bei den Werften brach man ab. Morgen soll der Etat erledigt werden und der Reichstag wird sich dann bis Mittwoch Faschinasferien gönnen.

Sitzungsbericht.

Staener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

5. Berlin, 20. Februar.

Am Bundesratsstisch: Staatssekretär v. Tirpitz. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

kurze Anfragen.

Abg. Dr. Blund (Wpt.) fragt: Die Arbeitgeber derjenigen Versicherungsanstalten, die Mitglieder

einer zugelassenen Ersatzkassa

sind, haben nach § 517 der ABO. ihre Beitragsanteile weiter an die Krankenkassen zu zahlen. Der Bundesrat ist aber nach § 518 ermächtigt, anzuordnen, daß die Krankenkassen diese bei ihnen eingehenden Beträge zu vier Fünfteln an die betreffenden Ersatzkassen abzuführen haben, und verschiedene Ersatzkassen haben bereits den erforderlichen Antrag gestellt. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob und welche Anordnungen gemäß § 518 der Bundesrat bereits beschlossen hat oder zu erlassen beabsichtigt?

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Anträge von Ersatzkassen auf Erlass einer Anordnung nach § 518 der ABO. sind in größerer Zahl beim Bundesrat eingegangen. Die Anträge sind den obersten Verwaltungsbehörden, in deren Bezirk der Sitz der Ersatzkassen ist, zur Aukerung mitgeteilt worden. Bei den Anordnungen handelt es sich nicht nur um das Interesse

gangspforte des großen Saales, dem tausendköpfigen Spalter der sie schnüchlich und freudig erwartenden Gäste entlang. Die Köpfe werden gerade, um ja keinen seiner Lieblinge zu übersehen. Es ist eine schwierige Aufgabe, die Namen all dieser lieben Wiener Lieblinge niederschreiben, ohne einem feinen oder auch großen Stern durch die Schuld des Vergessens wehe zu tun. Denn das ist sicher: alle wollen nicht übersehen, wollen benannt und genannt werden. Ihr verhärteter Künstlerstolz verlangt es. In bunt geordneter Rangfolge kommen die Schriftsteller, Dichter, Journalisten, Moler, Bildhauer, Komponisten, Virtuosen, Sänger, Sängerrinnen, Schauspieler, Schauspielerinnen in feierlicher Toilette durch das Spalter und von Mund zu Mund werden ihre Namen weitergegeben. Die Bühnenliebhaber und -sterne erscheinen erst gegen Mitternacht, nachdem sie die Theaterschmink und den Stitter gerade zuvor hinter den Kulissen zurückgelassen haben. Der Weg aller ankommenden Gäste führt geradeaus auf die Stirnwand des durch Tausende Glühlampen hell erstrahlenden Saales zu. Sie bildet ein Wiener Bild aus dem Jahre 1883, dem Jahre des ersten Concordia-Balles, in prächtig künstlerischen Formen. Doch oben vom Balken herab klingt und singt es wienerisch: süße, duftige, herzerquickende Melodien, meist neugeborene, welche der Jubiläumskränz in eine goldene Wiege gelegt worden sind. Wienerische Wiegenlieder von Joseph Bayer (aus dessen Nachlass), Endler, Behar, Reddol, Reinhart, Oskar Straus, Weinberger, Ziehrer u. a. erhalten hier ihre Taufe und fliegen dann hinaus in die weite, weite Welt. Auf der Estrade vor dem erwähnten farberprächtigen Hintergrund drängen sich die herrlichsten Künstler und die herrlichsten Wienerinnen: wahr-

lich eine herrliche Komposition! Die edle Kunst ist hier mit edler Anmut und Schönheit gepaart. In den Ballon- und Partierelogen sitzen die ebenfalls mit funkelnden Orden geschmückten Vertreter des Staates und der Stadt, die Aristokraten, hohe Offiziere und Beamte mit ihren Damen. Weltberühmte Künstler dagegen lieben es, einen weniger in das Auge fallenden Platz oder gar eine stillere Ecke des Nebensaales diesen exponierten Logenplätzen vorzuziehen. Dort sind ein paar ihrer zahllosen Verehrer, Freunde, Schüler, um sie versammelt, und sie geben in diesem kleinen Winkel selbstliche Episoden aus ihrer Welt zum besten. Sie und da würzt ein besonders drolliger Genierwitz oder -klug das Thema. Ja, an einzelnen Tischen sitzen gleich wahre Größen zusammen und werden von vorübergehenden, derzeitigen und einstmaligen Bekannten beobachtet, beschmachtet und besprochen.

Aber auch die lieben Ballmütter fehlen nicht. Sie sind zwar heute nicht so zahlreich erschienen, verschwinden dieselben auch mehr in der Menge oder machen sich so wenig auffällig wie möglich, indem sie von den Seiten der hinteren Stuhlreihen ihre nichts übersehenden Blicke und ballmütterlichen Gedanken mit einer etwas verblichnen Grazie über den spiegelblanken Parkettboden und zwischen die im Kreise schwebenden Füßen und Hüfte ihren heiratssüchtigen Töchtern schleudern. In den Tanzpausen blättern sie alle Blätter der Damenpense um, lesen aber nichts. Vielleicht besorgen sie das zu Hause. Diejenigen, welche den Dreiviertelakt, etwas ungrazios allerdings, mit dem Kopf mitanzug, fühlen sich besonders jugendlich und respektieren keineswegs, wenn ihr lieber Herr Gemahl ihr in undenklicher oder verpfändeter Ironie den Arm zu einem festen „Dreher“ bietet. — Plöz-

lich, während ich diese stillen Betrachtungen mache, erschallen begeisterte Hochrufe aus einem der angrenzenden Nebensaale. Ein kräftiger Lufsch folgt, darauf die österreichische Nationalhymne. Es sind die Schlusssätze flammender Jubiläumsworte seitens der Präsidenten und der geladenen Ehrengäste aus aller Welt.

Der Uhrzeiger rückt in Riesenschritten vorwärts. Doch die ungeschwächten Kommandorufe des Hofkammermeisters lassen keinen Gedanken an den rüchichtslosen Stöckenfried auskommen. Man tanzt, lacht, „weanerhamurt“ weiter bis morgens in die Frühe. Und wenn sich draußen die Großstadt den Schlaf aus den Augen reißt, sich lärmend reckt und streckt und das Morgenlicht durch die großen Fensterscheiben des Sofiensaales drängen will, dann lächeln sich auch schnell die Reichen der Ballgäste. Nur ungern wird der Saal verlassen.

Erst, wenn die Tische abgedeckt, die Stühle auf diese umgelegt werden, dann erheben sich die zurückgebliebenen Allerleien. Es ist eine Preundesgruppe, ein Dutzend wohlbekannter Künstler: ein Komponist, ein Moler, ein Bildhauer, ein Geiger und last not least ein aus Eichenholz geschnitzter Altmeister des Klavierspiels. Es sprechen immer noch Geist und Witz bis zum Abschiedshändedruck auf der Estrade. Man begleitet den Altmeister, dann sich gegenseitig zum Auto und fährt schnell in die Morgendämmerung des grauen Alltags hinein.

Ein schöner Gedanke bleibt als Erinnerung an den goldenen Jubiläumskball der „Concordia“ zurück: „Wir waren auch dabei!“

der zugelassenen Erschlassen und ihrer Mitglieder, sondern auch der gesetzlichen Krankenkassen im allgemeinen, denen durch das Ausschneiden zahlreicher Mitglieder, durch An- und Abmeldungen und sonstige verschiedene Geschäfte, besonders aber durch das Abführen von vier Fünfteln des Arbeitgeberbeitrages, eine große geschäftliche Belastung erwachsen wird. Die Anordnungen der obersten Verwaltungsbehörden sind bisher nur zum Teil eingegangen. Der Bundesrat hat deshalb, um zunächst einen Überblick zu gewinnen, bis jetzt noch keine Anordnungen nach § 518 der RVO. getroffen.

Abg. Wassermann (natl.) fragt unter Bezugnahme auf Mitteilungen französischer Blätter über die angebliehen schlechten Gesundheitszustände im deutschen Heere,

ob der Herr Reichskanzler bereit ist, über den Gesundheitszustand des Heeres Mitteilungen zu machen?

Oberstabsarzt Dr. Hoffmann: Der Gesundheitszustand des preussischen Heeres einschließlich Sachsen und Württemberg ist in den letzten Monaten erheblich besser als in den beiden letzten Jahren 1912 und 1913. Der Krankenzugang war am 31. Januar d. J. erheblich geringer als im Jahre 1913, ebenso ist auch die Zahl der Todesfälle im Jahre 1914 einschließlich der Unglücksfälle zurückgegangen. In einzelnen Fällen haben sich Erkrankungen an Diphtherie und Scharlach gezeigt, doch haben sich diese nur in mäßigen Grenzen gehalten. Im Eisenbahn-Regiment in Hanau ist eine Reihe von Erkrankungen mit Temperaturerhöhungen vorgekommen, doch konnten die meisten Mannschaften wieder als genesen entlassen werden. In Potsdam sind einige Scharlach-Erkrankungen vorgekommen. In der bayerischen Armee liegen die Verhältnisse ähnlich wie in der preussischen, nur in München und in Ulm sind 15 und 18 Scharlach-Erkrankungen vorgekommen. Betrachtet man die Gesundheitsverhältnisse der gesamten Armee, so müssen sie als durchaus gut bezeichnet werden. (Lebhafter Beifall.)

Darauf Fortsetzung der

zweiten Lesung des Marineetat.

Abg. Wassermann (natl.): Der Abrüstungsgedanke ist, so bestechend er auch zunächst sein mag, undurchführbar. Schränken wir unsere Werfttätigkeit ein, so sind große Arbeiterentlassungen die Folge. Unser Schiffsbau ist noch jung und unsere junge Marine ist aufgebaut auf einem festen Bauprogramm, an dem wir festhalten. Wir wollen in den Schiffsbau keine Störung hineinbringen, damit angefaßte der Laifache, daß auch heute noch der Sollbestand nicht erreicht ist, wir nicht ins Hintertreffen kommen. England ist der Schiffsbauer der ganzen Welt und würde auch bei einem Freijahr seine Werften immer noch beschäftigen können. Ein solches Abrüstungsabkommen wäre geeignet, eine Menge Kontroverse aufzuwerfen.

In England sieht sich der Gedanke immer mehr durch, daß unsere Flotte keinen aggressiven Charakter hat, sondern allein defensiv wirken soll für unsere Handelsinteressen.

Was unsere Beziehungen zu England angeht, so sind die Friedensschmelzen von Potsdam und Völkischport Verklungen, statt dessen hören wir, daß ein großer Teil der französischen Anteil für den Bau von strategischen Bahnen an der deutschen Grenze verendet wird. Die nach der Türkei entsandene deutsche Militärmission ist sofort von der russischen Politik angegriffen worden. Die Behauptung, daß eine allgemeine Entspannung eingetreten sei, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Reden der Diplomaten mit ihrem dankbaren Augenblick unterbleiben besser, sie finden doch keinen Widerhall. Dem Staatssekretär danken wir dafür, daß er es verstanden hat, unsere Flotte zu bauen, ohne daß die drohenden Kriegsgefahren zum Ausbruch kamen. Wir denken nicht daran, auf unsere Seemachtstellung zu verzichten. Das würde den Verzicht auf die Stellung Deutschlands in der Welt bedeuten und der Krieg würde nicht fern sein. Wir begründen es, daß im vorigen Jahre der Reichstag die glänzende nationale Kundgebung der Schaffung des Wehrbeitrags durchgeführt hat. Damit hat dieser vielgeschmähte Reichstag den Frieden der Welt gesichert. (Bravo!) Die beste Bekräftigung für die Wehrfähigkeit Deutschlands ist das Erscheinen unserer stolzen Schiffe an den fernen Küsten. Die Entsendung eines Geschwaders in das Mittelmeer war eine Notwendigkeit angesichts der Balkanwirren. Das andere Geschwader ist in Brasilien mit Jubel aufgenommen worden und das dritte Geschwader hat in China wichtige Aufgaben zu erfüllen. So begrüßen wir auch die Bewilligung eines Attaches für Buenos Aires. Das Flottengesetz soll auch künftig innegehalten werden. Zu begrüßen ist es, daß der Staatssekretär bei der Entwicklung des Unterseebootwesens bedächtig vorgegangen ist. Dadurch hat er sicher eine Reihe von Unfällen vermieden.

Wichtig ist für unsere Schiffbauindustrie, daß sie sich ausländische Aufträge sichert.

Die Torpedowaffe wird stets einen gefährlichen Dienst zu versehen haben. Doch es notwendig ist, Nachbildungen im Dunkeln zu machen, wenn die Leistungsfähigkeit für den Ernstfall festgestellt werden soll, billigen wir. Die bei den Luftschiff- und Torpedounfällen zugrunde gegangenen jungen Menschenleben betauern wir. Bei der Führung müssen die Luftschiffkommandanten unabhängig sein von höheren Stellen. Auch darf auf die Konstrukteure kein Druck ausgeübt werden. Unser Seeoffizierskorps ist trefflich und seiner Aufgabe durchaus gewachsen. Auch das Ausland bewundert das Werk des Herrn v. Tirpitz. Bei ihm wissen wir die Marine in den besten Händen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lepel (kon.): Ein Vorschlag zur Abrüstung müßte von dem Stärkeren, also von England, ausgehen. Die konservativere Partei denkt einseitig nicht an ein Bündnis mit England.

Deutschland ist niemals der Treiber in den Rüstungen gewesen.

Die auswärtige Politik beim Marineetat aufzurufen, ist nicht zu empfehlen. Der Abg. Erzberger sprach von deutscher Marine und preussischer Armee. Die Disziplin ist überall die gleiche. Wenn ich mich als Bürgerlicher freue, daß die meisten Seeoffiziere ebenfalls Bürgerliche sind, so muß doch gesagt werden, daß auch Mitglieder der ältesten Familien Seeoffiziere sind. Die Zahl der dauernd im Auslande stationierten Schiffe müßte vergrößert werden. Wir haben das feste Vertrauen zu dem Staatssekretär, daß es ihm gelingt, dem deutschen Vaterlande eine Marine zu schaffen, welche eine starke Schwärme ist und den deutschen Handel sowie den Weltfrieden sichert. (Beifall.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich begrüße die Anregung des Abg. Wassermann und des Vorredners, daß wir unsere Marine in Zukunft stärker im Auslande betätigen. Es ist gar kein Zweifel, daß der politische und wirtschaftliche Nutzen, den das Besitzen unserer Schiffe im Auslande hat, vielfach nicht voll eingeschätzt wird. Sie brauchen über diese Frage nur die Auslandsdeutschen zu hören, dann werden Sie das voll bestätigt finden. Es ist aber nicht nur eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit, daß wir uns stärker im Auslande betätigen, sondern eine militärische Notwendigkeit, daß wir eine stärkere Fühlung mit den ozeanischen Verhältnissen suchen. Wenn wir das in den letzten Jahren nicht in dem Maße getan haben, wie wir es wohl gewünscht hätten, so hat das an den Verhältnissen gelegen, die ich wohl nicht näher auseinanderzusetzen brauche. Es beruht auf der Konzentrierung der Flotte in den heimischen Gewässern. Es handelt sich in bezug auf die Entsendung von Schiffen nach dem Mittelmeer nicht um eine Spezialmission, sondern nur, wie beide Vorredner ausgeführt haben, um eine stärkere Betätigung unserer Flotte und Marine. Das Ziel unseres Schiffsbauprogramms, wie es nach dem Flottengesetz sein soll, ist noch nicht annähernd erreicht, und das hat sich gerade in der letzten Zeit besonders unangenehm fühlbar gemacht. Bei der Entsendung des Kreuzers „Bremen“ hat die Hagag uns in anerkannter Weise unterstützt und sich dadurch den Dank aller Deutschen verdient. Aber es war doch nicht erwünscht, daß wir schließlich Kadetten und Schiffsjungen mit Bewehren bewaffnet zum Schutze der Deutschen in Haiti an Land landen mußten. Wir haben damals gerade den Mangel einer stärkeren Auslandsvertretung besonders empfunden. Nun muß es die Aufgabe der nächsten Jahre sein, im Rahmen des Flottengesetzes

das Ziel zu erreichen, und zwar für den Auslandsdienst bald zu erreichen,

welches das Flottengesetz an sich vorsteht. Die Redner aller bürgerlichen Parteien haben die Durchführung unseres Flottengesetzes für eine Notwendigkeit erklärt. Ich bin im Zweifel, was der Abg. Kossel im innersten Innern darüber denkt. Ich meinerseits habe allerdings die feste und volle Überzeugung, daß unser deutsches Volk durchdrungen ist von der politischen Notwendigkeit der Durchführung des bestehenden Flottengesetzes. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hecker (Bpt.): Wir erkennen den Geist, der die Flotte befeht, an, welcher der großen Aufgabe würdig ist, die die Flotte zu erfüllen hat. Alle Anlässe, die geeignet sind, den kameradschaftlichen und seemannischen Geist in der Flotte durch Ständebünde zu infizieren, müssen im Keime erstickt werden. (Sehr gut.) Insbesondere muß der Staatssekretär darauf Bedacht nehmen, daß den Ingenieuren in der Marine die Stellung gesichert wird, die ihnen zukommt. Erzberger Vergleich zwischen deutscher Marine und preussischem Heere war nicht glücklich. Die berechtigten Wünsche der Deckschiffiere müssen erfüllt werden. Das Verhältnis zu England ist gut. In England ist die Stimmung zugunsten Deutschlands gewachsen. Wachsendes Vertrauen ist dort zu beobachten.

Eine Abrüstung ist nur auf Grund internationaler Abmachungen möglich.

Ein Feiertag wäre verhängnisvoll für unsere Werften. Wenn wir das Bemühen haben, eine starke Macht hinter uns zu haben, so würden auch die schroffsten Flottengegner überzeugt sein, daß unsere Flotte ein wichtiger Friedensfaktor ist.

Abg. Warmuth (Bpt.): Wir beachten das gute Verhältnis zu England, aber allzuviel Hoffnung hegen wir nicht, damit wir keine allzu große Enttäuschung erleben. Es muß bei einer Verständigung kontrolliert werden, ob die Abmachungen auch innegehalten werden, und da würde statt des Vertrauens bald Mißtrauen entstehen.

Wir wollen eine von Abertreibung freie, aber zielbewusste Weltmarktpolitik treiben.

Abg. Herzog (Bpt.): Wir haben bei dieser Beratung durchweg Gutes und Lobspürde gehört. Die Unteroffiziere verdienen mögliche Förderung ihrer Interessen. Ein gutes Verhältnis zu England wünschen auch wir, wehren uns aber dagegen, gar zu hoffnungsvoll diesem Wunsche zu folgen.

Abg. Vogtner (Soz.): Der schwärmerische Verehrung des Dr. Hecker für den Staatssekretär kann ich mich nicht anschließen. Es muß nicht sehr angenehm sein, in der ganzen Sitzung mit Schokolade begossen zu werden. (Heiterkeit.) Die Soldatenmishandlungen nehmen immer mehr zu. Auf der „Strossend“ wurde ein Heizer damit bestraft, daß er täglich zwei Stunden angebunden wurde, wobei ihm die Arme hochgehoben wurden. Diese Tortur muß beseitigt werden. Bezeichnend ist es, daß die englische Presse nichts wissen will von einem Stärkerhältnis 16:10, aber mehr von einem Feiertag. Sir Edward Grey hat geradezu begeistert dafür ein. Was Churchill mit dem Feiertag anbot, war durchaus ernst gemeint.

Der Flottenverein treibt immer noch das Geschäft der Rüstungsindustrie.

Er will dem Auslande beweisen, daß in Deutschland auf eine vernünftige Flottenpolitik nicht zu rechnen ist. Die Rüstungsindustrie fürchtet das Feiertag des Reichstags, weil dieses ein Feiertag der Dividendenverteilung bedeuten würde. Die alldeutsche Presse versucht, dem Volke diese riesenhafte Opfer strapuzlos schmacht zu machen. Darin liegt ein erstklassiger Schwindel. (Lode: Vizepräsident Dr. Dove ruft den Redner zur Ordnung.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Abg. Vogtner hat von Rüstungsinteressen gesprochen. Er hat es natürlich auch auf die Marine bezogen. Nun, wer weiß es genauer, wie die Entwicklung unserer Marine entstanden ist? Der Abg. Vogtner oder ich? Ich kann jedenfalls versichern, daß zu keiner Zeit, seitdem ich die Ehre habe, an diesem Posten zu stehen, irgendwelcher Rüstungsinteressen die leitenden Einfluss auf meine Entscheidung gewonnen hat. (Zustimmung rechts.) Die Strafe des Andienstes ist zulässig an Stelle des strengen Arrests, wird aber höchst selten angewendet. Eine Audiererei ist damit nicht verbunden. Der Flottenverein ist eine unabhängige Organisation, die lediglich ihre Anschauung vertritt, wie es Herr Vogtner auch tut. Man kann beiden nicht ihre Anschauung verbieten. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Der Titel des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Kapitel, zu denen einzelne Abgeordnete Bemerkungen machen, u. a. weiß Abg. Pfleger (Bpt.) darauf hin, die Marinewerksstätten beizubehalten, aber nicht weiter auszubauen, was dort nicht fertiggestellt werden kann, sollte an die Innungen vergeben werden.

Admiral v. Capelle: Die Marineverwaltung ist gerne bereit, auf diesem Gebiete Versuche zu machen und praktische Mittelhandspolizei zu treiben. (Bravo!)

Nach kurzen Bemerkungen einzelner Redner verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr. Militärtrumpfgeschwafel. Fortsetzung des Marineetat. Rückständige Kapitel aus dem Etat des Innern. Etat des Reichseisenbahn-amts und der Reichseisenbahn. — Schluß 1/7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Staener Stadtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“. 8 Berlin, 20. Februar.

Am Ministertisch: Kommissare. Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die zweite Beratung zum **Etat des Ministeriums des Innern** wird fortgesetzt beim Kapitel Polizeiverwaltung in den Provinzen.

Abg. Leinert (Soz.): Wir bleiben dabei, daß den Polizeibeamten Schmier- und Bestechungsgelder bezahlt worden sind. Die Regierung sollte gegen die betreffenden Anklage erheben. Bei den Vorstellen läßt die Polizei Mädchenhändler zu, bei anderen Geschäften aber ist sie besonders rigoros. In Myslowitz ließ die Polizei einen ausländischen Mädchenhändler, einen Verbrecher, gewähren, um der Hamburg-Amerika-Linie Einwanderer zuzuführen. Die Polizei in Myslowitz ist von oben und unten korumpiert. Die Bestechungsgelder sind direkt an die Polizei geschickt und verteilt worden.

Es ist hier die Frage, wo die größten Verbrechen stattfanden, ob bei den Mädchenhändlern oder bei der Polizei.

(Präsident Graf Schwerin-Löwitz rügt den Vergleich der Polizei mit Verbrechern als ungehörig.) Daß derartige oder vorkommene kann, daran ist nur das preussische Dreiklassenwahlrecht schuld. (Lachen rechts.) Mit ihrer Abstimmlung — nach rechts — decken Sie diese verbrecherische Tätigkeit. (Rufe rechts: Unerhör! Pfui! Großer Lärm. Der Präsident ruft den Abg. Leinert wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Ich bitte um Annahme unseres Antrages.

Abg. Frank-Köln (Bpt.): Wir bedauern, daß die Sittenpolizei nicht immer genügend stark ist. In Köln scheint ja jetzt ein Reinemachen einzusetzen. Offenlich tritt eine Besserung ein. Ich bitte den Minister, der Kölner Polizei seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und für eine Neuordnung Sorge zu tragen.

Ministerialdirektor Dr. Freund: Die Kölner Polizeiverhältnisse sind besonders schwierig. Wir sind bestrebt, die Polizeiverhältnisse dort auf der Höhe zu halten, die der Bedeutung der Stadt Köln entspricht. (Bravo!) Augenblicklich wird die Frage geprüft, ob das vorhandene Polizeimaterial ausreicht oder ob eine Neuordnung nötig ist. Die Angelegenheit in Myslowitz ist sofort nach Bekanntwerden einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Nach dem Bericht des Regierungspräsidenten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Dorfath (Bpt.), dem Ministerialdirektor Dr. Freund antwortet, und Abg. Dr. Fleck (Fortfchr. Bpt.) über die Verteilung der Befugnisse und Tätigkeit der Polizeiverwaltungen wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, betreffend Feststellung von Mißbräuchen bei Polizeiverwaltungen, wird abgelehnt. Der Antrag v. Groeben, betreffend Stadtreise, wird angenommen. Das Kapitel wird bewilligt. Ebenso ohne Debatte das Kapitel „Dressuranstalt für Polizeihunde“. Es folgt das Kapitel „Polizeidistriktskommissare in der Provinz Posen“.

Abg. Leinert (Soz.) bittet, bei der Erteilung von Polizeibefehlsnennungen, die nach dem Vereinsgesetz notwendig sind, keine Stempelsteuer zu erheben.

Minister des Innern v. Dallwitz gibt dem Redner anheim, bei Mißbräuchen Bekanderte zu erheben.

Der Ziffer 3 begründet Abg. Kändler-Posen (Fortfchr. Bpt.) einen Antrag seiner Partei,

eine Verstaatlichung der Bureau der Distriktsämter baldmöglichst vorzunehmen.

Abg. Dr. Luffe (kon.) stimmt dem Antrag zu.

Die Diskussion schließt. Der Antrag wird der Budgetkommission überwiesen und das Kapitel bewilligt.

Es folgt das Kapitel

Landgendarmarie.

Abg. Hammer (kon.): Die Frage der Dienstaufwandsentschädigung für Gendarmen scheint endgültig gelöst. Wir hätten aber gewünscht, daß diese Entschädigung etwas höher bemessen würde.

Abg. Hengstberger (Kosp. d. Freikons.) hält es nicht für wünschenswert, daß die Gendarmen, wie es an manchen Orten vorkommt, angehalten werden, möglichst viel Anzeigen zu machen.

Abg. Delius (Bpt.) wünscht die Abschaffung der Arreststrafen, ebenso sollte den Gendarmen gestattet sein, im Dienste die Wiewka zu tragen.

Der Oberregierungsrat Schneider: Die Vermehrung der Gendarmereistellen wird nach Maßgabe des Bedarfs und der Finanzlage im Auge behalten werden. Die Dienstaufwandsentschädigungen sind nach dem Durchschnitt bemessen. Eine spezialisierte Feststellung für den einzelnen ist in vielen Fällen nicht möglich. Für die Wünsche der Gendarmen, betreffend freie Eisenbahnfahrt, sind wir eingetreten und hoffen auf Erfüllung. Die Arreststrafen können bei einer militärisch organisierten Beamtenklasse nicht entbehrt werden. Übrigens müßte die Regelung dieser Frage auf reichsgesetzlichem Wege erfolgen. Ein literalaähnliches Kleidungsstück wird demnächst zur Einführung kommen. (Bravo!)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei“ bemerkt Abg. Hoffmann (Soz.): Es werden immer noch unmoralische Mittel angewendet, um Verbrechen anzustiften. Jeder anständige Mensch rüft weit ab von derartigen Handlungen. Wir verlangen eine Denkschrift über die Verwendung des polizeilichen Geheimfonds.

Minister des Innern v. Dallwitz: Es ist nicht richtig, daß die Polizei Personen an der Hand hat, die andere zu Verbrechen anstiften.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich muß dabei bleiben, daß gewisse Polizeigehilfen ausländische Arbeiter zu Geschwändigkeiten verleiten wollen. Wenn der Minister noch Schamzügel befüge, so müßte sie ihm deswegen ins Gesicht schlagen. (Großer Lärm; lebhafter Anruf rechts. — Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Ordnung.)

Die Debatte wird geschlossen und das Kapitel bewilligt. Zum Kapitel „Förderung der Bestrebungen zur Fürsorge für die gefährdete oder verwaistete Jugend“ kritisiert Abg. Dirck (Soz.) eingehend die Verhältnisse in den Erziehungsanstalten. Geh. Oberregierungsrat Schloffer erwidert hierauf. Nach einer weiteren Diskussion, an der sich die Abg. Wärmeling (Zentr.) und Gieseler (Kons.) beteiligen, ergreift Minister v. Dallwitz noch einmal das Wort, um die Notwendigkeit der kommunalen Berufsverbände zu erörtern. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Lieber (natl.), Dr. Kiech (Vpt.) und Dr. Wärmeling (Zentr.) schließt die Debatte. — Der Titel wird bewilligt. Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung. — Schluß nach 5 Uhr.

Sitzung der Stadtverordneten.

— Wiesbaden, 20. Februar.

Anwesend sind 85 Stadtverordnete. Den Vorsitz führt Stadtverordneter Dr. Alberti. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Beigeordneter Körner mit, daß im Interesse des Museums-Neubaus die an dessen Front in der Rheinstraße stehenden Platanen schon beschnitten worden wären, inzwischen aber die Notwendigkeit sich ergeben habe, die Bäume ganz zu entfernen, was der Magistrat auf Vorschlag der Parksdeputation beschlossen habe. Außerdem sollten die dort stehenden schlechten Ahornbäume durch Kugelazoren ersetzt werden. Das Kollegium erklärt sich damit einverstanden. In die veröffentlichte Tagesordnung eintretend, referiert Stadtverordneter Lohse über die Bewilligung von 74 000 M. für Einlegung eines zweiten Geleises in der Bierstädter Straße.

zwischen Felsenkeller und Ringweiche. Diese Maßnahme ist aus folgendem Grunde für den Betrieb erforderlich: Bei 10-Minutenverkehr ist jetzt eine Wagenkreuzung an der Wilhelmstraße und oben an der Ringweiche. Diese Strecke kann von einem Wagen nur sehr knapp in 5 Minuten durchfahren werden. Wenn dazu eine Verspätung eintritt, so muß z. B. der an der Ringweiche haltende Wagen warten, bis der andere Wagen ankommt, und da die Fahrzeit von der Ringweiche nach der Wilhelmstraße auch in 5 Minuten nur knapp geleistet werden kann, so wird der folgende Wagen schon mit Verspätung an der Wilhelmstraße abfahren. Eine solche einmal eingetretene Verspätung überträgt sich dann bei dem einseitigen Betrieb auf die ganze Bahn und natürlich auch, da die Wagen nach Dohheim durchlaufen, auf die ganze Linie. Es kommt daher jetzt oft vor, daß auf der Dohheimer Linie, wo die Wagen in 5-Minutenverkehr laufen sollen, der Bierstädter Wagen in einem Abstand von 6 bis 7 Minuten dem vorhergehenden Wagen folgt und dann der folgende, nur von der Wilhelmstraße ablaufende Wagen in 3 Minuten Abstand. Um diese zurzeit sich sehr unliebsam geltend machende Unregelmäßigkeit zu vermindern, soll die Ringweiche nach dem Felsenkeller zu verlängert werden, damit die Fahrzeit von 5 Minuten zwischen der Wilhelmstraße und dieser Kreuzungsstelle bestimmt eingehalten werden kann. Die zur Anlage des zweiten Geleises notwendige Verbreiterung der Bierstädter Straße ist bereits beschlossen. Die Straße wird 19 Meter breit, die Fahrbahn 10,80 Meter. Die Gehwege erhalten da, wo die Straße bebaut ist, Bordsteine und Rollstuhlfahrer, im übrigen Befestigung. Die Fahrbahn wird gepflastert. Die Ausbaustrecke ist bis zur Gemarkungsgrenze 820 Meter lang. Die Kosten für das Geleise und den Oberbau betragen 33 000 M., so daß etwa weniger als die Hälfte auf den Straßenausbau und den Grunderwerb entfallen.

Stadtverordneter Reichwein widerspricht der Vorlage. Die Verwaltung stelle sich ein Armutsergebnis aus, wenn sie jetzt schon mit der Erweiterung komme. Die Bahn hätte ursprünglich durch die Theodorstraße geführt werden sollen, sei aber trotz des entschiedensten Widerspruchs der Anwohner der Bierstädter Straße in die letztere gelegt worden und diese hätten nun diese elektrische Kumpelbahn (Ohruse), die Wagen würden häufig defekt und kämen immerfort in die Werkstatt. Die Anwohner hätten unter dem geräuschvollen Betrieb sehr zu leiden. Vor der Bewilligung dieser Vorlage müßte geprüft werden, ob die Linie nicht besser durch die Theodorstraße zu führen sei. — Stadtverordneter Baumbach bittet ebenfalls, die Vorlage abzulehnen. Er bezeichnet die Linienführung durch die Bierstädter Straße als eine verunglückte Sache. Es seien nun schon wiederholt eindringliche Klagen über die Betriebsführung der „Süddeutschen Eisenbahngesellschaft“ vorgebracht worden, der Magistrat sage immer, es schwebten Verhandlungen, aber der Verkehr werde nicht besser. — Beigeordneter Baurat Petri bemerkt, diese Vorlage habe mit der Durchführung durch die Theodorstraße nichts zu tun, das zweite Geleise beginne oberhalb dieser Straße. Sie stelle ohne Zweifel eine erhebliche Verbesserung des Betriebs dar. — Oberbürgermeister Glässing erwidert auf die Bemerkungen des Stadtverordneten Baumbach, es sei doch bekannt, daß die Stadt sich gegenüber der Gesellschaft in einer sehr mißlichen Lage befinde. Neuerdings habe ein Direktionswechsel stattgefunden, der neue Direktor zeige sich entgegenkommender, während mit dem früheren nichts anzufangen gewesen wäre. Der Vertrag sei eben ungünstig für die Stadt und habe zu vielen Prozessen vor dem Schiedsgericht geführt. Wenn die Ergebnisse der Verhandlungen nicht so gewesen, wie es gewünscht worden, so habe dies nicht an dem Magistrat gelegen. Dem Stadtverordneten Reichwein gegenüber weist der Oberbürgermeister darauf hin, die Bahn wäre deshalb nicht in die Theodorstraße gelegt worden, weil die Genehmigung dazu nicht erteilt worden sei. Man habe aber den Anfang damit machen wollen, eine eigene städtische Bahn zu bekommen, und deshalb die Bierstädter Straße nehmen müssen. — Bauinspektor Verlit führt aus, daß der geräuschvolle Betrieb auf die Steigung und die besondere Konstruktion der Wagen zurückzuführen sei. Hier sei mit einer ganz anderen Belastung zu rechnen, wie in der Stadt. Es handle sich um anormale Verhältnisse. Mit Jahre habe man um die Konzeptionierung gekämpft. Die Bierstädter Straße sei die erste Straße in Deutschland, auf der mit Anhängewagen solche Steigung befahren werden dürfe. An den Wagen würden unangesehene Verbesserungen und Erleichterungen vorgenommen. — Stadtverordneter Hessemer bringt bei dieser Gelegenheit die geräuschvolle Einrichtung der Kreuzung auf dem Wilmersberg zur Sprache, worauf Beigeordneter Petri erwidert, diese Kreuzung werde in diesem Jahre noch erneuert werden. Darauf wird die Vorlage auf Antrag des Bauausschusses genehmigt.

Die Vorlage, betr. Bewilligung von 8500 M. für Ein-

richtung von Räumen im Unterbau des Pavillons 3 des städtischen Krankenhauses für Zwecke der Straßenreinigung (einschließlich heizbarer Unterkunftsräume für die Straßenarbeiter), wird auf Antrag des Bauausschusses (Referent: Stadtverordneter Kaltwasser) genehmigt. Der Abänderung des Fluchtlinienplans für das Gelände zwischen Niederberg und Platter Straße, wodurch insbesondere die Hauptstraße von 12 auf 10 Meter und die Vorgärten von 9 auf 6 Meter verschmälert werden, um den Anbau zu erleichtern, erteilt das Kollegium auf Antrag des Bauausschusses (Referent: Stadtverordneter Hildner) die Genehmigung.

Mit der Bewilligung des gesetzlichen Ruhegehalts für den am 1. April l. J. in den Ruhestand tretenden Schuldieners J. Trapp erklärt sich das Kollegium auf Antrag des Organisationsausschusses (Referent: Stadtverordneter Klärner) einverstanden.

Für den Bauausschuß berichtet Stadtverordneter Fink über die Wahl eines Bauplatzes für den Neubau einer staatlichen höheren Lehranstalt in Wiesbaden.

Der Berichterstatter führt aus: Von dem ursprünglichen Plan, das bestehende Gebäude des Realgymnasiums umzubauen, was etwa 80 000 M. erfordert haben würde, mußte im Laufe der Verhandlungen Abstand genommen werden. Diesem Plan stehen hauptsächlich technische Gründe entgegen; schwierig würde es auch sein, während des Umbaus ein Probitorium zu beschaffen. Wird an einer anderen Stelle ein Schulneubau errichtet, so hat man natürlich die Möglichkeit einer späteren Erweiterung, und dieser Punkt ist vor allem beachtenswert. Die Grundstücksdeputation hat dem Magistrat nun folgende Vorschläge in bezug auf die Platzfrage unterbreitet: 1. schlägt sie einen Platz an der Schönen Aussicht vor, der schon einmal für einen Schulneubau in Aussicht genommen war; 2. bringt sie einen Platz an der Beethovenstraße; 3. einen am Langenbeckplatz, hinter dem St. Joseph-Hospital liegenden Platz; 4. einen Platz in der Nachbarschaft des Staatsarchivs an der Rainzer Straße; 5. einen Platz am Rundell und 6. einen Platz an der Ruhbaumstraße, in der Verlängerung der Rosbacher Straße, in Vorschlag.

Um sich über die sämtlichen Plätze, mit Ausnahme des letzteren, zu entlegen, ein kleines Bild zu verschaffen, hat eine Ortsbesichtigung stattgefunden, an der sich außer dem Bauausschuß die Magistratsmitglieder Bürgermeister Travers, Beigeordneter Körner, Stadt- und Baurat Petri sowie die Stadträte Hees, Kimmel, Kraft, Klett, Kallbrenner und Wuraud teilnahmen. Ferner nahmen an der Besichtigung Magistrats-Baurat Grün und Regierungsbaumeister Beck teil. Anschließend an die Besichtigung fand eine Bauausschuhung statt, in der der Platz an der Schönen Aussicht als nicht in Frage kommend bezeichnet wurde, da er zu hoch liege, und besonders im Winter, über den steilen Carstelsberg, sehr schwer zu erreichen sei. Außerdem habe auch der Platz selbst eine ganz erhebliche Steigung, wodurch, von den erhöhten Baukosten abgesehen, ganz erhebliche bauliche Schwierigkeiten entstehen würden. Endlich hielt man es für einen großen Nachteil, wenn sich gerade in der Mittagszeit der ganze Schülerstrom in die dann sehr belebten Kreuzstraßen ergieße.

Auch von der Baustelle am Langenbeckplatz mußte Abstand genommen werden, und zwar aus den folgenden Gründen: der Platz liegt nicht an einer ausgebauten Straße; die Straßenausbaufkosten usw. würden wahrscheinlich sehr groß werden. Dazu kommt, daß der Platz direkt an das St. Joseph-Hospital anstößt; mit Rücksicht auf die ruhebedürftigen Kranken müßte daher von diesem Platz abgesehen werden.

Für den Platz am Staatsarchiv konnte man sich ebenfalls nicht erwärmen, und zwar wegen der weiten Entfernung und deshalb, weil der größte Teil der Schüler auf dem Schulweg den sehr gefährlichen Bahnhofspfad passieren müßte. Dieser Grund war besonders ausschlaggebend für die Aufgabe dieses Platzes. Nunmehr kamen noch die Plätze an der Beethovenstraße und am Rundell in Frage. Die Minorität (zwei Stimmen) war der Meinung, daß der Platz an der Beethovenstraße vorzuziehen sei, und zwar hauptsächlich wegen der ruhigen Lage und der sehr guten Arrondierung des Baugeländes. Das Gelände hat fast gar keine Steigung und liegt an einer ausgebauten Straße. Die Mitglieder des Ausschusses, die sich nicht für diesen Platz entschieden, waren der Ansicht, daß er zu enger sei und daß man die Schule nicht in einen Stadtteil stellen dürfe, in dem nur sehr wenig Schüler wohnen. Bestärkt wurde diese Anschauung durch Eingaben der Anlieger und des „Süddeutschen“, die sich gegen den Bau an dieser Stelle ausgesprochen, in dem sie eine schwere Schädigung des vornehmen Villenviertels erblickten.

Für den Platz am Rundell entschied sich die Mehrheit des Bauausschusses.

Die Minderheit bezeichnete den Platz deshalb als ungeeignet, weil die Schule hier zu nahe an den Bahnhof komme. Durch den Straßen- und Bahnhofslärm seien Störungen des Unterrichts zu erwarten. Das Gelände biete auch technische Schwierigkeiten; es sei bis zur Obenwalstraße herunter so abfällig, daß das Fundament des Gebäudes kaum mit dem Schulhof auf eine Höhe zu bringen sei. Ein großer Schulbau auf dieser Höhe, gegenüber dem tief stehenden Bahnhofsgelände, gebe auch in städtebaulicher Beziehung zu bedenken Anlaß. Die Mehrheit des Ausschusses weist besonders auf die zentrale Lage des Platzes hin. Die Grundstücksdeputation empfiehlt diesen Platz; sie meint, wenn der Schulneubau an dieser Stelle errichtet werde, seien keine Klagen über Belästigungen zu erwarten. Es sei im Gegenteil anzunehmen, daß die Nachbarn es begrüßen würden, wenn endlich die Lagerstätte mit den vielen Schuppen beseitigt und so in unmittelbarer Nähe ihrer Anwesen geordnete Zustände geschaffen werden. Die Nähe des Bahnhofs und die dort mündenden Straßenbahnen ließen den Platz am Rundell auch als für entfernt und auswärts wohnende Schüler besonders geeignet erscheinen. Der Bahnhofslärm sei bei der Entfernung des Bauplatzes bis zu den Bahnhofsanlagen nicht zu fürchten, und die Viebrücker Straße sei durch eine breite Reitallee von dem Platz getrennt, der übrigens groß genug sei, um eine zweckmäßige Baugestaltung zu garantieren.

Der Magistrat ist damit einverstanden, daß der Stadtverordneten-Versammlung der Ankauf des alten Gymnasialgebäudes zum Preise von 250 000 M.

empfohlen wird. Bekanntlich hat die Regierung den Neubau von diesem Ankauf abhängig gemacht. Der Berichterstatter erklärt, er glaube nicht, daß dem Magistrat dieser Beschluß leicht geworden sei, habe doch die Stadt selbst erheblichen Grundbesitz innerhalb ihrer Mauern. Der Magistrat stelle

aber den Antrag auf Ankauf des Gymnasiums, weil er hoffe, daß dadurch der dringlich gewordene Neubau gefördert wird. Der Bauausschuß ist übereinstimmend der Ansicht, daß der Gebäudewert zu hoch bemängelt ist. Würde ein Privatmann das Gymnasium erwerben, so würde es für ihn nur als Bauplatz in Betracht kommen. Wenn die Stadt Verwendung auch für das Gebäude hat, so darf doch nicht vergessen werden, daß bei der Übernahme ganz erhebliche Mittel für Innenausstattung nötig werden. Der Kaufpreis erscheint sonach dem Ausschuss als zu hoch. Der Ausschuss beantragt:

1. Dem Magistratsantrag, wonach für die Erbauung des Königl. Realgymnasiums der Platz am Rundell der Regierung vorzuschlagen ist, zuzustimmen;

2. das humanistische Gymnasium zum Preise von 210 000 M. der Stadtverordneten-Versammlung zum Ankauf zu empfehlen.

Der Magistrat wird ersucht, dem zweiten Teil des Antrags ebenfalls beizutreten.

Zum Bau des humanistischen Gymnasiums liegen heute noch keine Beschlüsse des Magistrats vor; es ist jedoch in Aussicht genommen, daß auf dem jetzigen Platz des Realgymnasiums ein Neubau für die Schwesteranstalt errichtet werden soll.

Der Vortrag des Referenten rief eine große Debatte hervor, an der sich die Stadtverordneten Professor Degenhardt, Justizrat Siebert, Justizrat Alberti, Hessemer, Sanitätsrat Friedländer, Schwank, Hildner, Hansohn, Krüde, Varner und v. Dreifing sowie Oberbürgermeister Glässing und Beigeordneter Körner beteiligten. Man hatte den Eindruck, als sei in der Debatte hauptsächlich die Anschauung der Minderheit des Bauausschusses vertreten worden, die, wie der Berichterstatter Fink ausführte, den Platz an der Beethovenstraße aus schultechnischen und anderen Gründen als den besseren bezeichnete. Auf einige Einzelheiten, so weit sie zur Charakterisierung der Angelegenheit von Wert sind, wird noch zurückzukommen sein. Schließlich liegen der Versammlung außer dem Ausschussantrag noch ein Antrag des Stadtverordneten Justizrat Siebert und einer des Stadtverordneten Hessemer vor. Der Siebertsche Antrag geht dahin: der erste Teil des Ausschussantrags wird abgelehnt, im übrigen aber der Magistrat ersucht, die Verhandlungen mit der Staatsregierung wegen des Neubaus des Realgymnasiums in dem Sinne wieder aufzunehmen, daß das Gebäude an der Beethovenstraße errichtet wird. Über den Antrag Hessemer wird indessen, als über den weitgehendsten, zuerst abgestimmt. Er wird mit einer Mehrheit von einer Stimme angenommen. Er lautet:

Die Angelegenheit zu vertragen und mittlerweile nach noch anderen geeigneteren Plätzen Umschau zu halten.

Zunächst wird durch Erheben der Hände abgestimmt. Dabei werden 17 Stimmen für und 16 gegen den Antrag gezählt. Da die Richtigkeit des Resultats bezweifelt wird, läßt der Vorsitzende noch einmal durch Erheben von den Stimmabstimmenden. Unter allgemeiner Heiterkeit sind jetzt 18 Stimmen für und 17 gegen den Antrag Hessemer.

Stadtverordneter Hildner berichtet über den Fluchtlinienplan über die Abänderung von Straßen in den Distrikten „Kehberg“, „Röbern“ und „Aberrich“. Die Abänderung ist ein Ergebnis der Prüfung, ob wenigverkehrte Straßen nicht schmaler angelegt werden können. In dem vorliegenden Fall soll die Straßenbreite von 12 auf 10 und die Vorgartenbreite von 9 auf 6 Meter zurückgeführt werden. Ferner soll eine Verbindungsstraße zwischen Niederberg- und Platter Straße länger ausgezogen werden, damit günstigere Steigungsverhältnisse entstehen. Der Ausschuss empfiehlt die Genehmigung der Änderungen; seinem Antrag wird stattgegeben.

Der Rückberührung von Grundstücksflächen an der Weinbergstraße infolge Abänderung des Fluchtlinienplans, über die Stadtverordneter Dr. Dreher berichtet, wird stattgegeben, und die von dem

Fürsorgeheim „Johannistift“

erbetene zweite Hypothek von 20 000 M. auf Antrag des Finanzausschusses (Berichterstatter: Stadtverordneter Ochs) bewilligt, nachdem Stadtverordneter Philipp Müller für die äußerste Linie (Demmer, Gul und Ph. Müller) erklärt hat, daß sie aus rein prinzipiellen Gründen gegen die Gewährung der Hypothek stimmen würden, ohne deshalb den wohlthätigen Charakter des „Johannistifts“ zu verkennen. Der prinzipielle Grund: das Stift hat nicht den simulantischen Charakter, den nach der Anschauung des Redners und seiner Freunde eine Fürsorgeanstalt haben muß, wenn sie aus öffentlichen Mitteln gefördert werden soll. Die erste Hypothek (197 000 M.) gibt die Landesversicherungsanstalt in Kassel; nach der Ausführung der beabsichtigten Erweiterung wird das „Johannistift“ einen Gesamtwert von 390 000 Mark haben.

Der Antrag des Wahlausschusses, in die

Schuldeputation die seitherigen Mitglieder wiederzuwählen, ruft eine heftige Auseinandersetzung zwischen der Zentrumsfraktion und der Linken hervor. Stadtverordneter Fink erklärt, daß er und seine Freunde wohl für die Stadtverordneten Dr. Doderhoff, Max Müller und Klärner, nicht aber für den Stadtverordneten Justizrat v. Ed stimmen könnten. Er hat um getrennte Abstimmung. Die Stadtverordneten Justizrat v. Ed und Sanitätsrat Dr. Proebsting gaben längere Erklärungen ab. An der Debatte beteiligten sich außer den bereits erwähnten Herren, auf die wir noch zurückzukommen werden, noch die Stadtverordneten Ochs, Baumbach, Fink, Demmer, Krüde und Kaltwasser. Schließlich wurden die Stadtverordneten Dr. Doderhoff, Max Müller und Klärner einstimmig, Stadtverordneter v. Ed dagegen gegen die drei Zentrumsstimmen gewählt. Schluß der öffentlichen Sitzung um 7¼ Uhr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Zur Trauerfeier für die verstorbene Prinzessin von Baden in der Schloßkapelle in Karlsruhe wurden Erzprießter und Propst v. Protosopoff und Diakon v. Adamantoff befohlen sowie der hiesige Sängerkor der russischen Kapelle, welcher unter Leitung seines Dirigenten, Musikdirektors Bernide, auf besonderen Wunsch die für hohe Feiertage bearbeitete Komposition der großen Es-Dur-Messe, komponiert von Erzprießter v. Protosopoff, meisterhaft vortrug. Die Komposition wird von den großen Chören in Russland gesungen und überall als ein wohl schwieriger, aber zu Herzen gehender, musikalisch empfundener Tonstück anerkannt.

Der Sängerkorps führte nach der Messe noch den gefanglichen Teil des großen Trauergottesdienstes aus, und von musikalischen Autoritäten wurde dem Dirigenten und seinen Sängern nur Lob gezollt. Außer den Geistlichen Wiesbadens waren noch Vertreter der russischen Kirche des In- und Auslands zugegen.

Todesfall. In Mainz, wo er seit mehr als vier Jahrzehnten anständig gewesen, starb am Donnerstag nach langem Leiden der Kaufmann Mathias Müller, ein geborener Wiesbadener und Inhaber der angesehenen Mainzer Firma Gerhard Kraemer. Der Dahingegangene hand in 60. Lebensjahre und war ein Sohn des gewesenen Schreinermeisters Anton Müller in der Saalgasse.

Aus dem Nordend wird uns geschrieben: Die Bewohner unseres Stadtteils, die ihre Spaziergänge mit Vorliebe die Platter Straße hinauf machen, waren in den letzten Wochen Zeugen von größeren Holzfällungen in der Kastanienallee. Vor dreißig Jahren bildeten die stattlichen Bäume, welche die Straße wohl zwei Kilometer lang umfassen, eine Sehenswürdigkeit, eine Herzensfreude für jeden Naturfreund. Von der Zeit an aber geht es allmählich abwärts mit ihnen. Den Anfang machten die größten Exemplare auf der Ostseite der Straße, in den letzten Jahren beobachtet man den Niedergang mehr auf der Westseite. Jedes Jahr muß eine größere Zahl absterbender Bäume beseitigt werden; das ziemlich wertlose Holz ist eben wieder in vielen Klüften aufgeteilt. Der Rest des Bestands sind ebenfalls meist Invaliden, die in den nächsten Jahren der Art des Holzhausers zum Opfer fallen werden. Die Abgänge sucht man möglichst durch Neuanpflanzungen zu ersetzen, aber meist ohne Erfolg; der Nachwuchs führt in der Regel nur ein kurzes Dasein, um dann ebenfalls abzustorben. Was aus diesen Neupflanzungen zwischen alten Bäumen wird, das sehen wir täglich an den Platane in der Wilhelmstraße. Als die Niederlegung dieser Allee vor etwa zehn Jahren von sachverständiger Seite in Betracht gezogen wurde, da erhob sich ein förmlicher Entzündungssturm über den „Sandalismus“. Hätte damals die Vernunft geistigt, so hätten wir jetzt in der ganzen Wilhelmstraße eine Allee, wie sie sich in deren unteren Teil vor dem „Hotel Victoria“ findet, während der alte Bestand doch bis auf ganz wenige Exemplare nur noch Baumstümpfe aufweist. Was hier die Erfahrung gelehrt, sollte an der Platter Straße verwertet werden. Es wäre unbedingt an der Zeit, die überflüssigen Kastanien in einem Zug zu beseitigen und durch eine neue Pflanzung zu ersetzen. Ob es gerade wieder Kastanien sein müßten, soll im Hinblick auf die Verhältnisse zur Erntezeit nicht gerade gesagt sein. Die städtische Gartenverwaltung hat in der Anlage neuer Baumpflanzungen eine anerkennenswerte glückliche Hand, wie die neuen Alleen am Ring, am Bahnhof, in der Kaiserstraße beweisen, daß man dringend wünschen muß, man möge auch an der Platter Straße — ebenso in der Wilhelmstraße — gleich ganze Arbeit machen.

Abstieg des Schweinefleisches. Vom Vorstand der Fleischerinnung geht uns die Mitteilung zu, daß auch in dieser Stadt infolge des Rückgangs der Einkaufspreise für Schweine eine entsprechende Herabsetzung des Verkaufspreises für Schweinefleisch schon seit einiger Zeit erfolgt ist.

Vorsicht! Dieser Tage erschienen in einem hiesigen Bureau in Abwesenheit des Inhabers zwei junge Leute aus dem Arbeiterstand, um eine angeblich notwendige geschäftliche Angelegenheit im Auftrag ihres Prinzipals zu ordnen. Sie bemühten dabei die Gelegenheit, sich mit auffälligem Interesse in den Lokalfakten umzusehen. Da die Angaben der Wirtschen sich nachträglich als falsch herausstellten, liegt der Verdacht nahe, daß ihr Besuch einer Spionage galt und unredliche Absichten bei ihnen zu befürchten sind. Also Vorsicht bei ähnlichen Anlässen.

Für die Drillings, von denen kürzlich hier wegen der Mittel zur Beschaffung eines Kindermorgens die Rede war (eine frühere Sammlung für dieselben hat übrigens noch nicht stattgefunden, diese Angabe beruht auf einer Verwechslung), sind beim Verlag des „Wiesbadener Tagblatts“ bisher eingegangen: von C. S. 3 M., E. 10 M., G. B. 2 M.

Dorberichte über Kunst, Vorträge und Veranstaltungen.

Königliche Schauspiel. In der morgen stattfindenden Aufführung der „Carmen“ mit Fräulein Sommer in der Titelrolle singt Herr Scherer zum erstenmal den „Jofe“ (Abonnement A).

Barfais-Vortrag im Hoftheater. Zur Einführung von Richard Wagners „Barfais“, dessen Erstaufführung für Sonntag, den 8. März, vorgesehen ist, findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Hoftheater ein Rezitationsvortrag des Kammerjägers Korabammer statt. Hierbei wird die königliche Kapelle unter Leitung des Professors Mannhaedi mitwirken und u. a. das Vorspiel zum 1. zum 2. und zum 3. Akt spielen. Der Vortrag dauert einschließlich der Pausen etwa drei Stunden und findet bei den bekannten Volkspreisen statt. Eine Vorverkaufsgeldgebühr wird nicht erhoben. Der Vorverkauf beginnt Sonntag, den 22. Februar cr., vormittags 9 Uhr.

Musik- und Vortragsabende.

Der Julius fremdsprachlicher Vorträge des Wintres 1913/14 wurde am Mittwoch im Saal der Oberrealschule mit einer englischen Rezitation beendet. Herr Bernard aus Mandelstern brachte Brownings „The Pied Piper of Hamelin“ (Hattensänger von Hameln), Stans „The Enchanted Shirt“ und Dickens „A Christmas Carol, The Ghost of Jacob Marley visits Scrooge“ zum Vortrag. Herr Bernard ist ein Meister in seinem Fach; seine Darbietungen sind mehr als eine Rezitation. Dem Gegenstand entsprechend weicht er seine stimmlichen Mittel, die eine geradezu bewundernswürdige Modulationsfähigkeit haben, in den Dienst einer edel empfundenen und darum sicher wirkenden dramatischen Vorführung zu stellen. Auf diese Weise zieht er jeden Zuhörer selbst den, der die englische Sprache weniger beherrscht, in seinen Bann und macht sich somit verständlich. Die zahlreichen Hörer waren stützlich von den Darbietungen des Herrn Bernard ergriffen und dankten ihm mit reichem Beifall. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Vereinsleben.

Dorberichte, Vereinsversammlungen.

Bei dem heute Samstagabend im Apollo-Theater (Kaisersaal) stattfindenden Preiswettbewerb des Männergesangsvereins „Fidelio“ kommen 4 Damen, 3 Herren und 1 Unbeteiligter an die schönsten resp. originellsten Masken zur Verteilung. Erste Preise sind eine Damen- und eine Herrenmaske.

Der große Maskenball des Wiesbadener Militärvereins findet heute Samstagabend 8 1/2 Uhr, im Kaisersaal der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8, statt.

Der heute Abend in der Turnhalle des Männerturnvereins stattfindende Jubiläums-Maskenball verspricht einen glänzenden Verlauf. Der Kartenverkauf war bisher ein sehr lebhafter.

Im Auftrag des Vereins für jüdische Gelehrte und Literatur spricht am Sonntagabend 8 1/2 Uhr, im großen Saal der Loge Plato Oberleutnant Magnus Davidsohn aus Charlottenburg über „Die Melodien und Gesänge des jüdischen Gottesdienstes“. Der Vortragende wird

seinen Vortrag durch gefangliche Darbietungen und solche am Organium erläutern. Gäste, Damen und Herren, sind herzlich willkommen.

Einen Lichtbildervortrag über „Indien, Land, Leute und Mission“ veranstaltet der V. V. Missionsverein für Basel am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, im evangelischen Vereinsbauis, Fleiter Straße 2. Der Redner ist Missionar Späth, früher in Indien.

Dereinsfeste. (Aufnahme frei bis zu 20 Stellen.)

Am vergangenen Sonntag veranstaltete die Jugendabteilung des Vereins für Handlungslehre von 1858 (Kaufmännischer Verein) eine lernabstimmende Sitzung im kleinen Saal der „Marburg“. Bei gutem Besuche nahm Dank des reichhaltigen Programms die Feier einen glänzenden Verlauf.

Die „Große Wiesbadener Karnevalsgesellschaft“ veranstaltete am Sonntag im Festsaal der „Marburg“ ihre Damen- und Fremdenitzung. Punkt 8 Uhr 11 Min. ertönten 11 Kanonenschüsse und unter den Klängen des Marschallamarsches hielt Fräulein Ma neval nebst hoher Gemahlin (Herr und Frau Köhler), escorted von Herolden und gefolgt von schmucken Pagen, seinen Einzug, allseitig freudig begrüßt. Darauf folgte das Elsa-Komitee mit seinem Präsidenten Herrn Lubin, Redner. Nach einer schmunzigen, humoristischen Begrüßung durch den Präsidenten wurden die Komitees der „Neuen Hanauer Karnevalsgesellschaft“ sowie des „Karnivalvereins „Kamern“ (Wierstadt) auf die Bühne geleitet. Beide Vereine trafen durch ihre Präsidenten Geschenke übereichen. Das Programm bestand aus 28 Nummern. Ausgezeichnete Leistungen boten das Duettinnenpaar „Margot und Willi Dautler“. Weiter traten sich der als Sänger Herr „Tobias (Hannu)“, als Bühnenredner die Herren Redner, Müller, Hobe (Wiesbaden), Kofel (Hannu), Schiller (Wierstadt) und Schneeweß (Frankfurt) als Sumoist Herr Dehn. Zwei humoristische Szenen gestiftet von Wiesbadener und Wierstädter Karnevalisten, erregten große Heiterkeit, ebenso ein Zwiegespräch der Hanauer Herren Guth und Reih; „Kauf Schwämme in der Instruktionstunde“. Alle Besucher waren von dem Gebotenen voll und ganz befriedigt. Ein Tänzchen hielt die selben noch bis gegen Morgen beisammen. F 481

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

o. Viehrie, 20. Febr. Für den zum Wachtmeister ernannten Schuttmann Münch wurde von der hiesigen Polizeiverwaltung der Kriminalschuttmann Paul Scherzki aus Bochum i. W. gewählt. Der neue Beamte, der schon früher hier als Polizeifergeant tätig war, wird seine Stellung am 1. April antreten. — Im neuen Haushaltsvoranschlag unserer Stadt erfordern die Schullasten eine Mehraufwendung von 20 000 M. gegen das Vorjahr. Am 1. April d. J. gelangen wieder vier neue Volksschullehrer zur Anstellung. — Auf der Waldstraße wollte gestern ein hiesiger Schuttmann zusammen mit einem Wiesbadener Kriminalbeamten in der Familie eines Backsteinmachers, die der Täter schick an den in den letzten Tagen verübten Gartendiebstahl n verdächtig war, Hausdurchsuchung abhalten. Als die Beamten zu diesem Zweck sich in die Backsteinhütte begaben, wurden sie von vier Männern und zwei Frauen sehr übel empfangen. Man schlug mit Messern und Besenstielen auf sie ein, und einer der Kerle warf sogar den brennenden Ofen gegen die Beamten. Bis diese Hilfe herbeiholen konnten, hatten die zwei Haupttäter bereits das Weite gesucht, während die Namen der anderen festgestellt werden konnten.

o. Schierkeim, 20. Febr. Der Former Saibach hier selbst erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

o. Hochheim, 20. Febr. Als der Fabrikarbeiter Joh. Ad. Bauer vorgestern Abend gegen 10 Uhr von seiner Arbeitstätte, den Diamantwerken, nach Hause ging, fielen in der Nähe des Hofgutes Hallenberg zwei Schüsse und Bauer wurde, daß die Kugeln ziemlich nahe an ihm vorbeisauften. Da ein Alterntat wohl nicht anzunehmen ist, auch andere Arbeiter in dieser Gegend verschiedene Schüsse vernahmen, ist wohl anzunehmen, daß Wilderer dort ihr verbotenes Handwerk treiben. — Das diesjährige Musterungsgeschäft findet statt am 27. und 28. Februar und am 2. März in der „Burg Ehrenfels“. Am 27. Februar haben zu erscheinen die Militärpflichtigen von Driedensheim, Hochheim und Nordend, am 28. Febr. von Dellenheim, Massenheim, Wallau und Hochheim, am 2. März von Dörschheim, Weilsbach und Widen. Im letzten Tage der Musterung findet auch die Verhandlung sämtlicher Reklamationen sowie die Klassifikation der Landwehroleute, Reservisten, Ersatzreserveisten und Landsturmpflichtigen zweiten Aufgebotes statt.

Aus der Umgebung.

o. Mainz-Kastel, 19. Febr. Provinzialdirektor Gebeinrat Dr. Best hat das Protokoll über das 11. Bundesfest des Mittelrheinischen Sängerbundes, welches am 20., 21. und 22. Juni hier stattfinden, übernommen.

o. Frankfurt a. M., 20. Febr. In dem städtischen Elektrizitätswerk in der Seidenstraße explodiert durch Kurzschluss eine große Maschine, wodurch vier Personen schwer verletzt wurden, darunter eine Lebensgefährlich.

o. Dingen, 19. Febr. Seit letzten Dienstag wird hier die Ehefrau des Professors Ludwig Kreisel, geb. Schmaßl, mit ihrer achtjährigen Tochter Elise vermisst. Da die Frau seit längerer Zeit sich in einem hochgradig nervösen Zustand befindet, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie irgendwo planlos umherirrt. Sie kann aber auch in irgend einem Krankenhaus Aufnahme gefunden haben oder aber zuerst das Kind beseitigt und dann selbst Selbstmord verübt haben. Die Frau ist 1,75 Meter groß, von schlanker Gestalt, hat dunkelbraunes Kopshaar, bleiches, längliches Gesicht, blaue Augen und ziemlich vollständiges Gebiß. Das vermisste Kind ist etwa 1,20 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat blondes Kopshaar und blaue Augen. Die Gesichtsfarbe ist recht frisch.

Gerichtssaal.

o. Das Urteil gegen Rosa Luxemburg. Frankfurt a. M., 20. Febr. In dem Strafprozeß gegen Rosa Luxemburg wegen Aufregung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt und Anstiftung von Militärpersonen zum Ungehorsam gegen die militärische Disziplin wurde heute nach sechsstündiger Verhandlung die Angeklagte zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr und sofortige Verbannung beantragt. Die Verteidiger hatten auf Freispruch plädiert. Die Straftat die zur Verurteilung führte, wurde in zwei Forträgen erbildet, die Rosa Luxemburg in Frankfurt und Badenheim hielt. Die Verurteilung geschah auf Grund der §§ 110 bis 112 des Reichsgesetzbuches.

Sport und Spiel.

o. Ein Olympia-Ausflug in Frankfurt a. M. In Frankfurt hat sich ein Auszug für die Olympiade 1916 gebildet, der sich mit den olympischen Vorbereitungen beschäftigen wird. Seine erste große Veranstaltung hält der Auszug Sonntag, den 22. März, im Schumann-Theater ab. Herr v. Rod. Diebst, der Präsident des Deutschen Reichsausschusses für olympische Spiele, wird die Eröffnungsrede halten.

o. Für die Rennen zu Baden-Baden veröffentlichen der Internationale Klub jetzt die Propositionen. Das Programm

ist fast ganz im Rahmen des Vorjahres gehalten und weist nur wenige Änderungen auf, die sich hauptsächlich auf die Hindernisrennen beziehen. An Freisen kommen, wie in der verflochtenen Saison, insgesamt 594 700 M. zur Verteilung. Das Meeting erstreckt sich wieder über 6 Tage und beginnt am 21. August.

Neues aus aller Welt.

Wie der steuerfeindliche Kodeseller überlistet wurde. New York, 20. Febr. Zwischen dem Milliardär Kodeseller und den amerikanischen Steuerbehörden besteht momentan ein offener Krieg. Der Finanzmann weigert sich seit langer Zeit, die gesetzliche Vermögenssteuer zu entrichten. Trotz größter Bemühungen und scharfster Strafandrohungen ist es den Steuerbehörden bisher nicht einmal gelungen, seine Wohnung selbst zu betreten. Am zum Ziele zu kommen, bediente man sich gestern einer List. Am vorgestrigen Abend hatte die Nichte Kodesellers einen Ball besucht. Ein junger eleganter Mann, der sich ihr genähert und mit ihr den ganzen Abend getanzt hatte, erhielt die Erlaubnis, ihr am anderen Tage seine Aufmerksamkeit machen zu dürfen. Kommt war dieser in die Wohnung gelassen, zog er unter der Erklärung, Steuerbeamter zu sein, ein Altbündel aus der Tasche und präferierte ein Pfändungsprotokoll über 62 Millionen. Wohl oder übel sah sich Kodeseller gezwungen, diese Summe zu bezahlen, um einer Pfändung aus dem Wege zu gehen. Erst jetzt haben die Behörden festgestellt, daß sie noch über 175 Millionen an rückständigen Steuern aus den letzten Jahren von ihm zu bekommen haben. Sie zerbrechen sich nun den Kopf darüber, wie sie es anfangen sollen, um die 175 Millionen einzutreiben.

Die todbringende Köchin Paris, 19. Febr. Der Bericht, den Professor Chantemesse der Academie de Medecine über die unerbessenen Massenvergiftungen der Hochseitsgäste von Chobot erhaltete, flücht den anfangs sehr dunklen Fall vollständig auf. Die Veranlassung ist in der Tat die Köchin gewesen, aber sie ist für den Tod ihrer Opfer nicht verantwortlich. Sie ist von einem Intoxikationsmittel ber. den sie von Kobora hatte. Tränen in Oberbühnen Passagen, und da sie von sehr zweifelhafter Reinlichkeit ist, gelangten durch ihre Hände die todbringenden Krankheitserreger in die von ihr bereiteten Speisen. Das erklärt es auch, daß man bereits vier Fälle kennt, in denen Gesellschaften, für die sie Speisen bereitet hatte, schwere Veranlassungen und Todesfälle zu erleiden hatten.

Aus der Besserungsanstalt entwischt, Trier, 19. Febr. Ein Flüchtling brach aus der Besserungsanstalt Gelehenberg umweil Trier aus und streifen um Schreden der Bewohner frei umher. Der Polizei ist es endlich gelungen, einige mißverehrten Die luxemburgische Bundesgrenze bei Schieren noch ist polizeilich besetzt, um die Flucht der Ausbrecher in luxemburgisches Territorium zu verhindern.

Eine Orientfahrt der Berliner „Liebesfelle“, Berlin, 20. Febr. Die Berliner „Liebesfelle“ wird am kommenden Sonntag von Berlin aus eine Orientfahrt antreten. Sie verläßt nachmittags um 3 Uhr vom Anhalter Bahnhof aus Berlin und beachtet sich zunächst nach Berlin von da aus geht die Fahrt nach Genoa, wo die Mitfahrer der „Liebesfelle“ einen Dampfer bestiegen, der sie nach Neapel und Alexandria bringt. Nach einigen Konzerten besuchen die Sänger Cairo, um dort vor dem Khedive zu konzertieren. Auf der Rückreise nach Berlin ist ein mehrtägiger Aufenthalt in München vorgesehen.

Letzte Drahtberichte.

Die Änderungen der Servisklasseneinteilungen.

o. Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Dem Bundesrat ist eine Vorlage über Änderungen der Servisklasseneinteilungen zugegangen. Es handelt sich, wie wir schon vor einigen Wochen berichtet haben, nicht um eine allgemeine Neuregelung der Klassen-einteilung, die nicht vor dem Jahre 1918 erfolgen wird, sondern lediglich um die Neuregelung für eine Anzahl von Orten, die in eine höhere Servis-klassen eingestuft werden sollen. Außer einigen wenigen großen Städten, die hierfür in Betracht kommen, wie Leipzig, Dresden und Mannheim, sind es zumeist Orte, die sich in den letzten Jahren sehr schnell zu stark bevölkerten Fabrikstädten entwickelt haben und in denen daher die Wohnungsverhältnisse unerbäulich gestiegen sind.

Stadtbaurat Hoffmann Ministerialdirektor.

o. Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Zum Nachfolger des Ministerialdirektors Hinkeldeyn im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist, wie in unternichteten Kreisen verlautet, der Berliner Stadtbaurat Hoffmann ausersehen. Sobald das Abgeordnetenhause in der Angelegenheit des Neubaus des Opernhauses das letzte Wort gesprochen hat und beschlossen ist, daß die Hoffmann'schen Pläne zur Ausführung gelangen, soll die Berufung Hoffmanns in das Ministerium erfolgen.

Die Beisehung der Prinzessin Wilhelm von Baden.

o. Karlsruhe, 20. Febr. Bei unfreundlichem Wetter fand heute mittags 1 Uhr von dem Palais Prinz Wilhelm aus die Überführung der Leiche der verstorbenen Prinzessin Wilhelm von Baden nach dem Hauptbahnhof und von da mittels Sonderzuges nach Baden-Baden statt. Die vom Zug passierten Trauerstraßen waren mit Trauer-Emblemen und umflorten Fahnen wirkungsvoll geschmückt. Die Umrahmung des Weges mit brennenden Gasfackeln und florbülligten Flambeaus erhöhte den wirkungsvollen Eindruck, den der imposante Trauerzug auf die unzähligen Zuschauer machte, welche die Straßen mit ehrerbietigem Schweigen umsäumten.

o. Baden-Baden, 20. Febr. Der Extrazug mit der Leiche der Prinzessin Wilhelm von Baden und den fürstlichen Leidtragenden traf um 3 Uhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Nachdem die Leiche auf den am Bahnhof stehenden, ebenfalls mit sechs Pferden bespannten Leichenwagen verbracht worden war, setzte sich der Zug nach der Kapelle in der Lichtenthaler Straße in Bewegung. Die Straßen, welche der Zug passierte, waren mit auf Halbmaß gehängten Flaggen und Trauer-Emblemen geschmückt. Auch hier begrüßte den letzten Gang der in Baden-Baden sehr beliebten Fürstin eine zahlreiche Menge mit ehrfurchtsvollem Schweigen. In der russischen Kapelle wurde der Sarg unter Vorantritt der Geistlichkeit vor den Altar gestellt. Die Kammerherren stellten sich zur Seite des

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Edelher-Cafe geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Telefon:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht. — Die Reichs-Verkaufsstellen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die J. G. Neumannsche Buchhandlung, sowie die Hauptvertriebsstellen in allen Teilen der Stadt; in Deutschland die Postämter und in den benachbarten Ländern und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einblättriger Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Reklamen; 2 Mt. für auswärtige Reklamen. Ganze halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlicher Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entgeltlicher Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblattes: Berlin-Wilmersdorf, Güntelstr. 66, Fernspr.: Amt 4514 u. 451. Für die Nachnahme von Anzeigen an vorgelichteten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Samstag, 21. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 88. - 62. Jahrgang.

Die Politik der Woche.

Durch die letzten Reichstagswahlen sind die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag wieder auf des Meisters Schneide gestellt, und die ohnehin schwache Abwehrmehrheit der Linken, wenn man worauf wir ja gestern schon hinwiesen, angesichts der scharfen Gegensätze innerhalb derselben überhaupt noch von einer solchen Gruppierung sprechen kann, ist jetzt nach dem gestrigen konservativen Wahlsieg in Zerichow, über den an anderer Stelle berichtet wird, so geschwächt worden, daß bei den Abstimmungen dem Zufall, der jeweiligen Besetzung der Reichstagsbänke die entscheidende Rolle zufällt. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich durch diese schwankenden und unsicheren Mehrheitsverhältnisse die politische Lage im Parlament erheblich zuspitzt, wie das ja in den mehrfachen scharfen Zusammenstößen zwischen den Gruppen der Rechten und der Linken zutage getreten ist. Von dieser kampflustigen Stimmung war auch die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erfüllt, auf der nicht nur der bösen Demokratie der Krieg erklärt, sondern auch dem Reichskanzler eine sehr schlechte Zensur erteilt wurde, dem man „auf allen Gebieten der Gesetzgebung des Reiches eine immer weiter greifende Rücksichtnahme auf die Stimmungen, die Wünsche und die Interessen der Demokratie“ vorwarf. Das hatte der fünfte Reichskanzler bei seiner ganzen bisherigen politischen Haltung schwerlich erwartet, daß man ihn „verruhter Demokratie“ beschuldigen werde.

Angesichts der mannigfachen Räte und Sorgen auf dem Gebiete der inneren Politik dürfte es für den leitenden Staatsmann einen Nichtblick bedeuten, daß er im Begriff ist, im Ressort des Äußeren einige Erfolge zu verzeichnen. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über die Bagdadbahn und die damit zusammenhängenden kleinasiatischen Eisenbahnfragen sind soweit gediehen, daß es im wesentlichen nur noch äußerer Formalitäten bedarf, um die Sache zum Abschluß zu bringen. Gleichzeitig sind die deutsch-türkischen, die französisch-türkischen und auch die deutsch-englischen Verhandlungen über die Bagdadbahn und den damit zusammenhängenden Komplex von Fragen soweit gediehen, daß an der endgültigen Lösung nicht mehr zu zweifeln ist. Wie Deutschland hierbei im einzelnen abgehandelt hat, das wird sich natürlich erst nach dem Bekanntwerden der Einzelheiten beurteilen lassen, aber wenn des einen sinns des andern sinns nach ist, dann könnte man vielleicht schon jetzt die mißvergnügte Kritik der französischen Presse, von der wir wiederholt Kenntnis haben, auf der Kreditseite buchen.

Im übrigen ist man jenseits der Vogesen auch sonst zurzeit recht mißvergnügt, und man hat einigen Grund dazu. Die Alarmnachrichten über den ganz ungewöhnlich schlechten Gesundheitszustand im französischen Heer haben eine starke Beunruhigung ausgelöst, die ihren Niederschlag bereits in sehr leidenschaftlichen Kammerdebatten gefunden hat. Trotz aller offiziellen Vertuschungsversuche hat sich hierbei herausgestellt, daß man durch die neueste gewaltige Heeresvermehrung zu einer Herbeiführung von gewundenen wurde, bei der es dann nicht wundernehmen kann, wenn das untaugliche Menschenmaterial Krankheiten und Epidemien zum Opfer fällt.

Wahrscheinlich hängt es mit dieser aufdämmenden Erkenntnis von dem Ende der französischen Leistungsfähigkeit zusammen, wenn jetzt von Paris und Petersburg aus, wo man ebenfalls eine starke Vermehrung des Heeres vorbereitet, der Versuch gemacht wird, einen engeren Zusammenhang des Dreiverbandes, das heißt eine Verstärkung des Zweibundes anzustreben, für die England die Kriegskosten zahlen soll. Allein der Vorschlag Sazonows, in London eine Art Dreiverbandsbureau einzurichten, hat an der Thematik durchaus keinen Widerhall erweckt, und keine Antwort ist auch eine Antwort. Die englischen Staatsmänner haben offenbar um so weniger Neigung, sich ganz in das Schlepptau des Zweibundes nehmen zu lassen, da unter dem Kabinett Boreham ein unverkennbar ein schärferer Kurs auch in der auswärtigen Politik eingeschlagen wird.

Einen greifbaren Beweis für das gegen die russische Politik herrschende Mißtrauen bilden ja die eigenartigen Vorgänge in Schweden, wo die Frage der Landesverteidigung unter dem Druck der militärischen Maßnahmen Rußlands an den finnischen Küsten zu einer sehr ernstlichen Kabinettskrise geführt hat. Ob es dem neuen Geschäftsmann Hammarström gelingen wird, die durch den Konflikt zwischen dem Kabinett Staaff und dem König Gustaf geschaffene Krise endgültig beizulegen, wird ganz von dem Aus-

fall der bereits angekündigten Neuwahlen zur Zweiten Kammer abhängen.

Ihrer einigermassen befriedigenden Lösung scheinen endlich die verschiedenen Balkankrisen entgegenzugehen, sogar die am heftigsten umstrittene Inselfrage kann trotz des platonischen Protestes der Porte als praktisch entschieden gelten, da man diesen Protest nicht einmal in Konstantinopel selbst ernst nimmt. Ebenso macht die Konstituierung des neuen Balkanstaates Albanien erfreuliche Fortschritte, und der Prinz zu Wied schied sich bereits zur Abfahrt nach seiner Residenz Durazzo an, nachdem er seinen Vaten, den europäischen Großmächten, seine Aufwartung gemacht hat. Wenn übrigens berichtet wurde, daß er zwei Motorboote für seine Hofhaltung ankaufen will, so wollen wir von Herzen wünschen, daß Wilhelm der Gütige, wie man den „neuen Herrn“ bereits getauft hat, sie wirklich nur zu Vergnügungsfahrten zu benutzen braucht. Immerhin, Vorsicht schadet niemals!

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser ist gestern Abend um 10.45 Uhr, von Karlsruhe kommend, auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen.

— Eine Fahrt des Königs von Bayern über den Atlantik. König Ludwig von Bayern hat, wie in süddeutschen Hofkreisen verlautet, den Plan einer Amerikareise ins Auge gefaßt, und zwar will der Monarch voraussichtlich, und falls nicht andere Dispositionen den Plan durchkreuzen, einer Einladung des Generaldirektors Wallin folgend, im Juni d. J. mit dem neuen Kapakdampfer „Katerland“ eine Reise nach New York antreten. Die Rückkehr ist mit dem gleichen Schiffe vorgesehen, an dem König Ludwig als Taufpate ein besonderes Interesse genommen hat.

* Ein Abend bei dem Staatssekretär Dr. Solf. Der Staatssekretär des Reichskolonialamts und Frau Solf hatten für gestern Abend Einladungen im „Hotel Adlon“ ergehen lassen, und eine überaus stattliche Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, Minister, Parlamentarier, das diplomatische Korps und Kolonialpolitiker, waren dem geselligen Rufe gefolgt. Die Eingeladenen begaben sich, von den Gastgeber auf Lebenswürdigste begrüßt, zunächst nach dem Kaiseraal, wo kinematographische Aufnahmen aus den Kolonien vorgeführt wurden. Nachher entwickelte sich in den Festräumen ein glänzendes gesellschaftliches Bild und eine überaus anregende Unterhaltung.

* Der Generalpardon. Man hat den Generalpardon im Wehrbeitragsgesetz als „Wünschelrute“ bezeichnet, weil er bisher unbekanntes Schätze zutage fördert. Aber nicht in allen Bundesstaaten schlägt diese Wünschelrute an. In Bayern zum Beispiel hat sie bei weitem nicht die Wirkung gehabt wie in Preußen. Die bayerische Finanzverwaltung führt dies darauf zurück, daß sie selbst vor einigen Jahren schon von dem Mittel des Generalpardons Gebrauch gemacht hat; sodann aber auch darauf, daß die Steuerveranlagung in Bayern bisher scharfer gewesen sei als die in Preußen. Auch in Sachsen hat sich die Wünschelruteneigenschaft des Generalpardons bisher nicht sonderlich bemerkbar gemacht, und in diesem Bundesstaate läßt sich zur Erklärung dafür nur hervorheben, daß die sächsische Steuerveranlagung bisher genauer gewesen ist als die preussische. Mit Rücksicht darauf sind, wie wir mitteilen können, verschiedene Bundesstaaten entschiedene Gegner des Generalpardons gewesen, und die Aufnahme der „Wünschelrute“ in das Wehrbeitragsgesetz ist im Bundesrat erst nach heißen Kämpfen erfolgt.

* In der Erkrankung des Kardinals Fürstbischof Ropp wird noch gemeldet: Gestern wurde der Beginn einer Lungenerkrankung festgestellt. Nach dem gestern ausgegebenen Bericht ist sein Befinden bedeutend besser. Das Fieber hat bereits nachgelassen. Der Kardinal liegt im Minoritenkloster zu Troppau.

* Die Stichwahl im Wahlkreis Zerichow. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Zerichow 1 und 2 erhielt Schiele (kons.) 16 825, Haupt (Soz.) 15 259 Stimmen. Schiele ist somit gewählt. In der Stichwahl am 10. Februar erhielten Schiele (kons.) 12 089, Robell (Vpt.) 6000, Haupt (Soz.) 12 687 Stimmen. Die Liberalen Wähler sind also in der Stichwahl in größerer Zahl zu dem konservativen (über 4500 Stimmen Zuwachs) übergegangen als zu dem Sozialdemokraten, der nur 2552 Stimmen in der Stichwahl gewonnen hat.

* L. Wedells Nachfolger. Aus der gleichzeitigen Anwesenheit des Statthalters Grafen Wedel und des Oberpräsidenten Herrn v. Rheinbaben in Berlin wird der Schluß gezogen, daß die Ernennung des neuen Statthalters der Reichslande unmittelbar bevorsteht, und daß Hr. v. Rheinbaben der Nachfolger des Grafen v. Wedel sein wird. Der letzteren Annahme wird in politischen Kreisen nicht widersprochen, sie wird freilich auch nicht ausdrücklich bestätigt, und das ist begreiflich, da hinzugefügt wird, daß eine endgültige Entschliebung des Kaisers noch nicht vorliegt. Was aber den Zeitpunkt des Personalwechsels betrifft, so dürfte es noch einige Wochen dauern, bevor der neue Statthalter in Strazburg einzieht. — Zu derselben Frage wird übrigens

von der „Nik.-Pol. Korresp.“ geschrieben, als möglicher Nachfolger des Grafen Wedel werde neuerdings von oft gut unterrichteter Seite der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Deßbrück genannt, der im besonderen der Kandidat des Kanzlers sein solle und dessen Wahl sicherlich mancherlei für sich habe. Daß weder ein königlicher Prinz noch ein Militär nach Strazburg geht, werde als durchaus feststehend bezeichnet. (Bergl. „Letzte Drahtberichte“.)

* Zur Wahl des Landtagsabgeordneten Feld als Vorsitzenden der bayerischen Zentrumsfraktion. Der „Regensb. Anz.“ teilte gestern an der Spitze seines Blattes mit, daß der zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion in der bayerischen Abgeordnetenkammer gewählte Landtagsabgeordnete Feld seine Stelle als Chefredakteur des genannten Blattes niedergelegt hat.

* Die bayerische liberale Landtagsfraktion gegen die Wertzuwachssteuer. Die liberale Fraktion des bayerischen Landtags wird den Regierungsentwurf über die Erhebung der Wertzuwachssteuer für den Staat in der vorliegenden Form aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen ablehnen. Sollte von der Regierung ein neuer umgearbeiteter Entwurf vorgelegt werden, so behält sich die Fraktion weitere Stellungnahme vor.

* Die Darlehen an Arbeitslose in Berlin. Die Grundzüge für die Verteilung von Darlehen an Arbeitslose sind jetzt vom Magistrat festgestellt worden. Bedingung für die Gewährung von Darlehen ist, daß der vorliegende Notstand in der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage und dem sich daraus ergebenden Mangel an Beschäftigung seine Ursache hat. Das Darlehen kann in Raten oder im ganzen bis zur Gesamthöhe von 40 M. gewährt werden.

* Ein Prozeß wegen des Salvarsan? Aus Frankfurt a. M. wird der „Tägl. Rundschau“ gemeldet, daß sich aus dem Gelehrtenstreit über das Salvarsan ein Gerichtsverfahren entwickeln soll. Nach dieser Meldung kündigt Geheimrat Ehrlich an, daß er auf die Angriffe, die er in den Darlegungen des Berliner Polizeiarztes Dreutz über die Todesfälle bei der Anwendung von Salvarsan erlitten, den Klageweg beschreiten will. Auch hat Geheimrat Ehrlich jetzt sämtliche geübten Kliniken Europas und Amerikas, die Salvarsan dauernd gebrauchten, zu Erklärungen über die erzielten Erfolge aufgefordert. Geheimrat Ehrlich will diese Erklärungen veröffentlichen.

* Das neue Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel ist gestern nachmittag in Gegenwart des Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen, die mit ihrem gesamten Hofstaat erschienen waren, und in Anwesenheit einer glänzenden Gesellschaft eröffnet worden. Der Leiter des Instituts, Dr. Harms, hielt die Begrüßungsrede.

* Wieder ein deutsches Opfer der Fremdenlegion! Meldungen aus Remagen zufolge ist dort der Fremdenlegion wiederum ein Deutscher zum Opfer gefallen. Ein junger Mann, der sich für die Fremdenlegion anwerben ließ, wurde wegen Gehorsamsverweigerung zu 6 Jahren Festung verurteilt. Nach mehreren Jahren entwich er aus der Festung, war jedoch von Arabern wieder eingefangen und zum Tode verurteilt worden. Nachdem der Präsident der französischen Republik das Todesurteil bestätigt hatte, wurde der junge Mann am 10. Januar d. J. in Algier erschossen. Das Urteil wurde der Schwester des Erschossenen von Paris aus zugesandt.

* Beschränkung der Prügelstrafe in Lippe-Detmold. Gestern mittag wurde nach längerer Beratung das neue Schulgesetz endgültig in dritter Lesung verabschiedet. Die wichtigsten Bestimmungen bringen staatliche Befreiung oder Beschränkung der Prügelstrafe, Einführung des achten Schuljahres und Verminderung der Höchstschülerzahl um 20.

* Die Eröffnung der Leipziger Buchgewerbeausstellung. Die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 wird bestimmt am 6. Mai, 11½ Uhr vormittags, durch den König von Sachsen eröffnet.

* Der Bau eines Krematoriums in Würzburg abgelehnt. Der Würzburger Magistrat hat den Antrag des Feuerbestattungsvereins auf Errichtung eines Krematoriums einstimmig abgelehnt.

Parlamentarisches.

* Das Befinden der verunglückten Zentrumsabgeordneten. Reichstagsabgeordneter Puck wurde gestern aus dem Krankenhaus entlassen. Das Befinden des Abgeordneten Hebel hat sich derart gebessert, daß seine baldige Genesung in Aussicht steht.

In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses wurde die Novelle zum Landesverwaltungsrecht an die Kommission zurückverwiesen. — Über den Entwurf eines Ausgrabungsgesetzes, dessen Inhalt wir in der Freitag-Abend-Ausgabe bereits mitgeteilt haben, führte Herr v. Rheinbaben aus: Unsere kulturgeschichtlichen Denkmäler bedürfen unbedingt eines stärkeren Schutzes. Viele kulturhistorische Kunstgegenstände sind aus Deutschland nach dem Ausland ausgeführt oder im Lande von unberufenen Händen zertrümmert worden. Gerade die Rheinprovinz kommt hier in Betracht. Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß das, was die deutsche Erde noch an Zeugen der Vergangenheit in sich birgt, den kommenden Geschlechtern erhalten bleibt. Das strebt dieser Gesetzentwurf an. Kultusminister v. Kraut zu Solz und ich haben uns bemüht, bei der Redaktion des wesen

Entwurfes den Wünschen des Herrenhauses nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. So haben wir hohe Strafen nur für den Fall der gewerbsmäßigen Ausbeutung angeordnet. Zugleich will ich erklären, daß ohne die Zustimmung des Grundbesitzers keine Ausgrabung auf dessen Grund und Boden stattfinden darf. — In der Einzelberatung entstand eine längere Debatte über die Frage, ob die Entscheidungsfrist von fünf Tagen herabzusetzen sei. Nachdem Graf Behr, Kultusminister v. Trost zu Solz und Professor Löning sowie Hr. v. Rheinbaben sich an dieser Aussprache beteiligt hatten, wurde abgestimmt mit dem Resultat, daß man es bei der Regierungsforderung belieh. — Im Verlauf der weiteren Verhandlungen wird § 8, der das Auslieferungsrecht und die Frage der Entschädigung regelt, mit großer Mehrheit angenommen. Auch der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung der Landesgrenze gegen das Königreich Bayern wird unverändert ohne Debatte angenommen. Ebenfalls unverändert angenommen wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung der Landesgrenze in der Provinz Ostpreußen gegen Rußland vom Memelstrom bis zum Bissegfluß und der Gesetzentwurf über die Ausdehnung des Moorstrichs vom 4. März 1913 auf die Provinzen Posen und Schleswig-Holstein. — Dem letzten Punkt der Tagesordnung, Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Stadtfreies Danzig, wird noch eingehender Berichterstattung des Oberbürgermeisters Rabe die Zustimmung erteilt.

In der Leuchtkommission des Reichstags führte der Regierungsvertreter aus, daß die Regierung auf die Hälfte des österreichischen Leuchtölports mit 50 000 Tonnen und auf 175 000 Tonnen aus Rumänien, aber nicht auf russische Bezüge rechnet, daß die Raffinerien am Golf von Mexiko 275 000 und die binnenländischen weitere 400 000 Tonnen liefern könnten. Nachdem ein Zentrumsredner als Ergebnis der Debatte feststellte, daß Deutschland für ein Leuchtölmonopol heute mehr auf Amerika angewiesen sei als im Vorjahr, erklärte Staatssekretär Kühn, er könne nur wiederholen, was er früher gesagt habe. Die Regierung werde das Gesetz nicht in Kraft setzen, bevor festgestellt sei, daß die Vertriebsgesellschaft genügende Mengen guten Leuchtöls zu einem den Verbraucher nicht belastenden Preise zur Verfügung stellen könne. Zur Abgabe einer Erklärung, auch im Plenum, werde er sich von den Verbündeten Regierungen noch besonders ermächtigen lassen.

Aus der Spionagekommission. Der 16. Ausschuh des Reichstags setzte gestern die Beratung des § 8 des Entwurfs über den Verbot militärischer Geheimnisse fort, der die Strafandrohung für den Entfall, der ein Verbrechen in den vorgenannten Paragraphen bezeichneten Art mit einem anderen verahndet oder in anderer Weise vorbereitet. Hierzu sind Vorschläge gestellt, darunter einer, der die Fuchthausstrafe aus diesem Paragraphen ausmerzen will. Ebenso liegt ein Abänderungsantrag vor, der bestimmt, daß der an der Verabredung Beteiligten Strafflos bleibt, wenn er durch Anzeige bei der Behörde das Verbrechen verhindert. Eine Abstimmung erfolgte nicht.

Die Reichstagskommission zur Regelung des Hausierhandels und der Wanderlager nahm gestern das Verbot des Hausierhandels mit Pfandscheinen an. Die Beratung eines konservativen Antrags, alle Samereien vom Wandergewerbe auszuschließen, wurde noch nicht zu Ende geführt.

Zur Frage der Mischehen mit Farbigen. Bei der Beratung des Kolonialrats in der Budgetkommission des Reichstags erklärte der Staatssekretär auf die Anfrage der Sozialdemokraten, ein Verbot der Mischehen mit Farbigen sei nicht beabsichtigt, die Debatten im Reichstag hierüber fanden überall Widerhall und verstärkten die Meinung, eine solche Mischehe würde den Deutschen nicht entsprechen und die Selbstachtung und die öffentliche Meinung würden die Massenvermischung verhindern. Eine ausdrückliche Gesetzesänderung sei nicht in Aussicht genommen.

Heer und Flotte.

Rückkehr der Her nach Zabern? Der Straßburger Korrespondent der „Berliner Morgenpost“ meldet: Wie man hört, besteht die Absicht, das 99. Regiment wieder nach Zabern zurückzuverlegen. Von der Stadtverwaltung sind hiergegen Bedenken geltend gemacht worden. Es wurde der

Wunsch ausgesprochen, ein anderes Regiment nach Zabern zu verlegen, da alsdann größere Garantien für ein gedeihliches Verhältnis zwischen Militär und Zivil gegeben seien.

Zur Erkrankung des neuen Gouverneurs von Mex. Der neue Gouverneur von Mex, Generalleutnant v. Lindemann, bisher Kommandeur der 18. Division in Trier, wurde vorgestern an einer Drüsenvereiterung im Ohr operiert. Die Operation gelang gut, doch ist der Zustand des Kranken ernst, da die Krankheit schon ziemlich weit vorgeschritten war.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Fürstbischof Bissl gegen die „unfittliche Kleidermode“. Wien, 20. Febr. Der Fürstbischof von Wien Dr. Bissl hat einen Hirtenbrief erlassen, der sich scharf gegen die unfittliche Kleidermode und die Verhütung der Empfängnis wendet, im übrigen aber bei aller Mahnung zur Glaubensstreue doch mit starkem Nachdruck betont, daß die christliche Nächstenliebe auch die Andersgläubigen umfaßt. (F. S.)

Weiskirchner gegen Verlängerung der Handelsverträge. Wien, 20. Febr. In der heutigen Plenarversammlung der Handelspolitischen Kommission sprach sich der Vorsitzende Bürgermeister Weiskirchner gegen eine Verlängerung der Handelsverträge aus, die zur Wahrung der Interessen von Industrie und Gewerbe sowie des städtischen Koniums auf neuer Grundlage aufgebaut werden müßten.

Auflösung des Tiroler Landtags. Innsbruck, 20. Febr. Der Statthalter hat dem Landeshauptmann im Allerhöchsten Auftrage die Schließung des Landtags mitgeteilt. Wie verlautet, war das Arbeitsprogramm bereits festgestellt, sollte aber wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit gefürzt werden, wodurch neue Differenzen entstanden waren.

Geniestarre in einem ungarischen Husarenregiment. Budapest, 21. Febr. Aus Debuzin wird gemeldet, daß unter den dort garnisierenden Husaren Geniestarre konstatiert ist.

Frankreich.

Die Epidemien vor der Kammer. Paris, 20. Febr. In der französischen Kammer hat heute der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Maginot eine Interpellation wegen des Gesundheitszustandes in der französischen Armee beantwortet. Er führte aus, daß zwar in der letzten Zeit wegen des strengen Winters und einer Reihe von Epidemien in den französischen Garnisonen der Gesundheitszustand verhältnismäßig ungünstig sei, daß aber kein Grund zur Besorgnis vorliege, da auch im Jahre 1914 die Krankheits- und Sterbeziffer sich bis jetzt kaum über den Durchschnitt der letzten Jahre erhoben habe. Nach dem Unterstaatssekretär Maginot ergriff der Sozialist Dujon das Wort und hob in eingehender Weise die verschiedenen sanitären Uebelstände hervor, welche durch das Dreijahresgeheis ausgedehnt worden seien. Darauf wurde die Fortsetzung der Interpellationsdebatte auf nächsten Montag anberaumt.

Rußland.

Veröffentlichung der Dokumente über die Balkankrise. PTA, Petersburg, 20. Febr. Das Ministerium veröffentlicht eine Sammlung diplomatischer Dokumente über die Balkankrise. Aus der Sammlung geht — nach der russisch-offiziösen Darstellung — der unparteiische Charakter und das Desinteressement der russischen Aktion hervor und beweist ferner unwiderleglich Rußlands freundschaftliche Haltung gegen alle Balkanstaaten sowie gegen Rumänien.

Balkanstaaten.

Die rumänischen Wahlen. Bukarest, 20. Febr. Bei den Kammerwahlen im dritten Wahlkörper wur-

den 39 Liberale und 1 Demokratisch-Konservervative gewählt. Unter den Gewählten befindet sich der Arbeitsminister Angelesco.

Serbiens Einwohnerzahl. Belgrad, 20. Febr. Die in den neuen serbischen Gebieten vorgenommene Volkszählung ergab eine Einwohnerzahl von 1 489 286. Mitbin beläuft sich die Bevölkerungszahl des gesamten Königreichs auf 4 1/2 Millionen.

Türkei.

Eine Inspektionsreise Enver-Paschas nach den Dardanellen. Konstantinopel, 20. Febr. Enver-Pascha ist heute abend in Begleitung von 13 Offizieren, darunter einigen Mitgliedern der deutschen Militärmission, nach den Dardanellen und Gallipoli abgereist, wie verlautet, zu Inspektionszwecken.

Die neue Hetze gegen die deutsche Militärmission. Paris, 21. Febr. Die „Agentur Journal“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Konstantinopel: Es steht jetzt fest, daß in der deutschen Militärmission Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen sind. Der Konflikt, der zwischen dem General Liman von Sanders und dem Obersten Strempell entstanden ist, hat in deutschen Kreisen in Konstantinopel peinliches Aufsehen hervorgerufen. Man sucht die Gründe dieser Streitigkeiten in der verschiedenen Auffassung beider Offiziere über den Charakter der Militärmission und über die Grenzen ihrer Befugnisse und Nachvollkommenheiten. In den Kreisen der deutschen Botschaft sucht man die Angelegenheit zu unterdrücken oder wenigstens den peinlichen Eindruck, den die Affäre hervorgerufen, zu verwischen und man erklärt, daß der Zwischenfall keinerlei Folgen haben werde. Auch wird mitgeteilt, daß der Urlaub des Obersten v. Strempell nur von kurzer Dauer sein wird.

Nordafrika.

Ein Kampf unter den Mauern von Tetuan. Madrid, 20. Febr. Nach einer amtlichen Meldung aus Tetuan wurde gestern nacht eine Streifabteilung an den Mauern der Stadt von Marokkanern angegriffen. Es entspann sich ein Gefecht, in dem ein spanischer Leutnant getötet wurde.

Australien.

Der große Streik in Sydney. Sydney, 20. Febr. Die Schächtermeister haben infolge des Streiks der Angestellten die Arbeit selbst in die Hand genommen. Sie haben elf Niederlagen für Fleischversorgung im Betrieb. Die Vertreter von 14 Verbänden der Arbeiter, welche die Verteilung der Lebensmittel beschafft, haben mit den Auskändigern morgen eine Versprechung. Die Eisenarbeiter und ihre Gehilfen sind in den Ausstand getreten. Alle großen Maschinenwerke und die Werke auf der Woolwichdock stehen still. 3000 Leute feiern.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Aus dem Stadtparlament.

Die Schuldeputation.

Um was es sich bei der gestrigen Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und dem Zentrum handelt, ist unseren Lesern aus dem lokalen Beiter der Freitag-Morgen-Ausgabe bekannt, dessen Voraussage richtig eingetroffen ist: Herr Stadtverordneter Fink erklärte bei dem Antrag des Wahlschusses auf Wiederwahl der gegenwärtig der Schuldeputation angehörenden Herren Dr. Dyckerhoff, Justizrat v. S., Mittelschullehrer Klärner und Kürschner Mag Müller namens der Zentrumsfraktion folgendes: „Wenn über die vier Herren gleichzeitig abgestimmt wird, dann können wir uns an der Abstimmung nicht beteiligen. Wir sind nach den Vorgängen in der letzten Stadtverordneten-

Aus Kunst und Leben.

Wissenschaft und Technik. In dem Geburtsorte Johann Gottlieb Fichtes, dem kleinen Orie Rammenau in der sächsischen Lausitz, fand, wie man der „Ficht. Stg.“ mitteilt, am Mittwoch eine würdige Feier der Erinnerung an den Tod des mannhaften Philosophen statt. Es gibt in Rammenau zwei Fichte-Denkmäler. Das ältere, ein Granitobelisk, stammt aus dem Jahre 1867, das neue, eine Säule mit der Erzbüste Fichtes, wurde bei der Feier seines 150. Geburtstages eingeweiht.

Der durch seine Höhlenforschungen bekannte Arzt Dr. Herzogs wurde bei der Erforschung einer Höhle bei Venedorf von einem herabstürzenden großen Stein so unglücklich getroffen, daß er sofort tot war.

Professor Dr. Rietner ist, wie jetzt erst bekannt wird, am vergangenen Donnerstag gestorben. Er ist Generalsekretär des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose Oberhessens a. D. und Professor gewesen und erreichte ein Alter von 58 Jahren. Der Verstorbene, der in Berlin-Großlichterfelde starb, hatte gewünscht, daß sein Ableben erst nach der Bestattung bekannt gegeben werden sollte. Rietner hat fast zehn Jahre lang die Geschäfte des Generalsekretärs des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose geführt und die Bekämpfung der Tuberkulose in Deutschland durch Wort, Schrift und Tat in nachdrücklicher Weise gefördert. Auch an der Duppelbekämpfung war er in hervorragender Weise beteiligt.

Mitte April wird in Brüssel ein Handelsmuseum eröffnet werden, in dem speziell Produkte aus dem Kongogebiet und belgische Fabrikate, die sich für den Export nach der Kongokolonie besonders eignen, ausgestellt werden sollen.

Unter der Redaktion des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika Dr. G. Schnee beginnt in einigen Wochen eine groß angelegte Enzyklopädie unserer Kolonien zu erscheinen, in der von 70 hervorragenden Fachautoritäten alle Wissensgebiete kolonialen Lebens bearbeitet sind. Das Werk erscheint im Verlage von Quelle u. Meyer in Leipzig und wird mehr als 1000 farbige und schwarze Abbildungen und Karten enthalten.

Feuilleton.

Königliche Schauspiele.

Freitag, den 20. Febr.: Zum ersten Male: „Der verwandelte Komödiant“. Ein Spiel aus dem deutschen Rokoko in einem Aufzuge von Stephan Zweig. Hierauf: „Der Diener zweier Herren“. Lustspiel von Carlo Goldoni.

Eine Italien und besonders Venedig eigentümliche Form des Lustspiels war von altersher die sog. „Commedia dell'arte“, bei welcher der Dichter nur eine Disposition der Handlung gab, der Dialog aber der Phantasie und guten Laune der Darsteller überlassen blieb. Es fehlt heute nicht an Stimmen, die in der Rückkehr zu dieser Improvisationskunst eine Erlösung unseres Theaters erblicken. Bei Hanswurstiaden ist eine solche Stögreifkomödie denkbar, die Ideen scheint jedoch absurd, sobald es sich um eine höhere Aufgabe handelt, weil dann alle Schauspieler auch Dichter sein müßten. Goldoni (1707 bis 1793), ein glühender Verehrer Molières, räumte in diesem Sinne mit der alten Komödie auf und schuf Stücke von literarischem Wert. Die „Masken“ der „Commedia dell'arte“, stets wiederkehrende Figuren, wie „Arlecchino“ und „Colombina“ usw., die zum unentbehrlichen Bestand der „künstlerischen“ Bedürfnisse der Venezianer gehörten, konnte er jedoch nicht ganz verdrängen. Er sah sich zu einem Kompromiß mit dem Geschmack des Volkes gezwungen und nahm diese stereotypen Gestalten in einer Anzahl seiner Stücke wieder auf. Hiervon abgesehen, bot seine spätere Kunst etwas durchaus Neues, Fortschrittliches. Sie behandelte das weltliche, konkrete Leben und wurzelte in diesem. Seine von aller Schablone gereinigten besten Lustspiele wirken ganz unmittelbar und lebendvoll, sie sind in der Tat ein Spiegel der Zeit und geben ein Bild des damaligen Volkslebens, verklärt und geläutert durch den Humor des Dichters. Das gestern aufgeführte Lustspiel ist allerdings keine Verwirklichung des Gefagten, denn es ist noch ganz im Stil um 1740 gehalten und es war kulturhistorisch recht interessant, diese „Commedia“ in der Reinkultur vorgeführt zu sehen. Es handelt sich um den typischen, dumppfiffigen Diener, der sich zwei Herren vermielet und dadurch sich und die Herren in die größten Verlegenheiten bringt. Die Ge-

fährigkeit des Dieners, viel Prügel, faulstidige Lügen, keine Intrigen, Verkleidungen — alles mit burlesker Übertreibung, sind die Mittel, auf die das Publikum reagieren soll. Wer den rechten Maßstab fand, konnte die würdige Einhundertundsteißigjährige ohne Graß aus dem Grabe auferstehen sehen, was sie doch von Herrn Regisseur Legal kunstgerecht feiert, geschminkt und in den Schärnieren gut geschminkt. Und Herr Herrmann gab den idyllischen Diener, der der Welt zu seinem Schaden beweisen will, daß man doch zwei Herren dienen könne. Auch die alten Venezianer hätten ihre Freude an diesem Truffaldino gehabt, der an Gelertheit und quersilberner Bewusstheit jeden Jongleur und Prestidigitateur in Schatten stellte. Dennoch, das selbe egal — Herr Legal — und dann noch einmal, das ist zuviel. Streichen Sie ein wenig, Einsprüche des Autors sind ja nicht zu befürchten.

Dem Goldoni ging „Der verwandelte Komödiant“ voraus. Mit eindringlicher Baredsamkeit, die hier und da geistreich funkelnd aufblitz, zeigt der Dichter wie ein Schauspieler sich plötzlich seiner Künstlerschaft und seines Wertes bewußt wird. Der tiefe Sinn seiner Kunst wird ihm klar, als er ihre Unwiderstehlichkeit an einem sich dogenem Sträubenden sieht, er fühlt sich als schöpferischen Gestalter, als Beherrscher aller, die ihm lauschen. Er ist ein anderer geworden, ein Herr von Kraft geht von ihm aus, er ist ein Sieger, ist hinreichend. Die Handlung wird durch diese Wendung auf eine schwindelerregende Höhe geführt. Die Gräfin, der er als Witwetter nahe, wird durch die von ihm ausstrahlende Vitalität elektrifiziert, ihre Blasterheit und ihre Vorurteile schmelzen vor der glühenden Kraft dieses künstlerischen, männlichen Selbstbewußtseins. Ihre gepuderte Lebensauffassung scheint ihr plötzlich fad, die geschönkelte Grazie ihrer Kultur unbedeutend. Auch sie ist vernarrt. Was der Höhe öffnet sich eine Perspektive in strahlende, blaue Fernen. — Herr Albert sprach den Schauspieler gut, ein Leichtes, Außerstes an hinerreichendem Schwung fehlte noch, um ganz an dies zudende Herz, an diese jauchende Seele glauben zu können. Frau Bahrtammer war eine liebreizende Gräfin voll Distinktion und Charme. Seine große Rede an das Publikum sollte Herr Albert aber an imaginäre Zuschauer und nicht an die anwesenden richten. Denn stets werden sich welche finden, die das persönlich nehmen und glauben mitspielen zu müssen.

führung nicht in der Lage, für Herrn v. Ed. zu stimmen. Wird getrennt abgestimmt, dann wählen wir natürlich die drei anderen Herren. Gleichzeitig richten wir an den Wahlkörper für die technische Zumahl, die Bitte, einen katholischen Lehrer in die Schuldeputation zu wählen. Wir sind bereit, geeignete Vorschläge zu machen."

Diese Erklärung mußte natürlich Herrn Justizrat v. Ed. veranlassen, nun ebenfalls zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Er tat das mit folgenden Ausführungen:

"Ich hatte nicht vor, zu diesem Punkt das Wort zu ergreifen, aber nach der Erklärung des Herrn Fink bin ich genötigt, ebenfalls ein paar Worte zu sagen. Ich habe heute vor vier Wochen hier den sogenannten Kuhhandel bei der Wahl des neuen Beigeordneten zur Sprache gebracht. Als darauf Herr Fink ein Klagegeld über Imparität anstimmte, habe ich erklärt, man möge mir einen Fall nennen, in dem während meiner achtzehnjährigen Praxis als Stadtverordneter die evangelische Majorität die katholische Minorität dergewaltig habe; ich habe hinzugefügt: Vielleicht verweisen sie auf die Schuldeputation! Sie haben diesen Einwand erhoben und ich habe nun den Ausdruck gebraucht, der genügend in den Zeitungen herumgeschleppt worden ist. Ich gebe zu, daß der Ausdruck ein bißchen scharf war, er hätte in der Form milder sein können. An der Freizügigkeit, die darauf entstand, habe ich mich nicht beteiligt, wie der letzte Artikel der 'Rheinischen Volkszeitung' zeigt, sehr zum Leidwesen dieses Blattes. Ich habe mir gesagt, daß bei einem solchen Zeitungskampf nichts Gutes herauskommt; ich weiß auch nicht, ob mir die 'Rheinische Volkszeitung' zur Verfügung gestanden haben würde. Ich würde auch dem 'Katholischen Lehrerverein' nicht geantwortet haben, wenn er mir nicht vorgeworfen hätte, ich hätte in meinen Ausführungen etwas Unwahres behauptet. Dieser Vorwurf allein veranlaßt mich, heute zu der Angelegenheit zu sprechen. Ich habe gesagt, wir könnten keinen katholischen Volksschullehrer in die Schuldeputation wählen, weil die Mitglieder des 'Katholischen Lehrervereins' den Kampf gegen die Simultanschule auf ihre Fahne geschrieben hätten. Das sei unklar wird gesagt; in den Statuten des 'Katholischen Lehrervereins' steht nichts von dem Kampf gegen die Simultanschule. Das habe ich auch nicht behauptet; in den Statuten steht sehr oft nichts von dem, worauf es ankommt, und ich werde den Beweis führen, daß der 'Katholische Lehrerverein' tatsächlich den Kampf gegen die Simultanschule auf seine Fahne geschrieben hat.

Pfingsten 1910 hat in Bochum die Generalversammlung des 'Katholischen Lehrervereins für Deutschland' stattgefunden. In dieser Versammlung wurde lange über die Simultanschule verhandelt, und damals kam es zu dem sogenannten Pfingstergelöbnis: Kampf gegen die Simultanschule bis zum Ende! Dieses Pfingstergelöbnis wurde einstimmig angenommen. Der Versammlung wohnten außer einem hiesigen Volksschullehrer auch einige hiesige Lehrer an, darunter ein Herr, der damals Vorsitzender des 'Katholischen Lehrervereins' war. Das Gelöbnis hat also auch der 'Katholische Lehrerverein' abgelegt. Die badischen Lehrer haben im ersten Moment auch dafür gestimmt, sie haben aber alsbald eingesehen, daß das falsch war, und sie saßen an demselben Abend noch einen Beschlus, wonach sie den Kampf gegen die Simultanschule nicht billigen. Die Wiesbadener katholischen Lehrer haben stillgeschwiegen. Als sie nach Wiesbaden zurückkehrten und zur Rede gestellt wurden, haben sie gesagt, das sei nicht so gemeint gewesen, sie seien gar nicht gegen die Simultanschule und hätten's eigentlich ebenso machen können, wie ihre badischen Kollegen. Die Bitte, ihre Ansicht zu publizieren, wie das auch die Badenser getan haben, lehnten sie aber glatt ab! Das ist der Beweis, daß der 'Katholische Lehrerverein' den Kampf gegen die Simultanschule auf seine Fahne geschrieben hat, und deshalb habe ich gesagt: ein katholischer Lehrer gehört nicht in die Schuldeputation, nicht, weil er katholisch, sondern weil er Mitglied des 'Katholischen Lehrervereins' ist. Ich habe die katholische Lehrerin Fraulein Ruffel ebenfalls in die Schuldeputation wählen lassen, und werde sie, wenn ich dazu in die Lage komme, dieses Jahr wiederwählen. Der 'Katholische Lehrerverein' wird nun hoffentlich nicht mehr behaupten, ich hätte etwas Unwahres gesagt.

Herr Fink hat damals, als er uns mit seiner Imparitätsklage überraschte, auf Aachen exemplifiziert, um nachzuweisen, daß dort, wo die Katholiken in der Mehrheit seien, echte Toleranz herrsche. In Aachen würden die Wahlen ganz anders gehandhabt, dort würden viele evangelische Beamten angestellt, sagte er. Für mich war das damals ein Novum; inzwischen habe ich aber Material bekommen, und ich kann sagen, wie es sich mit der Toleranz in Aachen verhält. Es ist richtig, daß dort nur 10 Prozent der Bevölkerung Protestanten sind, und richtig ist auch, daß 22 Prozent der städtischen Beamten evangelisch sind. Das sieht sehr günstig für die Gegner aus, dabei ist aber nicht berücksichtigt, daß sich die Statistik auf sämtliche Beamten, vom einfachen Schuldiener bis zum Oberbürgermeister, bezieht. In der Hauptsache sehen sich die 22 Prozent aus mittleren und Unterbeamten zusammen. Der Grund hierfür ist sehr einfach: es handelt sich hier eben in erster Linie um Militärbeamte, die von der Gemeinde angestellt werden müssen, und da gibt es nicht katholische genug. Wenn wir die höheren Beamten betrachten, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Vier evangelische höhere Beamte hat die Stadt Aachen: den Musikdirektor, den Kurdirektor, den Gartenbaudirektor und den Direktor des statistischen Amtes. (Heiterkeit.) Die höheren Beamten, auf die es vor allem ankommt, sind sämtlich katholisch. Von sämtlichen Mittelschullehrern Aachens ist nur ein einziger evangelisch, und obwohl ein Viertel der Volksschüler evangelisch ist, kommen auf 58 katholische doch nur 5 evangelische Lehrer. Es ist ganz gut, wenn die Öffentlichkeit auch in Wiesbaden hört, wie es in Aachen mit der Toleranz bestellt ist. Ich kann aber auch auf einen Fall hinweisen, der sich ganz in unserer Nähe, in Niederlahnstein, zugetragen hat. Dort hat die katholische Mehrheit die zwei letzten evangelischen Mitglieder aus der Schuldeputation herausgewählt. Der Weidling wurde allerdings später wieder aufgegeben, die zwei Mitglieder wurden wiedergewählt, aber nur deshalb, weil ein einsichtsvoller und einflussreicher Katholik erklärte, er lege sein Amt ebenfalls nieder, wenn die zwei Mitglieder nicht wiedergewählt würden."

Herr Ochs erklärte, der Ausdruck des Herrn v. Ed.: "Wir müßten ja Esel sein, wenn wir einen katholischen Lehrer in die Schuldeputation wählen würden", war eine schwere Beleidigung der katholischen Lehrer, die in ihrer Schularbeit nicht hinter ihren evangelischen Kollegen zurückstehen. Zuruf: Das bezweifelte ja kein Mensch! Sie sind daher berechtigt, in der Schuldeputation mitzuwirken. Kein Mensch

denkt daran, die Wiesbadener Simultanschule in eine Konfessionschule umzuwandeln. (Ra, na! Die Red.) Ich glaube, die Vorgänge der letzten Zeit waren für die Kurstadt Wiesbaden nicht von Vorteil.

Herr Baumbach führte aus: Herr Fink hat gesagt: In Aachen sind 12 Prozent Katholiken und 6 Prozent Protestanten. Dort verlangten die 6 Prozent, daß ein evangelischer Beigeordneter gewählt wird.

Herr Demmer stellte fest, daß er und seine Parteifreunde im Prinzip anerkennen, daß die Parität auch in der Schuldeputation gewahrt werden müsse. Die Bedeutung der Zentrumsanträge ließe sich erst erkennen, wenn man dazu den Kommentar benutze, den die 'Rheinische Volkszeitung' geliefert habe. Dieser Kommentar zeige, worauf es dem Zentrum ankomme. Er erinnere nur an den Artikel vom 17. Februar, in dem Jäger beantragt werde, Herrn Sanitätsrat Dr. Proebsting aus der Schuldeputation hinauszuschaffen, weil er kein orthodoxer Evangelischer, sondern ein Liberaler und Vorstehender des 'Vereins für Feuerbestattung' ist. Der 'Katholische Lehrerverein' ist nicht nur katholisch, sondern orthodox katholisch. Nicht um die Parität gehe es dem Zentrum, sondern um die Verminderung der Schule. In den Artikeln der 'Rheinischen Volkszeitung' leitet immer derselbe Gedanke wieder: in die Schuldeputation gehören nur Anhänger der orthodoxen Richtung, sonst niemand; und vor allem gehören keine Juden und keine Freireligiöse in die Schuldeputation. Es ist noch nicht lange her, da wurde in derselben 'Rheinischen Volkszeitung', die jetzt über Imparität schreit, zu den Ausschusssitzungen der Ortskrankenkasse gesagt: 'Die Bürgerschaft würde es nicht verstehen, wenn wir die Majorität nicht ausnützen und sämtliche Sitze für uns beanspruchen würden!' Das Zentrumsblatt wurde hier auf eine Unwahrheit angespielt; es glaubte das Gesichtsfeld verschoben zu können, wenn es über Imparität usw. klagte.

Auch Herr Sanitätsrat Dr. Proebsting hatte eine Erklärung abzugeben. Er führte aus: Ich erwartete, daß Herr Fink beantragen würde, daß auch ich nicht wiedergewählt werden möge; er hat sich aber offenbar geschämt, den Artikel der 'Rheinischen Volkszeitung' für sich zu akzeptieren, in dem behauptet und zu begründen versucht wird, daß ich, als Vorsitzender des 'Vereins für Feuerbestattung', nicht mehr in die Schuldeputation gewählt werden dürfe. Ich fühle mich verpflichtet, hier ausdrücklich festzustellen, daß ich bereits vor 4 Wochen erklärt habe, die etwaige Wiederwahl in die Schuldeputation nicht annehmen zu können. Ich bin seit 1896 Mitglied der Schuldeputation; als Bürger der Stadt und Vater von 4 Kindern wurde ich seinerzeit in die Deputation gewählt. Meine Pflicht glaube ich in jeder Beziehung getan zu haben. Mit den katholischen Mitgliedern, sowohl mit dem verstorbenen Prälaten Keller als mit dem jetzigen Stadtpfarrer Bruber, bin ich immer ausgeglichen ausgekommen. Ich war 1896 schon Vorsitzender des 'Vereins für Feuerbestattung', den ich im Jahre 1892 gegründet habe. Im Jahre 1904, als das Institut der Schulärzte in Wiesbaden gegründet wurde, ist der verstorbene Sanitätsrat Dr. Fr. Cunn in die Schuldeputation eingetreten. Damals stand der Magistrat auf dem Standpunkt, daß er ipso facto der erste Schularzt Mitglied der Schuldeputation sei. Das blieb so, bis 1908 das neue Schulgesetz in Kraft trat; jetzt wurde Cunn als Stadtverordneter in die Schuldeputation gewählt und zu gleicher Zeit auch als erster Schularzt. Als Sanitätsrat Cunn starb, war ich der einzige Arzt in der Schuldeputation. Ich habe damals mit Herrn Dr. Stricker, dem Nachfolger Cunn im Amt des ersten Schularztes, Rücksprache genommen und wollte zu seinen Gunsten zurücktreten. Die Sache hatte aber große Schwierigkeiten, und so verstand ich mich dazu, bis zum Ablauf meiner Wahlperiode auszuhalten. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Herr Dr. Stricker hat inzwischen die Rolle als erster Schularzt an Herrn Dr. Geisler abgetreten. Meinen Antrag, Herrn Dr. Geisler an meiner Stelle in die Schuldeputation zu wählen, will der Magistrat nachkommen. Ich teile das hier mit, damit die 'Rheinische Volkszeitung' hintennach nicht sagen kann: Der Vorsitzende des 'Vereins für Feuerbestattung' mußte doch heraus!

Im weiteren Verlauf der Debatte, die vollständig zu bringen wegen Mangel an Raum nicht möglich ist, hielt Herr Fink den Vorwurf der Intoleranz aufrecht. Auf die Ausführungen des Herrn Sanitätsrats Proebsting könne er nicht eingehen, da nicht er (Fink), sondern die 'Rheinische Volkszeitung' deren Artikel zu vertreten habe. (Demmer: Er kneift wieder!) Auch Herr Ochs meinte, die Zeitungartikel seien etwas ganz anderes, das sei mit dem Verfasser selbst abzumachen; während Herr Baumbach noch einmal auf die Nichtwahl des Herrn Dr. Mouth zurückkam und den Beweis zu führen suchte, daß Dr. Mouth nur deshalb nicht gewählt wurde, weil er katholisch war. Wenn das richtig ist, was er sagte, daß vor der entscheidenden Sitzung und bevor sich der Aachener Kandidat für den Beigeordnetenposten vorstellte, von einzelnen Herren gesagt worden ist: "Wir können Herrn Dr. Mouth nicht wählen, weil wir erst einen katholischen Schuldirektor gewählt haben", so müssen wir das allerdings als eine bedauerliche Entgleisung bezeichnen. — Herr Justizrat v. Ed. konstatierte wiederholt, daß auch heute wieder kein Fall genannt werden konnte, in dem während der 18 Jahre, die er der Stadtverordneten-Versammlung angehört, ein Beschluß gefaßt worden ist, der die katholische Minderheit verletzte. "Man sage mir doch einen derartigen Fall und rede nicht immer drum herum." Herr Fink antwortete, aber nicht, indem er einen solchen Fall vorbrachte, sondern mit der Feststellung, daß für die Katholiken die Paritätsfrage eine wirtschaftliche Frage sei. Die Herren Kaltwasser, Krüde und Glücklich gaben die ausdrückliche Erklärung ab, daß Herr Dr. Mouth absolut nicht deshalb nicht gewählt worden sei, weil er katholisch sei. Damit wurde endlich der Gegenstand verlassen, der lediglich durch die den tatsächlichen Verhältnissen ganz und gar nicht Rechnung tragenden Artikel des Zentrumsblattes zu einer Causa celebre geworden ist.

— Zum Neubau des Königl. Reformgymnasiums. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde lange und breit über die Frage gesprochen, welcher der beiden hauptsächlich in Frage kommenden Plätze für die Errichtung des neuen Königl. Reformgymnasiums am besten geeignet sei. Die starke Inanspruchnahme des Raums verbiete uns leider, auf die gar nicht uninteressant gewesene Debatte näher einzugehen, deren Resultat schließlich ein negatives gewesen ist. Mitgeteilt muß indessen das werden, was Herr Direktor Dr. Maurer dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Alberti gegenüber zu der Platzfrage geäußert hat. Nach der Mitteilung Albertis erklärte Herr Dr. Maurer, aus schultechnischen Gründen sei der Platz am Kundell ver-

fehlt; er fühle sich verpflichtet, seinen ganzen Einfluß zur Befestigung dieses Projekts aufzubieten. Eine Rücksprache mit dem Vertreter der Königl. Regierung habe ihm gezeigt, daß man dort seine Anschauung über die Unzulänglichkeit des Platzes am Kundell teile. Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß man dort jemals ein Gymnasium errichte. Für die Errichtung des Gebäudes an der Beckhofenstraße seien dagegen schon Pläne ausgearbeitet; werde dieser Platz gewählt, so könne sofort mit den Bauarbeiten begonnen werden, während bis zur Inangriffnahme des Neubaus noch viele Jahre vergehen könnten, wenn die Stadt auf dem Platz am Kundell beharre.

— Todesfall. Im seltsamen Alter von 102 Jahren 7 Monaten verchied gestern Frau Emilie Wahl in ihrem Hause Kapellenstraße 28. Sie ist die Witwe des Rentners Joseph Anton Wahl, eines namentlich um den 'Verschönerungsverein' unserer Stadt hochverdienten Mannes, gewesen. Die Verstorbene war eine geborene Gartenstein aus Reunkirchen bei Saarbrücken und konnte sich während ihres ganzen langen Lebens stets einer guten Gesundheit erfreuen. Hier trat sie vielfach als Wohltäterin auf.

— Zur städtischen Kinematographensteuer. Am Freitagvormittag fand im Rathaus auf Einladung des städtischen Magistrats eine Besprechung der Behörden und Kinematographenbesitzer wegen Neuregelung der von den letzteren zu zahlenden Luftbarkeitssteuer statt. Das Magistratsamt hält den Vorschlag der 'Wiesbadener Vereinigung zur Bekämpfung von Schund und Schmutz in Wort und Bild', eine Besteuerung nach Filmlänge, wobei die wertvollen Darbietungen steuerfrei bleiben sollen und nur bloße Unterhaltungsfilme versteuert werden, für vorläufig nicht durchführbar. Es hat daher den Vorschlag der Besitzer, eine Steuer nach Zahl der Sitze festzusetzen, angenommen. In der gestrigen Sitzung wurde nun ein gütliches Übereinkommen mit den Besitzern dahingehend getroffen, daß in Zukunft die Berechnung der Steuer nach den Sitzplätzen, einerlei, welcher Art die Darbietungen sind, erfolgt. Als Satz für die Steuer wurden 15 M. für Sitz und Jahr festgelegt. Ein Durchschnittskino mit 200 Sitzplätzen hat somit 3000 M. Luftbarkeitssteuer im Jahr zu bezahlen. Das Gesamtergebnis dieser Steuer würde 23 000 M. im Jahr betragen, das ist 8000 M. mehr, als die Kinosteuer bisher einbrachte. Es wurde beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten an diesem Steuerprojekt festzuhalten.

— Städtischer Steuerausschuß. In den Steuerausschuß für die Veranlagung der Gemeinde-Einkommensteuer wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Pathe Herr Rentner Hermann Ziegler gewählt.

— Umbau im Hauptbahnhof. Im Hauptbahnhof ist ein großer Umbau an der Geleiseanlage vorgesehen, um zu bewirken, daß auch die Züge aus der Richtung Köln, Radesheim in beiden Richtungen in die Geleise der Bahnstrecke von Erbenheim resp. Limburg, Niederrhausen und umgekehrt eingeleitet werden können. Ebenso soll durch die Verschiebung von zahlreichen Weichen, Signalen usw. eine allgemeine Umleitung geschaffen werden, so daß bei irgend welchem Unfall jede Betriebsstörung bezüglich der Verspätungen der ein- und ausfahrenden Züge vermieden wird. Der ganze Umbau muß beschleunigt ausgeführt werden.

— Mainzer Karneval. Die Dieblich-Mainzer Dampf-schiffahrt Aug. Waldmann unterhält zu dem großen Fastnachtszug am Rosenmontag folgenden Dienst: Ab Dieblich: 11, 12, 1, 4 1/2 und 5 1/2 Uhr; ab Mainz (Stadthalle): 4, 5, 8 1/2 Uhr. Die Dampfer fahren vormittags nur bis zum Aufstellungsplatz des Zuges an der Rheinmalee und ab 1 Uhr (nach rechtzeitig zum Zug) nur nach und von der Stadthalle.

— Zugelassen ist bei dem Ingenieur Franz Wertheim, Kaiser-Friedrich-Ring 58, eine Dreiflaube. Der Fußring trägt die Zeichen: 577 III. C. R. 12. B. P.

— Kleine Notizen. Im Reichshallentheater findet am Montagabend eine Benefizvorstellung für die Leipziger Sänger statt.

Spielplan der Wiesbadener Theater.

am 22. Februar bis 1. März.	Königl. Schauspiel.	Reise- Theater.	Kur-Theater.
Samstag	Aben. A. Carmen.	10 1/2 Uhr. (Halle Dr.) Hochadrenal. 7 Uhr: Feldlingszene. Der ungestrene Gutsbes.	Geöffnet.
Montag	Aben. D. Robert und Bertram (Rhein. Straß.)	Kammer-spielabend Wanderga.	Geöffnet.
Dienstag	Ab. B. Bolschak.	Feldlingszene. Der ungestrene Gutsbes.	Geöffnet.
Mittwoch	Ab. A. Die Söhne der Griechen.	Das Geheimnis.	Geöffnet.
Donnerstag	Aben. C. Madame Butterfly.	Kammer-spiel der Schweizer-Schauspiel Heraus: Kammermusik.	Geöffnet.
Freitag	Aben. F. Der Evangelist.	Geöffnet.	Geöffnet.
Samstag	Ab. D. 8 1/2 Uhr. Der verurteilte Kandidat. Heraus: Der Diner 2 Herren.	Kammer-spiel der Coereten-Schauspiel Heraus: Kammermusik.	Geöffnet.
Sonntag	10 1/2 Uhr. (Halle Dr.) Vertrag. Zehn Ab. B. Die Söhne der Griechen.	—	Geöffnet.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.
* Aachener. Das für morgen nachmittag 4 Uhr angesagte Sinfonie-Konzert unter Leitung des städtischen Musikdirektors Karl Schürich findet abends 8 Uhr statt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.
— Dornheim, 20. Febr. Polizeiverwalt. Stein hat sein Amt freiwillig niedergelegt und ist aus dem Dienste der Gemeinde Dornheim ausgeschieden. — Der 'Wiesbadener' hat nach den auf seiner Hauptversammlung erstatteten Jahresberichten im vergangenen Jahre die Mitgliederzahl 100 erreicht. Die Vorstandswahl ergab, daß gewählt bzw. wiedergewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Karl Schürich, zum 2. Vorsitzenden Chr. Beyer, zum 1. und 2. Schriftführer Jakob Ott und W. Dorn, zum 1. und 2. Kassierer Aug. Dorn und Karl Großmann, zu Beisitzern Joh. Kopper und Andr. Steinbach. U. a. wurde auch beschlossen, zur Belebung der alle Monate stattfindenden Vereinsabende belehrende Vorträge usw. zu veranstalten sowie auch nach außen hin eine lebhaftere Tätigkeit zu entfalten.

Nassauische Nachrichten.
— Niederrhausen, 12. Febr. Gestern übernahm die evangelische Kirchengemeinde die von der Firma F. Weigle zu Ertingen bei Stuttgart erbaute Orgel von 18 klingenden Stimmen und einigen der neuesten Bauart entsprechenden Nebenzügen. Die Orgel ist ein Meisterwerk in Bau und

Auswahl der Register; sie wurde von dem Organisten J. Wolf von der Frankfurter Peterskirche gut vorgespielt. Man glaubt, an Fülle des Tons eine weit größere Orgel zu hören. Der eingebaute Motor arbeitet geräuschlos. Etwaige Störungen bei Ausbleiben des Kraftstroms gleicht ein Maschinist aus.

S. Ochsenburg, 19. Febr. Am Dienstagabend brachten zwei 11jährige Knaben in dem Steinbruch der Gemeinde Streithausen eine Sprengpulverpatrone zur Explosion, indem sie durch Steinwürfe das Zündhütchen entzündeten. Der eine Knabe erlitt dabei schwere Verletzungen an der Hand und starke Brandwunden im Gesicht, der andere wurde leichter verletzt. Der Unglücksfall ist wieder ein Beweis, wie leichtsinnig man in Bergwerkstreiben mit Sprengmitteln umgeht.

Aus der Umgebung.

Explosion.

Ht. Frankfurt a. M., 20. Febr. Durch Kurzschluss entstand heute nachmittag im städtischen Elektrizitätswerk an der Speicherstraße eine Maschinenexplosion. Bei dieser wurden drei Obermonteure und ein Schlosser schwer verletzt; bei einem der Verunglückten besteht Lebensgefahr. Alle vier Personen kamen ins städtische Krankenhaus. Die Folge der Explosion war eine Stromunterbrechung, die sich im Straßenbahnbetrieb und in der Beleuchtung längere Zeit unangenehm bemerkbar machte. Von den durch die Explosion verunglückten vier Personen sind im städtischen Krankenhaus zwei im Laufe des Abends gestorben: der Obermaschinist erster Klasse Karl Schneider aus Niederrad und der Maschinenmeister Henne von hier. Zu großen Bedenken gibt das Befinden des Ingenieurs Keller von der Mannheimer Firma Brown, Boveri u. Cie. Anlaß; ein Bein bis zum Oberschenkel wurde ihm amputiert, außerdem hat er schwere Schädelverletzungen davongetragen. Die Kopfverletzungen des Obermaschinisten Korte sind erheblich, doch darf man erwarten, daß er mit dem Leben davonkommen wird.

wb. Frankfurt a. M., 21. Febr. Auf der Zeil wurde heute morgen in einem elektrischen Straßenbahnwagen ein junger Mann plötzlich unwohl und mußte aus dem Wagen herausgetragen werden. Die herbeigerufene Rettungswache konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Nach der Krankheitskarte handelt es sich um den 30 Jahre alten Adolf Hoffmann aus der Glindestraße. — Ein 26-jähriges Dienstmädchen aus Ludwigshafen, namens Roth, welches in einem Restaurant in der Kronprinzenstraße in Stellung war, trank heute nacht ein Glaschen Pfälzer. Die herbeigerufene Rettungswache nahm mehrere Wagenauspülungen vor, doch mußte das Mädchen, da das Gift schon zu stark gewirkt hatte, in das städtische Krankenhaus gebracht werden. Das Motiv der Tat ist unglückliche Liebe.

m. Bingen, 20. Febr. In der letzten Nacht wurde ein Herr und eine Dame auf dem Wege von Bingerbrück nach Dingen von einem Wurfstein angefaßt. Als er keine Gabe erhielt, folgte er dem Wurfstein und in der Nähe des Volkshausgebäudes am Freihof wiederholte er seine Bitte. Als auch diesmal ohne Erfolg drana er mit einem Messer auf den Herrn ein, den er mißhandelte und zu erschrecken drohte. Die sofort in Kenntnis gesetzte Polizeiverwaltung ermittelte alsbald den Täter. Dieser wurde vom Saupmann nach in Bingerbrück verhaftet. Es ist dieses der 21jährige Tagelöhner Heinrich Rau aus Bingerbrück. Er will die Tat in betrunkenem Zustand begangen haben.

wb. Worms, 21. Febr. Im Vorort Hochheim gerieten gestern abend zwei 13 Jahre alte Jungen in Streit, wobei der eine dem anderen das Taschenmesser in die Brust steckte. Den erlittenen Verletzungen ist der Knabe namens Adam Hedmann erlegen. Der Täter ist ein gewisser Hermann Rehner.

+ Marburg, 20. Febr. Im Alter von 73 Jahren starb hier der Admiral Weltropolit an d. D. Karl Christian Lippé, der bis vor einigen Jahren die Vorfahrt in d. Solzhausen innehatte. Dort wird der Verbliebene auch seine letzte Ruhestätte finden.

Gerichtssaal.

Der Prozeß gegen den Grafen Nieldynski.

tz. Meferis, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die heutige Verhandlung gegen den Grafen Nieldynski begann mit einer Verpflanzung, da der Angeklagte vor Beginn der Sitzung sich in einem Zustande nervöser Erregung befand und nach einem Arzte verlangte. Die Last der Verteidigung geht offensichtlich dahin, durch die Aussagen der ärztlichen Sachverständigen darzutun, daß sich der Angeklagte im Augenblick der Tat in einem Zustand solcher Erregung befand, daß seine Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen oder doch stark herabgemindert wurde. Das Urteil dürfte erst spät abends zu erwarten sein.

w. Serientischwinbel. Kassel, 20. Febr. Wegen Betruges in 853 Fällen verurteilte heute mittag das hiesige Landgericht den Kaufmann Harry Hoerle in Wandelsdorf zu drei Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte gewann gemeinschaftlich mit seinem Stiefsohn Martin Hoppe in Hamburg von Kopenhagen und Amsterdam aus durch betrügerische Vorspiegelungen und marktverfälschende Ankündigungen unzählige Leute in allen Teilen Deutschlands zur Beteiligung an Serientischwinbeln. Diesen Spielern wurden die schlechtesten Serientische aus ganz Europa zugesandt, so daß auf rund 300 M. Spielverlust im besten Falle eine Mark Gewinn entfiel. Den Angeklagten erwich aus diesem Schwindel eine Jahreseinnahme von 100 000 bis 120 000 M. Hoppe ist am 17. Oktober 1913 wegen Beihilfe zu diesem Betruge zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach wiederholter Mißdeutung des hiesigen Staatsanwalts, den Angeklagten im Dezember 1913 in Genf ausfindig zu machen und verhaften zu lassen.

Sport und Spiel.

wb. Ein Offiziersportverein. Straßburg i. El., 1. Febr. Zum Zweck des Wettbewerbs bei der Olympiade 1916 im Berliner Stadion ist im Standort Straßburg i. El. ein Offiziersportverein gegründet worden. Es wurden vier Abteilungen eingerichtet, die der Pflege des Schieß-, Fecht- und Schwimmsports sowie der Leichtathletik dienen. Eine größere Anzahl jüngerer aktiver Offiziere ist dem Verein aktiv beigetreten. Zur Förderung der Sache sind sämtliche Offiziere Mitglieder geworden.

Neues aus aller Welt.

Reiseführer im Thüringer Wald. Gotha, 21. Febr. Im Thüringer Wald trat in der Nacht zum Freitag Schneefall ein.

Das Schicksal der unbeaufsichtigten Kinder. Bön, 21. Febr. Während die Mutter Wäsche auf dem Speicher aufhing, fiel in der Feltenstraße ein zweijähriges Mädchen in eine Bütte Wasser und ertrank.

Ein Bergsturz. Trier, 20. Febr. Ein schwerer Bergsturz überschüttete bei Eulrich die Bahnstraße Hinderich-Trambach. Die Gleise sind durch Schuttanhäufung unsicher.

Gattenmord und Selbstmord. Mülhausen i. El., 20. Febr. Gestern abend gegen 5 Uhr erschof der 23jährige steckenlose Kellner Ludwig Fahrnkrug seine bei ihrer Mutter in der Wohlthätigkeitsstraße wohnende Ehefrau Emilie, geborene Gnädig, und boging dann Selbstmord, indem er sich zwei Augen in den Kopf schoß. Fahrnkrug, ein arbeits-scheuer Mensch, lebte seit zwei Monaten getrennt von seiner Frau. Die Tat geschah im Beisein des zweijährigen Kindes.

Schiffsunfälle. Bremen, 20. Febr. Der Dampfer „Gorelle“ der Reederei Heinemann und Wlde, der vor zwei Monaten zur Ausreise nach Island in See ging, ist mit der gesamten Besatzung von 13 Mann gesunken. — Hamburg, 20. Febr. Der Altonaer Fischdampfer „Scholle“ der Reederei Heinrich Fock ist in der Nacht zum Donnerstag in der Nordsee vermißt auf ein Brad gestochen, led gesprungen und gesunken. Die Besatzung wurde von einem schwedischen Dampfer gerettet und nach Rotterdam gebracht.

Wouchee (Dep. Nijne), 20. Febr. Der spanische Dampfer „Cubo Santa Pata“, der bei hochgehender See in der Nähe des Paraman-Leuchtturms ausgefahren war, gab Rostsignale; da der Sturm fortdauert, ist eine Rettungssaktion vorläufig unmöglich, doch besteht anscheinend keine augenblickliche Gefahr.

Ein Fortisassenbestraubant verhaftet. Nordhausen, 20. Febr. Der frühere fürchtlich Stolsbergische Fortisassenbestraubant Wolf aus Ifeld, der im Sommer nach Unterschlagung von 500 000 M. flüchtete, ist in Dortmund verhaftet worden.

Selbstmord eines Bankiers wegen Zahlungsschwierigkeiten. Nürnberg, 21. Febr. In Wassertrüdingen hat sich gestern der Bankier Heinrich Kränlein wegen Zahlungsschwierigkeiten erschossen. Das Depot soll unberührt sein.

Ein Duell mit tödlichem Ausgang. Budapest, 21. Febr. Der Versicherungsbeamte Babosjan geriet mit seinem Schwager, dem Oberleutnant des 12. Infanterie-Regiments namens Stephan Padva von der Luftschifferabteilung in Fischamend, infolge Familienzwistigkeiten in einen Konflikt, der auf dem Wege des Duells ausgetragen werden sollte. Von den Kartellträgern wurden die schwersten Bedingungen vereinbart. Beim ersten Kugelwechsel gingen beide Schüsse fehl. Beim zweiten drückte der Offizier zuerst los. Die Pistole versagte jedoch. Nun schoß Babosjan. Der Oberleutnant stürzte, in die Brust getroffen. Er war sofort tot.

Die Dynamitexplosion in Ardeer. Glasgow, 20. Febr. Die Dynamitexplosion, die bald nach 10 Uhr vormittags im Mißraum der Fabrik Nobel in Ardeer stattgefunden hat, richtete beträchtlichen Schaden an allen Gebäuden der Fabrik an. Unmittelbar nach der Explosion im Mißraum ging ein kleines Mustermagazin in die Luft. In der Umgebung des Werkes ist eine schreckliche Verwüstung angerichtet worden. Der Knall wurde vierzig Meilen weit gehört worden sein. Die Verletzten wurden in einem Sonderzug in das Krankenhaus geschafft.

Letzte Drahtberichte.

Stürmische Szenen im Reichstag.

S. Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Im Reichstag kam es schon heute zu Beginn der Sitzung wider Erwarten zu stürmischen Szenen. Nachdem der Kriegsminister rein sachlich und ohne irgend etwas Beforderliches zu sagen, die Kabelle begründet hatte, wies der Sozialdemokrat Frank auf das Gerücht hin, die Vorlage sollte eventuell die Handhabe zu einer Reichstagsauflösung bieten. Jedenfalls sei sie so unklar, daß die Sozialdemokraten sie in der Kommission von 21 Mitgliedern, die er beantragte, gründlich umgestalten werde. Der Nationalliberal van Calker wie namentlich auch der Fortschrittler Dr. Müller-Reinigen erwiderten in dem Entwurf einen unzweifelhaften Fortschritt. Bis zu einer vollkommenen Reform des Militärstrafgesetzbuches könne der Reichstag nicht warten. Der Zentrumsgesandte Fehrenbach erwartete Überweisung der Vorlage nicht an eine besondere, sondern an die Jähren-Kommission. Graf von Westarp, der konservative Redner, goß Hinz und Kunz, indem er auf das Urteil gegen die Rosa Luxemburg zu sprechen kam und behauptete, die Sozialdemokraten wollten das Heer zum Ungehorsam aufreizen. Er rief damit eine erregte Antwort des Abgeordneten Roske hervor, der sich dabei unter wachsender Unruhe des Hauses zwei Ordnungsrufe holte, weil er den Grafen Westarp der Unwahrheit und die Regierung der Vordringlichkeit ziele. Roske bestritt entschieden, daß die Sozialdemokraten das Heer aufreizen und die Disziplin untergraben wollten. Auch Herr Ledebaur zog sich wegen des Zwischenrufes „Der Kriegsminister hat geflunnt!“ einen Ordnungsruf zu. Der Minister selbst suchte mit einem herzlichen Dank an die Adresse der bürgerlichen Parteien dann die Bogen etwas zu beruhigen. Unter Ablehnung des Zentrumsantrages, die Vorlage an die Jähren-Kommission gehen zu lassen, wurde der Entwurf schließlich einer besonderen Kommission überwiesen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Fortschrittliche Volkspartei und die Hälfte der Konservativen, mit Herrn v. Heydebrand an der Spitze. Dann schloß der Reichstag die Beratung des Marineetat's fort.

Aus der Wohnungskommission des Abgeordnetenhauses.

S. Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Wohnungskommission des Abgeordnetenhauses fekte gestern abend die Beratungen fort. Es war ein Kompromißantrag der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen eingegangen, der den Grundstückeigentümern ein Vaurecht unter der Bedingung geben will, daß sie die Lasten des Straßenbaues übernehmen und die Gewähr dafür bieten, daß wirklich innerhalb zweier Jahre gebaut wird. Hiergegen wurde von fortschrittlicher Seite geltend gemacht, daß der Gemeinde doch unter allen Umständen ein Verbotrecht zustehen müßte, wenn ein berechtigtes Gemeindefürsorge dem Bau entgegenstehe. Der Regierungsentwurf, der dieses allgemeine Verbotrecht

auf Grund der Beachtung berechtigter Gemeindefürsorge wenigstens nicht abschneide, sei insofern noch dem vorliegenden Antrag vorzuziehen. Ein Regierungsdirektor erklärte ebenfalls, daß der Regierungsentwurf den Interessen der Gemeinden mehr entgegenkomme. Der Kompromißantrag wurde schließlich angenommen.

Zur eschlo-Lothringischen Statthalterfrage.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wie der „Morgenkurier“ aus guter Quelle erfährt, wird Statthalter Graf Wedel am 10. April seinen Posten verlassen. Nach der „B. Z.“ hat Graf Wedel seinen Berliner Aufenthalt dazu benutzt, um eine Wohnung zu suchen. Er hat am Pariser Platz Nr. 2 im Palais Klücher gemietet, und zwar bereits vom 1. April ab.

Der französische Einfluß in Lothringen.

△ Metz, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Seit Jahren gibt das Ranche Theater-Ensemble in jeder Saison hier eine Reihe von Vorstellungen, ebenso in Lunewille. Da aber diese Gastspielreisen das Ensemble schädigten, wurden die Vorstellungen in Lunewille fallen gelassen, während Rehe beibehalten wurde, und zwar, wie es heißt, um eines patriotischen Zweckes willen, zur Erhaltung des französischen Einflusses.

Prinz Wilhelm zu Wied noch nicht König.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Prinz Wilhelm zu Wied wird, wie von maßgebender Stelle bemerkt wird, als Fürst und nicht als König nach Albanien gehen. Die Annahme des Königtums, die mit den Beschlüssen der Londoner Vorkonferenz im Widerspruch stehen würde, ist für den Augenblick vollkommen ausgeschlossen. Wie das „A. Z.“ erfährt, wird der Prinz, der infolge der kurzen Zeit bisher nur London, Paris, Rom und Wien besucht konnte, von Waldenburg aus dem Jaren aller Wahrscheinlichkeit nach einen Besuch in Petersburg abwarten, bevor er endgültig nach Albanien abreist. Die Ankunft in Durazzo würde sich damit bis Anfang März verzögern.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Prinz zu Wied wird seine Reise nach Petersburg am Dienstag der kommenden Woche antreten.

Die albanische Abordnung.

wb. Köln, 21. Febr. Die albanische Abordnung ist heute vormittag nach Neuwied abgereist.

Die größte Schauspielergage in Deutschland.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) Alexander Koffi darf sich jetzt rühmen, die größte Schauspielergage, die bisher in Deutschland gezahlt wird, zu erhalten. Der neue Vertrag, der vor wenigen Tagen zwischen Max Reinhardt und ihm abgeschlossen worden ist, garantiert dem Künstler ein Jahreseinkommen von 100 000 M. Die Riesengage erhält Koffi allerdings nicht allein für seine Tätigkeit am Deutschen Theater, sondern er hat dafür auch sämtliche Gastspiele und Vortragabend an Max Reinhardt verkauft.

Das Befinden des englischen Schatzkanzlers.

×× London, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht) In dem Befinden des Lord-Schatzkanzlers Lloyd George, der an Influenza leidet, ist eine Besserung eingetreten. Die Temperatur ist in der verflochtenen Nacht auf 99 Grad gestiegen. Der Zustand des Patienten flößt einige Besorgnis ein.

Ein französisch-englisches Territorial-Abkommen?

* Paris, 21. Febr. Ein hier erscheinendes englisches Blatt veröffentlicht die aufseinerregende Meldung, daß die englische Regierung beabsichtige, gelegentlich eines umfassenden, zwischen Frankreich und Italien abzuschließenden territorialen Abkommens die neuen Gebirge an Frankreich abzutreten. Auf eine Anfrage erklärt das englische auswärtige Amt in sehr vorsichtiger Form, daß keinerlei Verhandlungen über die Abtretung der neuen Gebirge stattfinden.

Ermordung von zwei Deutschen auf Samoa.

wb. Berlin, 21. Febr. Die Pflanzler Treviranus und Schilt sind nach einem hier eingetroffenen Telegramm des Gouverneurs von Samoa am 9. Februar von vier entlaufenen Fita-Fita (Angehörigen der Polizeitruppe) auf der Defea-Pflanzung, etwa 15 Kilometer von Apia, ermordet worden. Bei der sofort eingeleiteten Verfolgung hat anscheinend ein schwerer Kampf mit den Verfolgten stattgefunden, denn drei der Täter sind am 11. Februar bei Apia erschossen worden und nur der vierte konnte nach erfolgter Verwundung gefangen genommen werden. Der Polizeimeister Wobstue erhielt bei dem Angriff auf die Wälder einen Schutz in den Oberschenkel, der Pflanzungsaufsesser Hellige von der Samoa-Kaufschul-Kompagnie wurde hierbei getötet. Wie der Gouverneur weiter berichtet, erinnert der Vorfall an die einige Jahre zurückliegenden Ausschreitungen des Samoaners Sitti, der sich gleichfalls in den Wäldern flüchtete und von dort aus mehrfach sinnlose Angriffe auf ihm gänzlich unbekannt Personen unternahm, wobei er den Pflanzler Fisch erschof. Nach einer weiteren Meldung des Gouverneurs wird die Tat von allen Samoanern mißbilligt, ohne deren durchaus lokale und tatkraftige Unterstützung bei der Ausführung der Verfolgung eine so schnelle Sühne des Verbrechens unmöglich gewesen wäre. Es handelt sich nach Ansicht des Gouverneurs hiernach nicht etwa um eine Auflehnung samoanischer Eingeborener gegen die Weihen, sondern um einen höchst bedauerlichen Vorfall, der offenbar auf das auch in der Südsee beobachtete Mollausen zurückzuführen sein dürfte.

△ Eltwille, 21. Febr. Der auf Samoa ermordete Farmer Schilt stammte aus Neudorf im Rheingau, wo sein Vater Lehrer ist. Er war früher bei der Landesbank in Eltwille angestellt.

Die Rebellen auf Haiti geschlagen.

R. New York, 21. Febr. Nach einem Telegramm aus Kap Haitien sind die Rebellen geschlagen und nach Kap Haitien geworfen worden. Die Führer schickten sich zur schleunigen Flucht an. Ein amerikanisches Kriegsschiff hat Seefoladaten gefangen. Die fremden Konsulate gewähren den Flüchtlingen Schutz.

Zur Einrichtung des Engländers Denton in Mexiko.

wb. El Paso, 21. Febr. Man nimmt an, daß General Villa zur Verteidigung der Einrichtung des Engländers Denton erklären wird, dieser habe einen Revolver gezogen. Ein Vertreter von Denton erklärt aber, daß Denton nicht bewaffnet war, als er nach Juarez ging. Denton lebte seit 27

Jahren in Regio. Er hatte General Villa kennen gelernt, als dieser sich auf der Flucht befand. Der Vorfall hat hier große Erregung hervorgerufen und das allgemeine Urteil ist, daß in Regio kein Ausländer mehr sicher ist. General Villa ist plötzlich nach Chişinău aufgebrochen.

Ein Flammenkaufspiel auf dem Sadi-Carnot in Marseille. * Marseille, 21. Febr. Auf dem Sadi-Carnot, dem Hauptplatz von Marseille, ist gestern Abend ein mit 400 Litern Benzol beladener Lastwagen aus noch unaufgeklärter Ursache in Flammen aufgegangen. Der ganze Platz gleich einem einzigen Flammenmeer, für die zahlreich Menge der Zuschauer ein fesselndes Bild im Dunkel der Nacht. Die Feuerwehr machte stundenlange Anstrengungen, um die umliegenden Gebäude vor Schaden zu bewahren. Sämtliche Laternen in der Nähe sowie die Masten der elektrischen Straßenbahn verbrannten vollkommen. Der Verkehr konnte erst in später Nachtstunden wieder aufgenommen werden. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Jedoch wurden mehrere Automobile, die auf dem Platz standen und von den Chauffeuren nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnten, ein Raub der Flammen.

Explosion in einem Tunnel.

* Genua, 21. Febr. Bei Erweiterungsarbeiten im Tunnel zwischen Santa Margareta und Comogli wurden durch vorzeitige Minenentladung drei Arbeiter getötet und vier schwer verletzt.

R. Washington, 21. Febr. Staatssekretär Bryan hat nach den gestrigen Kabinettsberatungen eine sofortige Untersuchung über die Tötung des Engländers Benton angeordnet.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

21. Februar, 9 hr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = sehr stark, 8 = Sturm, 9 = Sturz, 10 = stärker Sturm.

Table with columns: Beob.-Station, Barom., Wind-Richtung u. Stärke, Wetter, Therm. Cel., Beob.-Station, Barom., Wind-Richtung u. Stärke, Wetter, Therm. Cel.

Beobachtungen in Wiesbaden

Table with columns: 30. Februar, 7 Uhr morgens, 2 Uhr nachm., 9 Uhr abends, Mittel.

Höchste Temperatur (Celsius) 9.8. Niedrigste Temperatur 3.5.

Wettervoraussage für Sonntag, 22. Februar 1914,

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. W. Vorwiegend trüb, zeitweise Regenfälle, etwas kühler, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 21. Februar: am Pegel: 2.40 m gegen 2.26 m am gestrigen Vormittag. Caab. 2.09 m - 2.86 m Mainz. 1.72 m - 1.87 m

Reklamen.

Advertisement for Odol mouthwash. Includes image of a bottle and text: 'Odol Bestes Mundwasser der Welt', 'Preis: 1/2 Flasche 85 Pf., 1/4 Flasche (Monat) M.1.50.', 'Per Odol konsequent täglich anwendet, übt nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus.'

Handelsteil.

Mitteldeutsche Creditbank.

Als eine der ersten der Berliner Großbanken legt diesmal die Mitteldeutsche Creditbank, die in Wiesbaden eine durch die Angliederung der alten angesehenen Bankfirma Straßburger vergrößerte Filiale besitzt, ihren Abschluß vor. Das Ergebnis dieses Instituts ist, um es voraus zu bemerken, im Gegensatz zu den bisher bekannt gewordenen Abschüssen der Nationalbank für Deutschland, welche bekanntlich eine einprozentige und des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, welcher sogar eine zweiprozentige Dividendenreduktion vornehmen müssen, sowie unter Berücksichtigung der das Bankengeschäft im abgelaufenen Jahre erschwerten Umstände ein überraschend günstiges zu nennen. Es wird die Verteilung von

wiederm 6% Proz. Dividende

in Vorschlag gebracht. Der Bruttogewinn des Jahres 1913 beträgt ausschließlich Vortrag 3815370 M. gegen 3614278 M. im Vorjahr.

Es wurden verdient:

Table with columns: 1913, 1912, An Zinsen und Wechseln, An Provisionen, An Wertpapieren und Konsortial-Detail, An dauernden Bet. b. Banken u. Bankf., An kl. Gewinnen und Mieteinnahmen.

Die Unkosten betragen 3838901 M. gegen 3455047 Mark. Dazu treten die Beiträge zum Beamten-Versicherungsvertrag des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und zur Pensionskasse mit 101196 M. (i. V. 95315 M.), die Abschreibungen auf Immobilien betragen 35185 M. (33157 M. i. V.), die Abschreibungen auf Debitoren betragen 167246 M. (164070 M. i. V.). Ausschließlich des Vortrages ergibt sich somit ein Reingewinn von 4672680 M. gegen 4866686 Mark im Vorjahr. Der Reingewinn erscheint um 194000 M. niedriger als im Vorjahr. Das Ergebnis des Berichtsjahres hätte gestattet, einen beträchtlich höheren Reingewinn als im vergangenen Jahr auszuweisen; es wird jedoch für zweckdienlich erachtet, von der Vermehrung der offenen Reserven - abgesehen von der Rückstellung des vollen Wehrbeitrags mit 116000 M. - Abstand zu nehmen und die auf dem Effektenkonto erzielten besonderen Gewinne in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zum Ausweis zu bringen. Die Bilanz für 1913 weist folgende Ziffern auf:

Aktiva:

Table with columns: 1913, 1912, Kasse, fremde Geldsorten u. Coupons, Guthaben b. Noten- u. Abrechnungsb., Wechsel u. unverz. Schatzanweisungen, Nostr. Guthaben b. Banken u. Bankf., Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere, Vorschüsse a. Waren u. Warenversch., Davon gedeckt, Eigene Wertpapiere, Darunter nicht börsengängig, Konsortialbeteiligungen, Dauernde Bet. b. a. Banken u. Bankf., Debitoren, Davon gedeckt, Aktienkapital, Reserven, Kreditoren, Akzepte.

Der auf den 18. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung soll folgende Gewinnverteilung in Vorschlag gebracht werden: außerordentliche Abschreibung auf Mobilien 87175 M., Rückstellung für den vollen Wehrbeitrag 116000 M., 6 1/2 Proz. Dividende 3900000 M., Tantieme an Aufsichtsrat und Vorstand 567857 M., Vortrag auf neue Rechnung 68221 M.

Frankfurt a. M., 21. Febr. (Drahtbericht.) Die heutige Aufsichtsratsitzung der Mitteldeutschen Creditbank genehmigte den vorgelegten Jahresabschluss.

A. Schaaffhausenscher Bankverein.

Der A. Schaaffhausensche Bankverein sieht auf ein ungünstiges Geschäftsjahr zurück. Die starken Engagements am Berliner Bauplatz und in Rheinland-Westfalen, der Zusammenbruch der Weinhandlung Schlieben und die Unterschlagungen des Prokuristen Siegel in Düsseldorf nötigen das Institut, bekanntlich eine weitere

Ermäßigung der Dividende von 5 auf 3 Proz.

vorzunehmen. Der gestern stattgefundenen Aufsichtsratsitzung des Unternehmens wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1913 vorgelegt. Das Gewinn- und Verlustkonto setzt sich wie folgt zusammen: Vortrag aus 1912 im Jahre 1913 254480 M. (gegen 1912 260071 M.), Provisionen 5890174 M. (5829034 M.), Zinsen 6406323 M. (6377457 M.), Gewinne aus Wechseln 4685646 M. (4195839 M.), Gewinne aus Effekten - (1095086 M.), Einnahmen aus Immobilien 171276 M. (152038 M.), zusammen 17346900 M. (17909278 Mark). Hiervon sind zu kürzen pro 1913: Handlungskosten 4839763 M., Steuern 1203981 M., Verlust auf Effekten 1986626 M., zusammen 8060371 M.; gegen 1912: Handlungskosten 4351176 M., Steuern 1319000 M., verschiedene Rückstellungen und Abschreibungen 3096069 M., zusammen 8766255 M. 1913. 9266529 M. (9143023 M.). In der vorliegenden Bilanz, in der Aktiva und Passiva mit insgesamt 646176896 M. (i. V. 641110701 M.) figurieren, ist der bisher ausgewiesene Spezial-Reservefonds in Höhe von 9300000 M. zur Auflösung gebracht und mit rund 6500000 M. zur Herabminderung der Position „Sonstige Wertpapiere“ sowie mit dem Rest von rund 2700000 M. zu Abschreibungen auf die Aktivposten „Hypotheken“ und „Sonstige Immobilien“ verwendet worden. Der auf den 18. März d. J. anberaumten Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, den Jahresüberschuß von 9266529 M. wie folgt zu verwenden: Abrechnung des ordentlichen Reservefonds auf 26000000 M. 136325 M., Rückstellung für Talonsteuer und Wehrbeitrag 500000 M., Abschreibung auf Bankgebäude 900000 M., Rückstellung auf Debitoren 3000000 M., wie bereits erwähnt, 3 Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 145 Mill. M., Gratifikationen an die Beamten 700000 M., Vortrag auf neue Rechnung 280204 M.

Berliner Börse.

§ Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit der im Hinblick auf den nahenden Ultimo bestehenden Neigung zur Verringerung der spekulativen Engagements vernehmte doppelt die gestern infolge der hervorgetretenen Unstimmigkeiten erfolgte Niederlegung des Präsidiums im Kohlenyndikat seitens Kirdorf. Doch hofft man, daß es bis zum Ablauf des alten Vertrages noch lange Zeit hat, daß eine Verständigung formell gefunden werde. Nach schwächerer Eröffnung trat auf dem Montanmarkt schließlich eine mäßige Erholung ein. Der endgültige Friede zwischen Hapag und Lloyd (vergl. besondere Meldung) kam bei der herrschenden Realisationslust nicht zu simuliertem Einfluß, wenn schon die Schiffahrtswerte etwas höher wurden. Die Bilanz des Schaaffhausenschen Bankvereins blieb völlig wirkungslos. Für russische Banken bestand etwas Kauflust. Das Geschäft blieb im weiteren Verlaufe gering. Kursveränderungen waren nur vereinzelt zu verzeichnen. Ultimogeld bedang 4 Proz., für größere Posten 3 1/2 Proz. Bei der Seehandlung war Ultimogeld zu 3 1/2 Proz. zu haben. Tägliches Gold 3 Proz. Privatländkont 3 Proz. (wie gestern).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 21. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Schon an der gestrigen Abendbörse trat ein stärkeres Angebot in Montanpapieren hervor, welches infolge eingetretener Unstimmigkeiten bei den Verhandlungen des Kohlenyndikats (vergl. besondere Nachricht) seinen Grund hatte; unangenehm berührte ferner noch der Rücktritt des Geheimrats Kirdorf als Vorsitzender der Aufsichtsratsitzung des Kohlenyndikats. Es sind somit wenig günstige Momente vorhanden, daß das Zustandekommen des Kohlenyndikats schnelle Fortschritte macht. Der Montanmarkt beherrscht zunächst die Börse. Es fehlte nicht an Abgabelust, besonders erwähnt sei, daß Verkäufe für auswärtige Rechnung ausgeführt wurden. Die Tendenz auf diesem Gebiete war später auf Rückkäufe etwas besser. Phönix-Bergbau setzten schwächer ein, auch Luxemburger niedriger. In Harpener bemerkte man ein Anzeichen. Bochumer behauptet, Gelsenkirchen wenig beachtet. Das im Hinblick auf den Ultimo herauskommende Material drückte in erhöhtem Maße. Im Anschluß an Berlin zeigten sich im späteren Verlaufe Kursverholungen. Transportlich in Übereinstimmung mit New York war das Kursniveau für amerikanische Bahnen nur wenig verändert. Schifffahrtsaktien behauptet. Elektrowerte wiesen nur geringe Kursveränderungen auf. Von den übrigen Banken wurden Disconto Commandite schwächer. Fremde Fonds lagen still, heimische Anleihen behauptet. Der Kassamarkt wies am Wochenschluß nur geringe Tätigkeit auf. Im weiteren Verlaufe war das Geschäft ruhiger. Auch der Schluß der Börse ließ nur geringe Kursveränderungen zu. Montanpapiere mäßig erholt. Privatländkont 3 1/2 Proz. (wie gestern).

Banken und Geldmarkt.

w. Der Erfolg der ungarischen Anleihe. London, 20. Febr. Reuter erfährt, die ungarische Anleihe hatte einen außerordentlichen Erfolg und war in weniger als 1 1/2 Stunden vollständig gedeckt.

hd. Fälligkeit einer Bankfirma. Hamm i. W., 20. Febr. Gestern hat das hiesige Bankhaus Gebr. Löwenstein die Zahlungen bis auf weiteres eingestellt. Es sind Verhandlungen mit Berliner Banken eingeleitet worden, von denen man hofft, daß sie ein gutes Ergebnis haben werden. Wie mitgeteilt wird, sind die Zahlungsschwierigkeiten auf den Konkurs der Stanz- und Emailherwerke Gebr. Weiler, mit denen die Bank in Verbindung stand, zurückzuführen.

* Schweizerische Kreditanstalt. Wie aus Zürich berichtet wird, erzielte die Bank für 1913 einen Reingewinn von 7239775 Fr. (i. V. 7802604 Fr.) und beantragt die Dividende wieder mit 8 Proz.

* Die Internationale Bank in Luxemburg verteilt, wie aus Luxemburg gemeldet wird, für 1913 eine Dividende von 7 1/2 Proz. gegen 8 Proz. vor einem und 9 Proz. vor zwei Jahren.

* Die Eisenbahn-Rentenbank in Frankfurt a. M., deren Aktienkapital sich bisher auf 5 Mill. M. vollbezahlt und 5 Mill. M. mit 50 Proz. eingezahlten Aktien zusammensetzte, ruft die ausstehenden 50 Proz. auf den 31. März d. J. ein.

Berg- und Hüttenwesen

* Das Kohlenyndikat in Frage gestellt? Eine schwere Störung haben die Verhandlungen über die Erneuerung des Kohlenyndikats auf der gestrigen (in der heutigen Morgen-Ausgabe bereits erwähnten) Zechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats erfahren. Bei der Beratung über die definitive Beschlußfassung des neuen Kohlenyndikats-Vertrages kam es zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hüttenzechen und den reinen Zechen, die zu einem vollständigen Abbruch der Beziehungen ausreichten. Der Grund der Unstimmigkeit lag nach den „N. N.“ darin, daß die reinen Zechen neuerdings beantragt haben, es solle die Zuteilung von Kohlen zur Koksherstellung durch die Hüttenzechen nur im Rahmen der Verbrauchsbeteiligung der Hüttenzechen erfolgen. Dieser Antrag war den Hüttenzechen sehr unbequem, aber er gelangte trotz ihres Widerspruchs zur Annahme. Darauf verließen sämtliche Vertreter der Hüttenzechen den Saal und Geheimrat Kirdorf, der Vorsitzende des Syndikats, erklärte in erregter Debatte, daß er sein Amt niederlege. Nach diesen unerquicklichen Zwistigkeiten ist zum mindesten anzunehmen, daß die weiteren Verhandlungen für die Erneuerung des Kohlenyndikats eine erhebliche Erschwerung erfahren haben, wenn nicht ganz aussichtslos geworden sind.

Industrie und Handel.

w. Die Westdeutsche Jute - Spinnerei und -Weberei beschloß, die Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. (i. V. 8 Proz.) vorzuschlagen.

w. Die Maschinenfabrik Gritzner beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 18 Proz. (wie im Vorjahr) vorzuschlagen. Die Bilanz per 31. Dezember schließt mit einem Reingewinn von 1204577 M. (gegen 1255782 M.). Auf neue Rechnung sollen 199883 M. (gegen 154747 M. i. V.) vorgetragen werden.

Verkehrswesen.

w. Die Einigung in der Großschiffahrt. Berlin, 20. Febr. Wir erhalten aus London folgende Depesche: Die zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie gepflegten Verhandlungen ergaben eine vollkommene Übereinstimmung bezüglich der zukünftigen Gestaltung des nordamerikanischen Geschäfts.

w. Die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos beschloß, der demnächst einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 16 Proz. gegen 14 Proz. im Vorjahre vorzuschlagen.

Marktberichte.

Der Mannheimer Jubiläums-Maimarkt findet am 3., 4. und 5. Mai 1914 statt. Es sind etwa 6000 Marktbesucher und 20- bis 22000 Marktbesucher in den letzten Jahren gezählt worden. Voraussichtlich wird der diesjährige Maimarkt mit Luxuswagen und Arbeitspferden, mit Zucht- und Milchvieh sowie mit Masttieren bester Qualität reichlich besetzt werden. Daneben findet eine Ausstellung und Prämierung von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Metzgereiartikeln statt.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten und die Beilage „Der Landbote“.

Abend-Ausgabe, 1. Blatt. Creditkassen der Redaktion: 12 000 M. in der politischen Abteilung pro 10 000 M. 11 000 M.

Kursberichte vom 21. Febr. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 Pf. Sterling	20.40
1 Franc, 1 Lira, 1 Pieta, 1 Lei	— 80
1 österr. Kr. 1.00	— 20
1 fl. u. Wrg.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	— 85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. Wrg.
1 skand. Krone	1.125

1 fl. holl.	1.70
1 sizer Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.10
1 Pers.	4.00
1 Dollar	4.20
7 fl. süddeutsche Wrg.	12.00
1 Mk. Bck.	1.50

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien	In %	Div.	In %	
9 1/2	Berliner Handelsbank	169.75	12	Rheinische Stahlw.	161.25
6	Commerz- u. Disc.-B.	112.25	10	Riebeck Montan	—
6 1/2	Darmstädter Bank	123.	10	Riebeck Hüttenw.	162.25
12 1/2	Deutsche Bank	200.	10	Wittener Stahlröhren	138.50
6	D. Eff.-u. Wechselb.	118.75	Chemische Werke.		
10	Disconto-Commandit	197.75	30	Albert, Chem. W.	451.
8 1/2	Dresdner Bank	158.25	25	Bad. Anilin u. Soda	633.25
7	Meininger Hyp.-Bank	145.75	24	Orientalis Elektron	970.
6 1/2	Mittelb. Creditbank	121.75	13	Höchster Farbwerke	652.
7	Nationalb. f. Deutschl.	117.25	12	Milch & Co.	200.75
10 1/2	Oesterr. Kreditanst.	205.50	12	Rüttgerwerke	216.
13	Petersburg Intern. Bk.	208.00	Elektrizitätsgesellschaften.		
5 1/2	Reichsbank	141.50	25	Akkumulatoren	342.40
5	Sachsb. Bankverein	105.25	14	Allgem. Elektr.-Ges.	240.10
Bahnen und Schifffahrt.			3	Bergmann Elektr.	126.50
9 1/2	Canada-Pacific	215.50	10	Deutsch Ueberr.-El.	177.75
8	Baltimore und Ohio	96.	10	El. Untern. Zürich	104.25
8	Deutsche E.-Betr.-G.	108.50	10	Oes. f. elektr. Untern.	157.10
8	Hamb.-Am. Paketf.	143.20	8	Russ. Allg. Elektr.-G.	157.10
15	Hansa-Dampfschiff.	296.50	7 1/2	Schuckert Elektr.	162.20
10 1/2	Niederwaldbahn	126.50	6 1/2	Siemens elektr. Betr.	114.25
3	Nordf. Lloyd	157.	Maschinen- u. Metallindustrie.		
7	Oesterr.-Ung. Staatsb.	25.10	20	Adler Fahrstuhl	375.
0	Oesterr. Südb. (Lomb.)	25.10	10	Beumer Vulkan	150.75
7	Orient. E.-Betr.-G.	197.50	20	Bruchsal Maschinen	385.
8	Pennsylvania	—	20	Breuer-M. Höchst/M	338.25
6 1/2	Sächs. Eisenbahn-G.	129.75	28	Dürkopp, Bielef. M.	137.85
6 1/2	Schantung-Eisenb.	139.	12	Federst.-Ind. Cassel	124.90
Brauereien.			22	Kronprinz, Metallf.	284.50
15	Schweitzer	267.	18	Ludwig Löwe & Co.	325.90
10	Leipzig-Berbr. Riebeck	174.20	10	Franz Meigen & Co.	183.75
0	Wiesbad. Kronenbr.	10.30	14	Orenstein & Koppel	187.70
Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.			10	Rhein. Metallwarenf.	143.
20	Beim- und Montierbau	167.	11	Röckert & Schneidew.	132.75
23	Deutsche Erdöl-Ges.	247.50	11	Silesia Emailierwerk	222.
5	Gebrüder & König	227.30	18	Ver. D. Nickelwerke	187.50
8	Neue Bod.-A.-G.	91.40	12	Wegelin & Häbner	—
Bergwerks-Unternehmungen.			Papier- u. Zellstoffabriken.		
12 1/2	Aumetz-Friede	167.40	28	Ammendorfer	382.25
13	Barpeter Walzwerk	126.50	11	Kostheim Zellulose	124.50
14	Böckumer Gußstahl	295.00	12	Varziner Papierf.	120.50
7	Buders Eisenwerke	113.30	Textilindustrie.		
16	Concordia Bergbau	348.25	20	Mech. Web. Linden	293.75
11	Deutsche-Luxemb. B.	142.60	10	Nrd. Wollkammerei	148.50
20	Donnemarschhütte	398.	35	Ver. Glanzstoff-Fabr.	692.
12	Eisenwerk Kraft	190.10	Verschiedene.		
12	Eisenhütte Thale	236.10	0	Adler Portland-Cement	113.25
8	Eschw. Bergwerk	221.	0	D. Waff.- u. Man.-F.	697.
15	Geisweider Eisenwerk	184.	25	Lindes Eismaschinen	131.
10	Gelsenk. Bergwerk	103.10	5	Markt- und Köhlhalden	98.
8	Harpener Bergbau	238.	10	Nobel-Dynam.-Trust	179.80
22	Hösch-Eisen u. Stahl	503.	18	Porzellanfabr. Kahla	338.
24	Iber Bergbau	162.50	19	Rositzer Zuckerraf.	130.
10	Königs- u. Laurahütte	187.90	24	Spinnbau, A. G.	447.
10	Leibniz-Braunkohlen	157.90	18	Ver. Köln-Rottweiler	341.
9 1/2	Leibniz-Braunkohlen	157.90	—	—	—
15	Mannesm.-Röhrenw.	209.00	—	—	—
12	Möhl. Bergwerk	174.25	—	—	—
11	Oberschl. Rokok.	240.	—	—	—
12	Phönix-Berg u. Hüt.	243.00	—	—	—
28	Rhein.-Nass. Bergw.	231.	—	—	—

Vorl. Letzt. In %

6 1/2	B. Hyp.-B. L. A. B.	123.
6.	Comiss. d. Landw.-B.	—
6 1/2	Darmstädter Bk.	122.75
6 1/2	Deutsche B. S. I.-X.	255.75
12 1/2	Deutsche B. S. I.-X.	255.75
5.	do. Anst. B. Tsch.	123.
5.	do. Eff. u. W. Thl.	123.90
7.	do. Deutsch-Hyp.-B.	145.
6.	do. Dt. Natib. in Brem.	118.
9.	do. Oberesbach	161.
6.	do. Ver.-Bank	122.60
10.	do. Disconto-Ges.	197.30
8 1/2	Dresdner Bank	158.40
7 1/2	Eisenbahnbank	157.
10.	Eisenbahn-R.-Bk.	173.
9.	Frankfurter Bank	202.
9 1/2	do. H.-Bk.	217.50
9.	do. Hyp.-C.-V.	161.90
9.	do. Gothaer-G.-C.-Thl.	112.90
9.	do. Luxemb. Bankf.	151.75
7.	do. Metallb.-u. Met.-G.	135.50
7.	do. Mittelb. Bldr. Gr.	—
7.	do. Nordf. Kreditb.	121.
7.	do. Mittelb. Priv. Mgd.	124.50
7.	do. Natb. f. Dtschl.	117.60
11.	do. Nbrn. Verznshk.	262.50
7 1/2	Oest.-Ungar. Bk. Kr.	138.50
7.	do. Oest. Länderb.	140.
10 1/2	do. Cred.-A. f. R.	206.50
7.	do. Pfälz. Bank	129.
9.	do. Hypot.-Bank	198.
8.	do. Preuss. B.-C.-B. Thl.	158.
6.	do. Hyp.-A.-B.	113.60
5 1/2	Reichsbank	141.50
7.	do. Rhein. Credit-B.	133.
9.	do. Hypot.-Bank	198.80
7.	do. Westf. Dms.-G.	119.
5.	Sachsb. Bankver.	104.30
6.	Südd. Disconto-G.	117.
8.	do. Bodenkr.-B.	188.
5 1/2	Schwartz. Hyp.-B.	105.
7 1/2	Wiener Bank-V.	139.60
7.	do. Württ. Bankanst.	142.40
5 1/2	do. Notenh.-u.	120.10
7.	do. Verznshk. f. R.	141.50
9.	do. Banque Ottomane Fr.	126.

Vorl. Letzt. In %

138.30	Waggon Fuchs
403.	Napol.-Pr.-O. Nob.
173.	Olfsb. Ver. D.
51.75	Porzellan Wessell
382.	Presch.-Spirit. abg.
125.50	Pulvert. Pl. St. I.
200.	Schiffbau-Steamp.
121.	Schuhf. V. Frank.
158.	do. V. Fulda
110.50	do. Fränk. Herr.
116.	Sellind. (Wollf.)
211.50	Sig. Einb. u. Bckh.
160.40	Stearu Romana
144.	Spinn. Tric. Bes.
133.50	do. Westd. Jute
168.	do. Verlags-Abt.
227.50	Zellst.-Fabr. Waldh.
399.60	Zuckerfab. Franken.

Zf. In %

97.	Hyp.-u. W.-Bk.
82.50	do. Serie 1, 2, 4, 6
93.	do. Bd.-C.-A. Wabg.
87.	do. S. 1, 2, 4, 6, 21
96.50	do. S. 3, 4, 6, 21
88.	do. S. 3, 4, 6, 21
100.20	Berliner Hypothekb.
93.	do.
82.50	do.
84.10	Braunh. Hyp. S. 21
94.10	do. S. 21
85.50	do. S. 21
94.75	D. Gr.-Cr. Ooth. S. 21
95.40	do. S. 19 uk. 1921
101.	do. rückg. 110
88.	do. S. 5 u. 1
92.60	D. Hyp.-B. Berlin S. 10
88.	do. S. 14 uk. 1914
88.	do. S. 22 uk. 21
84.50	do. S. 13 uk. 13
95.	do. kindb. ab 1905
98.	do. S. 20 uk. 1915
86.50	do. Ser. 21 uk. 20
95.	do. S. 10 u. 17
88.40	do. S. 12, 13, 15 u. 19
86.50	do. Kom.-Ob. S. 1
84.	do. Hyp.-Kred.-V.S. 15-19
94.50	do. S. 43 uk. 1913
84.50	do. S. 46, kdb. 08
94.50	do. S. 48 uk. 1917
95.50	do. S. 51 uk. 1920
96.	do. S. 52 uk. 1921
86.50	do. S. 44 uk. 1913
92.	do. S. 28-30 u. 32
90.10	Land. Credit. Ph. uk. 17
94.50	Hamb. H. B. S. 141-178
98.	do. 471/540 uk. 1916
95.50	do. 541/610 uk. 1918
95.50	do. 61/650 u. 1921
95.50	do. S. 1-190, 301-330
110.	Mecchl. Hyp. S. 1
83.30	do. S. 2 u. 3
94.50	do. S. 5 u. 9 uk. 11
94.50	do. S. 11 u. 1916
94.80	do. S. 12 u. 1917
94.70	do. S. 13 u. 1918
94.80	do. S. 14 u. 1919
95.40	do. S. 16 u. 1921
95.60	do. S. 17 u. 1922
86.	do. kb. ab 05 u. 07
95.80	do. Ser. 10
92.50	do. Mittelb. B.-C. 24
95.50	do. unk. b. 1906
93.25	Nordd. Orlk. Weim.
90.30	Phlitz. Hyp.-B. uk. 1917
97.	Preuß. Bod.-Cr.-Act.-R.
93.80	do. S. 17, 18 u. 21
93.80	do. S. 22 uk. 1915
94.90	do. S. 25 u. 1918
95.	do. S. 27 u. 1920
95.25	do. S. 28 u. 1921
96.	do. S. 29 u. 1921
88.	do. S. 20 u. 1913
88.20	do. S. 23 u. 1915
93.30	do. S. 3, 7, 8 u. 9
94.20	Pr. Centr.-B.-C.-B. v. 00
93.90	do. v. 1890, 01 u. 03
94.10	do. v. 1906 u. 10
94.20	do. v. 1907 u. 17
94.20	do. v. 1909 u. 19
94.10	do. v. 1910 u. 20
96.	do. v. 1912 u. 22
95.50	do. v. 1885-94-95
95.50	do. v. 1904 uk. 13
98.	do. Kom. 01 uk. 19
96.20	do. 08 uk. 17
96.50	do. 12 uk. 22
86.60	do. 87 u. 96
88.70	do. 06 u. 10

Zf. In %

88.	do. W. f. S. 2, 4 u. 6
91.40	Südd. B. C. 21/27, 3/43
88.	do. bis inkl. S. 52
87.	Westd. Bod. Köln S. 7
87.	do. S. 9
87.30	do. S. 3 u. 4
87.75	do. S. 9
95.10	Württ. H.-B. Em. 6/2
86.	do.
87.00	Württ. Kreditv. uk. 20
87.00	do. 12
86.50	Württ. Verclab. 20
86.50	do. 15

Staatlich od. provisoriel garant.

5.70	Lfd. Hess.-H. uk. 1913
81.80	do. Serie 1, 2, 4, 6
96.60	L.-K(Cass.) S. 22 uk. 1914
95.60	do. S. 21 u. 1916
96.90	do. S. 24 uk. 1921
97.50	do. S. 25 u. 1922
87.	do. S. 21 u. 1917
96.	Nassl.-B. L. V. u. W. 15
99.	do. Lit. Z. uk. 30
99.	do. Lit. U. u. X
97.50	do. Lit. J
91.50	do. P. O. H. K. L.
91.50	do. M. N. P. Q
91.50	do. Lit. Z. S.
91.50	do. Lit. T

Diverse Obligations.

94.	Aschaff. Dampf. Hyp.
—	Bank für industr. U.
99.	Buders Eisenwerk
99.10	Cementw. Heideberg
101.20	Chem. Bad. Anl.
99.80	do. Blei-u. Silb. f. a. u. h.
101.	do. Grieseh. El.
100.60	do. Farb. Höchst
100.	do. Ind. Mannh.
97.	do. Kalle & Co. H.
99.50	do. Deutsch-Luxemb. uk. 15
99.50	do. Esch.-B. Frankf. a. M.
95.50	do. Eisen-Renten-Bk.
94.25	do.
107.	do. Elstr. Allg. Ges. S. VI
107.50	do. S. VII
102.80	do. Dtsch. Ueberseez.
96.	do. Ges. Lahmeyer
97.	do.
97.00	do. Rheingau uk. 17
95.20	do. Schuckert v. 06
97.30	do.
95.	do. Rhein. uk. 15/17
98.00	do. Betr. A.-G. Siem.
101.10	do. Siem. u. Halske
93.50	do.
100.30	do. Voigt u. Maerf. uk. 20
98.	do. Frankfurter Hof Hyp.
94.50	do. Hotel Nassau, Wiesb.
94.50	do. Mannh. Lagerh.-Ges.
100.70	do. Oelfabr. Verzn. Dtsch.
101.	do. Seilhan. Wollf. Hyp.
95.10	do. Zellst. Waldhof Mannh.

Verzinst. Lose.

177.	Badische Prämien Thlr.
179.	do. Danon-Regulierung 5 R. 10%
121.	do. Götth. Pr.-Pfdbr. I. Thlr.
175.60	do. Hamburger von 1866 u. 175.60
117.90	do. Holl. Kom. v. 1871 H. 117.90
77.50	do. Köln-Mindener Thlr.
141.	do. Madrider abgest. Thlr.
141.	do. Meining. Pr.-Pfdbr. Thlr.
131.	do. Oesterreich. v. 1860 5 R. 131.
139.	do. Oldenburger Thlr.
493.	do. Russ. v. 1864. Kr. 493.
385.	do. v. 1865. Kr. 385.
110.90	do. Stahlweib. R.-Gr. 5 R. 110.90

Inverzinsliche Lose.

34.80	Angsburger Thlr. 7
202.50	Braunschweiger Thlr. 20
170.	do. Mailänder Le 45
40.10	do. Le 10
54.10	do. Le 10
100.70	do. Oesterr. v. 1864 5 R. 100.70
63.30	do. Cr. v. 58 5 R. 63.30
169.	do. Türkische Fr. 160
439.20	do. Ung. Staatsl. 5 R. 439.20
74.30	do. Venetianer Le 30

Goldsorten. Brief. Gold.

20.45	Engl. Sovereign p. St.
16.30	do. 20 Francs-St.
16.24	Oesterr. fl. 8 St.
16.90	do. Kr. 20 St.